

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1993

MONTAG, 10. MAI 1993

Nr. 19

Seite		Seite		Seite	
	Der Präsident des Hessischen Landtags		Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit		Zulassung von Einrichtungen zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch gemäß §§ 218 bis 219 d des Strafgesetzbuches 1123
	Petitionen Nr. 6001 bis 8741/13 betreffend „Sozio-struktureller Einkommensausgleich“..... 1098		Genehmigte Pflegesätze der Krankenhäuser in Hessen 1101		Zulassung als Sachverständiger für die Untersuchung von Gegenproben nach dem Arzneimittelgesetz 1124
	Hessische Staatskanzlei		Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung		Hessischer Verwaltungsschulverband
	Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland..... 1098		Sonderprogramm zur Eingliederung jüngerer Schwerbehinderter in die Verwaltung; hier: Verfahrensregelungen ... 1120		Lehrplan und elf Stoffpläne für den Ausbildungslehrgang für Auszubildende des Ausbildungsberufs „Fachangestellte/r für Bürokommunikation“ 1124
	Erteilung des Exequaturs an Herrn Alfredo Vicente Chiaradia, Generalkonsul der Republik Argentinien in Frankfurt am Main, und Erlöschen des dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Jorge Alberto Stok Capella, erteilten Exequaturs 1098		Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz		Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes – Verwaltungsseminar Darmstadt 1129
	Hessisches Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten		Änderung der Richtlinien für die Gewährung von Umstellungshilfen an landwirtschaftliche Unternehmer 1120		Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes – Verwaltungsseminar Wiesbaden 1130
	Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Meinhard, Werra-Meißner-Kreis 1098		Personalnachrichten		Buchbesprechungen 1130
	Hessisches Ministerium der Finanzen		im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Europaangelegenheiten..... 1120		Öffentlicher Anzeiger 1131
	Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Dienstwohnungen des Landes Hessen (Hessische Dienstwohnungsvorschriften); hier: erneute Inkraftsetzung . 1099		im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst 1121		Andere Behörden und Körperschaften
	Gemeinsamer Erlaß betreffend Einsparung von Energie bei Bauten mit staatlichen Zuwendungen 1099		im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie 1121		Der Kreisausschuß des Landkreises Marburg-Biedenkopf; hier: Widmung von Neubaustrecken der Kreisstraße 116 in der Gemarkung Albshausen der Stadt Rauschenberg, Landkreis Marburg-Biedenkopf..... 1139
	Ungültigkeitserklärung einer Urkunde über die Bestellung als Steuerberater ... 1099		im Bereich des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung .. 1122		Umlandverband Frankfurt; hier: Sitzung des Verbandstags am 25. 5. 1993 ... 1139
	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst		Die Regierungspräsidien		Öffentliche Ausschreibungen 1140
	Verordnung über Entgelte für die Nutzung von Wohnheimplätzen des Studentenwerks Marburg vom 20. 4. 1993 1099		DARMSTADT		Stellenausschreibungen 1140
	Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten		Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 22. 4. 1993 (Friedberg/Hessen) 1123		
	Verfahren zur Erteilung von Erlaubnissen und Bewilligungen nach dem Bundesberggesetz..... 1100		Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 22. 4. 1993 (Michelstadt) 1123		

425

HESSISCHER LANDTAG

Petitionen Nr. 6001 bis 8741/13 betreffend „Sozio-struktureller Einkommensausgleich“

Beim Hessischen Landtag sind bisher 2740 Einzelpetitionen betreffend „Sozio-struktureller Einkommensausgleich“ eingegangen.

Die Petenten bitten den Hessischen Landtag, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß den hessischen Landwirten neben der Regelleistung von 89,— DM/ha nach dem Gesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Fördergeset-

zes vom 16. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1758) ein zusätzlicher Betrag von 61,— DM gewährt wird.

Ich gebe den Einsendern bekannt, daß ich diese Petitionen dem Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Landesentwicklung zur Behandlung zugewiesen habe. Die Entscheidung des Landtags über die Petitionen werde ich zur gegebenen Zeit bekanntmachen.

Wiesbaden, 21. April 1993

Der Präsident des Hessischen Landtags
P J D 1

StAnz. 19/1993 S. 1098

426

HESSISCHE STAATSKANZLEI

Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag an folgende verdiente Frauen und Männer den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

Verdienstkreuz 1. Klasse

Herta Max, Stadträtin a. D., Rüsselsheim

Verdienstkreuz am Bande

Kurt Becke, Verwaltungsrat a. D., Ahnatal
Heinrich Becker, Baunatal
Reinhard Bischoff, Kreisbrandinspektor, Vellmar
Gerhard Kossatz, Fuldata
Monik Mlynarski, Bad Nauheim
Irma Pöckler, Kassel
Heinrich Karl Ritter, Fuldabrück
Prof. Dr. Heinrich Erwin Scherf, Pohlheim
Dr. Herbert Spitz, Berufsschullehrer a. D., Bad Vilbel
Hans Stähling, Sparkassendirektor a. D., Schwalmstadt

Verdienstmedaille

Siegfried Ast, Lehrer a. D., Linsengericht
Agatha KümmeI, Ehrenberg
Richard KümmeI, Ehrenberg
Barbara Rückl, Haunetal
Georg Steiner, Mühlthal

Alfons Urban, Studiendirektor a. D., Gießen
Stefanie Zweig, Frankfurt am Main

Wiesbaden, 23. April 1993

Der Hessische Ministerpräsident
P 123 14 a 02/01

StAnz. 19/1993 S. 1098

427

Erteilung des Exequaturs an Herrn Alfredo Vicente Chiaradia, Generalkonsul der Republik Argentinien in Frankfurt am Main, und Erlöschen des dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Jorge Alberto Stok Capella, erteilten Exequaturs

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Argentinischen Republik in Frankfurt am Main ernannten Herrn Alfredo Vicente Chiaradia am 13. April 1993 das Exequatur als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Jorge Alberto Stok Capella, am 10. Mai 1989 erteilte Exequatur ist erloschen.

Wiesbaden, 21. April 1993

Hessische Staatskanzlei
P 12 2 a 10/07

StAnz. 19/1993 S. 1098

428

HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR EUROPAANGELEGENHEITEN

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Meinhard, Werra-Meißner-Kreis

Der Gemeinde Meinhard im Werra-Meißner-Kreis, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. April 1993 (GVBl. I 1992 S. 534) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„In Grün ein silberner Dreiecksbügel, belegt mit dem grünen Großbuchstaben M, darunter ein grüner, silbernen durchwirkter Wellen-Schildfuß.“

Wiesbaden, 22. April 1993

Hessisches Ministerium des Innern
und für Europaangelegenheiten
IV A 11 — 3 k 06 — 59/93

StAnz. 19/1993 S. 1098

429

HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN

Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Dienstwohnungen des Landes Hessen (Hessische Dienstwohnungsvorschriften — HDWV —);

hier: erneute Inkraftsetzung

Bezug: Erlasse vom 28. Dezember 1981 (StAnz. 1982 S. 87) und 15. Dezember 1992 (StAnz. 1993 S. 141)

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Dienstwohnungen des Landes Hessen (Hessische Dienstwohnungsvorschriften — HDWV —) vom 28. Dezember 1981, die durch Zeitablauf im Rahmen der Erlaßvereinbarung am 31. Dezember 1992 außer Kraft getreten wäre, wurde mit Rundschreiben vom 15. Dezember 1992 für einen Übergangszeitraum bis zum 31. März 1993 erneut in Kraft gesetzt. Da die Abstimmung des vorbereiteten Entwurfs der Neufassung noch geraume Zeit in Anspruch nimmt, verlängere ich den Übergangszeitraum hiermit bis zum 31. Dezember 1993.

Wiesbaden, 30. März 1993 **Hessisches Ministerium der Finanzen**
VV 2800 — I/1 — IV/5 a
StAnz. 19/1993 S. 1099

430

Einsparung von Energie bei Bauten mit staatlichen Zuwendungen

Bezug: Erlasse vom 16. Mai 1984 (StAnz. S. 1251) und 16. Oktober 1992 (StAnz. S. 2982)

Gemeinsamer Erlaß

Als wichtigen Beitrag zur stufenweisen Reduzierung der CO₂-Emission im Gebäudebereich und zur Schonung der Energieresourcen wurde für alle Neubauten und Grundinstandsetzungen von landeseigenen Gebäuden mit Erlaß des Hessischen Ministeriums der Finanzen vom 16. Oktober 1992 ein verbesserter baulicher Wärmeschutz vorgeschrieben.

Die Neufassung der „Bautechnischen Richtlinien zur Einsparung von Energie bei Bauten des Landes“ berücksichtigt den aktuellen Sachstand unter Einbeziehung des vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten herausgegebenen Leitfadens „Energie im Hochbau — Energiebewußte Gebäudeplanung“. Der Landesregierung kommt eine Vorreiterrolle zu, wenn es um die Realisierung eines erheblich verbesserten energie-technischen Standards beim Neubau oder bei der Sanierung von Gebäuden geht.

Die Anwendung der „Bautechnischen Richtlinien von Energie bei Bauten des Landes“ ist daher ab sofort auch für Bauten mit staatlichen Zuwendungen im Bereich von Schulen und sozialen

Gemeinschaftseinrichtungen verbindlich. Das gilt auch für die Krankenhausförderung.

Verantwortlich für die Einhaltung der Richtlinien und zuständig für die Aufstellung der erforderlichen Nachweise ist der Entwurfsverfasser.

Der Nachweis nach dem Leitfaden ersetzt bis auf weiteres die Nachweise nach geltender Wärmeschutzverordnung und geltender Heizungsanlagenverordnung.

Das Hessische Ministerium der Finanzen hält eine Kurzfassung des Nachweisverfahrens und entsprechende Arbeitshilfen bereit. Diese können unter Tel.: 06 11 / 32 23 89 abgerufen werden.

Ich bitte um Beachtung und Unterrichtung der nachgeordneten Dienststellen sowie der Träger von Bauvorhaben, für die Zuwendungen des Landes beantragt werden.

Die mit Erlaß vom 16. Mai 1984 eingeführten Bautechnischen Richtlinien werden durch die Neufassung ersetzt.

Wiesbaden, 21. April 1993

Hessisches Kultusministerium
I B 3 — 180 — 1

Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung
Z A 1 a — 15 a 5 — 00

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
W II 1.1 — 920/5415 — 1

Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

VIII 2 — 64 c 34/07 — 2/93

Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit
I — I B 5 — 93 c — 26

Hessisches Ministerium der Finanzen
B 1407 — 1 — V A 3
— Gült.-Verz. 3616, 3617, 4330 —

StAnz. 19/1993 S. 1099

431

Ungültigkeitserklärung einer Urkunde über die Bestellung als Steuerberater

Die Urkunde des Hessischen Ministers der Finanzen vom 27. November 1979 über die Bestellung des Benno Jochheim, Stiftstraße 52, 6050 Offenbach am Main, als Steuerberater wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 6. April 1993

Hessisches Ministerium der Finanzen
S 0936 B — J o — II A 32
StAnz. 19/1993 S. 1099

432

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Verordnung über Entgelte für die Nutzung von Wohnheimplätzen des Studentenwerks Marburg vom 20. April 1993

Auf Grund des § 4 Abs. 4 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen vom 21. März 1962 (GVBl. I S. 165, 427), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 419), wird verordnet:

§ 1

Die Nutzungsentgelte für Wohnheimplätze des Studentenwerks Marburg in der ehemaligen Jägerkaserne werden wie folgt festgesetzt:

1. 1 Wohnheimplatz mit ca. 13 qm auf monatlich 200,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich 105,— DM.
2. 17 Wohnheimplätze zwischen ca. 12 qm und ca. 18 qm auf monatlich je 215,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 105,— DM.
3. 8 Wohnheimplätze zwischen ca. 19 qm und ca. 21 qm auf monatlich je 220,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 105,— DM.
4. 6 Wohnheimplätze in Doppelzimmern zwischen ca. 20 qm und ca. 29 qm auf monatlich je 205,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II.

Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 105,— DM.

5. 66 Wohnheimplätze in Doppelzimmern zwischen ca. 33 qm und ca. 38 qm auf monatlich je 210,— DM Mietfestwert zuzüglich einer Vorauszahlung auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Höhe von monatlich je 105,— DM.

§ 2

Über die Vorauszahlungen hat der Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg abzurechnen.

Der Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg wird ermächtigt, die Höhe der Vorauszahlungen auf die Betriebskosten i. S. des § 27 der II. Berechnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend dem tatsächlichen Ergebnis des vorangegangenen Abrechnungszeitraums anzupassen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, 20. April 1993

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
H II 4.1 — 436/18 (4) — 277
gez. Prof. Dr. Evelies Mayer
Staatsministerin
— Gült.-Verz. 7004 —

StAnz. 19/1993 S. 1099

**HESSISCHES MINISTERIUM
FÜR UMWELT, ENERGIE UND BUNDESANGELEGENHEITEN**

433

Verfahren zur Erteilung von Erlaubnissen und Bewilligungen nach dem Bundesberggesetz

Für das Verfahren zur Erteilung von Erlaubnissen und Bewilligungen nach dem Bundesberggesetz werden folgende Richtlinien erlassen:

I.

Richtlinien für die Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung bergfreier Bodenschätze:

Für den Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung bergfreier Bodenschätze sind nachfolgende Angaben und Unterlagen erforderlich. Die Gliederung soll eingehalten werden. Der Antrag ist bei der für die Erteilung zuständigen Behörde einzureichen. Die angegebenen Paragraphen beziehen sich auf die entsprechenden Bestimmungen des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 26. August 1992 (BGBl. I S. 1564):

1. **Antragsteller:**

Firmenbezeichnung und -sitz, Geschäftsführung, Handelsregisterauszug.

2. Genaue Bezeichnung der Bodenschätze, die aufgesucht werden sollen (§ 11 Nr. 1).

3. Darstellung des beantragten Erlaubnisfeldes (§ 4 Abs. 7). Die Art der Darstellung und Ausgestaltung der Karte ergibt sich aus der Bergverordnung über vermessungstechnische und sicherheitliche Unterlagen (UnterlagenBergV) vom 11. November 1982 (BGBl. I S. 1553).

4. Der Antragsteller hat sich gegenüber der zuständigen Behörde zu verpflichten, die Ergebnisse der Aufsuchung unverzüglich nach ihrem Abschluß, spätestens beim Erlöschen der Erlaubnis der zuständigen Behörde, auf Verlangen bekanntzugeben (vgl. § 11 Nr. 4).

Wird eine Erlaubnis zu wissenschaftlichen Zwecken oder eine Erlaubnis zur großräumigen Aufsuchung beantragt, hat sich der Antragsteller zu verpflichten, auf Verlangen der zuständigen Behörde Inhaber von Bergbauberechtigungen nach Maßgabe des § 11 Nr. 5 an der Aufsuchung im beantragten Feld zu beteiligen.

5. **Arbeitsprogramm:**

Der Antragsteller hat nach § 11 Nr. 3 ein Arbeitsprogramm vorzulegen, in dem dargelegt ist, daß die vorgesehenen Aufsuchungsarbeiten hinsichtlich Art, Umfang und Zweck für die Erkundung der vermuteten Lagerstätten ausreichend sind und in einem angemessenen Zeitraum durchgeführt werden.

Das Arbeitsprogramm sollte der geplanten Feldesgröße Rechnung tragen und eine sinnvolle und planmäßige Aufsuchung möglichst im gesamten beantragten Feld beinhalten.

Es wird darauf hingewiesen, daß das vorgelegte Arbeitsprogramm ein wesentliches Kriterium für die Entscheidung der zuständigen Behörde darstellt und daher vom Antragsteller konkret und detailliert beschrieben werden muß. Insbesondere in diesem Zusammenhang ist auf die Vorrangregelung nach § 14 Abs. 2 zu verweisen.

In Abhängigkeit vom geplanten zeitlichen Ablauf der Aufsuchungsarbeiten ist der Zeitraum anzugeben, für den die Erlaubnis beantragt wird. Gemäß § 16 Abs. 4 darf ein Zeitraum von fünf Jahren nicht überschritten werden.

Sofern der Antragsteller in einem beantragten Feld bereits zu einem früheren Zeitpunkt Aufsuchungsarbeiten durchgeführt hat, sollte auf diese Arbeiten im Antrag Bezug genommen werden. Eine Beschreibung der früheren Arbeiten ist zweckmäßig.

Der Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit des Antragstellers kann beispielsweise wie folgt erbracht werden:

- a) durch Beschreibung der bergbaulichen Tätigkeiten des Antragstellers in den letzten fünf Jahren;
- b) durch eine Erklärung, aus der hervorgeht, über welche Geräte und welche technische Ausrüstung der Antragsteller für Ausführung des Vorhabens verfügt wird;
- c) durch Beschreibung der Maßnahmen des Antragstellers zur Gewährleistung der planmäßigen Aufsuchung im Erlaubnisfeld.

6. **Finanzielle Leistungsfähigkeit:**

Die finanzielle Leistungsfähigkeit kann in der Regel durch Angaben darüber, inwieweit die Aufwendungen aus Eigenmitteln, aus Krediten oder Zuschüssen der öffentlichen Hand finanziert werden mit der Erklärung, daß die Mittel auch für die Wiedernutzbarmachung der Oberfläche verfügbar sind, nachgewiesen werden. Die Angaben sind glaubhaft zu machen. Gegebenenfalls können Bilanzen, Bankauskünfte, Kreditzusagen und dgl. beigefügt werden (§ 11 Nr. 7).

II.

Richtlinien für die Erteilung einer Bewilligung zur Gewinnung bergfreier Bodenschätze

Für den Antrag auf Erteilung einer Bewilligung zur Gewinnung bergfreier Bodenschätze sind nachfolgende Angaben und Unterlagen erforderlich. Die Gliederung soll eingehalten werden. Der Antrag ist bei der für die Erteilung zuständigen Behörde einzureichen. Die angegebenen Paragraphen beziehen sich auf die entsprechenden Bestimmungen des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 26. August 1992 (BGBl. I S. 1564):

1. **Antragsteller:**

Firmenbezeichnung und -sitz, Geschäftsführung, Handelsregisterauszug.

2. Genaue Bezeichnung der Bodenschätze, die gewonnen werden sollen (§ 11 Nr. 1).

3. Darstellung des beantragten Bewilligungsfeldes (§ 4 Abs. 7). Die Art der Darstellung und Ausgestaltung des Lagerisses ergibt sich aus der Bergverordnung über vermessungstechnische und sicherheitliche Unterlagen (UnterlagenBergV) vom 11. November 1982 (BGBl. I S. 1553).

4. Angabe der Stellen nach Lage und Tiefe, an denen die Bodenschätze entdeckt worden sind (Fundstellen), als Sonderdarstellung im Lageriß.

5. Nachweis darüber, daß die entdeckten Bodenschätze nach ihrer Lage und Beschaffenheit gewinnbar sind. Hierzu sind Angaben über den Inhalt, die Beschaffenheit, die Tiefenlage der Lagerstätte und die technischen Gewinnungsmöglichkeiten erforderlich. Gegebenenfalls kommt auch die gutachtliche Stellungnahme eines Sachverständigen in Betracht (§ 12 Abs. 1 Nr. 3).

6. **Arbeitsprogramm:**

Der Antragsteller hat nach § 12 Abs. 1 Nr. 4 ein Arbeitsprogramm vorzulegen, aus dem insbesondere hervorgeht, daß die technische Durchführung der Gewinnung und die danach erforderlichen Einrichtungen unter und über Tage ausreichend sind und die Gewinnung in einer angemessenen Zeit erfolgt.

Das Arbeitsprogramm muß der geplanten Feldesgröße Rechnung tragen. Aus ihm muß erkennbar sein, daß eine Gewinnung im gesamten beantragten Feld angestrebt wird.

In Abhängigkeit vom voraussichtlichen zeitlichen Ablauf der Gewinnung ist der Zeitraum anzugeben, für den die Bewilligung beantragt wird (Befristung). Gemäß § 16 Abs. 5 wird die Bewilligung für eine der Durchführung der Gewinnung im Einzelfall angemessene Frist erteilt. Dabei dürfen 50 Jahre nur überschritten werden, soweit dies mit Rücksicht auf die für die Gewinnung üblicherweise erforderlichen Investitionen notwendig ist. Eine Verlängerung bis zur voraussichtlichen Erschöpfung des Vorkommens bei ordnungs- und planmäßiger Gewinnung ist möglich.

Der Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit des Antragstellers kann beispielsweise wie folgt erbracht werden:

- a) durch Beschreibung der bergbaulichen Tätigkeiten des Antragstellers in den letzten fünf Jahren;
- b) durch eine Erklärung, aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung der Antragsteller für die Ausführung des Vorhabens verfügt wird;
- c) durch Beschreibung der Maßnahmen des Antragstellers zur Gewährleistung einer optimalen Nutzung der der Bewilligung zugrunde liegenden Lagerstätte.

7. Finanzielle Leistungsfähigkeit:

Die finanzielle Leistungsfähigkeit kann in der Regel durch Angaben darüber, inwieweit die Aufwendungen aus Eigenmitteln, aus Krediten oder Zuschüssen der öffentlichen Hand finanziert werden mit der Erklärung, daß die Mittel auch für die Wiedernutzbarmachung der Oberfläche verfügbar sind, nachgewiesen werden. Die Angaben sind glaubhaft zu machen.

Gegebenenfalls können Bilanzen, Bankauskünfte, Kreditzusagen und dgl. beigelegt werden (§ 11 Nr. 7).

Wiesbaden, 6. April 1993

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten
VII A 2 — 76 a 06.11.14 — 3011/93
— Gült.-Verz. 53 —

StAnz. 19/1993 S. 1100

434

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT

Genehmigte Pflegesätze der Krankenhäuser in Hessen

Bis zum Stichtag 30. März 1993 sind von dem für die Genehmigung der Krankenhauspflegesätze zuständigen Landesversorgungsamt Hessen folgende Pflegesätze genehmigt worden.

Wiesbaden, 20. April 1993

Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit
III/III B 1 — 18 c 04.11.15

StAnz. 19/1993 S. 1101

Genehmigte Pflegesätze der Krankenhäuser in Hessen

Stand: 1. April 1993

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Kassel	Städtische Kliniken	1. 1. 1993	§ 5 (1) 464,12 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 440,91	§ 5 (2) Nr. 1 366,02 § 5 (2) Nr. 1 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 347,72 § 5 (2) Nr. 5 618,90 § 5 (2) Nr. 5 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 587,95 § 5 (2) Nr. 8 289,90 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 275,40 § 5 (2) Nr. 7 642,77 § 5 (2) Nr. 7 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 610,63 § 5 (2) 520,33	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 736,65 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 699,82	§ 6 (1) Nr. 12 3 589,84 § 6 (1) Nr. 1 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 3 410,35 § 6 (1) Nr. 12 5 064,41 § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 4 811,19 § 6 (1) Nr. 12 9 412,96 § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 8 942,31 § 6 (1) Nr. 11 5 871,— § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 5 577,45 § 6 (1) Nr. 13 5 327,59 § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 5 061,21 § 6 (1) Nr. 14 4 168,41 § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 3 959,99 § 6 (1) Nr. 16 793,10 § 6 (1) Nr. 16 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 753,45 § 6 (1) Nr. 11 13 367,49 § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Kassel	noch Städtische Kliniken					Satz 1 Nrn. 1 und 2 12 699,12 je Leistung § 21 2 346,83 § 21 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 2 229,49 je Fall
	Rotes Kreuz Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 368,05 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 349,65			
	Elisabeth- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 338,04 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 321,14			
	Kurhessisches Diakonissen- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 407,79 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 387,40	§ 5 (2) 537,16 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 510,30		
	Burgfeld- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 336,17 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 319,36			§ 6 (1) Nr. 11 5 871,— je Leistung
	Marien- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 337,41 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 320,54			
	Frauenklinik Dr. Koch		§ 5 (1) 310,37			
	Kinderkranken- haus Park Schönfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 446,51 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 424,18			
	Orthopädische Klinik	1. 1. 1993	§ 5 (1) 316,96 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 301,11			§ 6 (1) Nr. 12 2 490,54 § 6 (1) Nr. 12 5 069,66 § 6 (1) Nr. 12 2 038,37 je Leistung
	Paracelsus- Elena-Klinik	1. 1. 1993	§ 5 (1) 229,44			
Klinik für Kinder- und Jugend- psychiatrie	1. 5.—31. 12. 1991	§ 5 (1) 456,50 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 433,68		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 319,59		
	1. 8.—31. 12. 1991			§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 303,61		
Landkreis Kassel	Kreiskranken- haus, Hofgeismar	1. 1. 1993	§ 5 (1) 355,01 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 337,26			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV (DM) § 21 Fallpauschale
Landkreis Kassel	Kreiskrankenhaus, Wolfhagen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 348,63 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 331,20			
	Evangelisches Krankenhaus Gesundbrunnen, Hofgeismar	1. 1. 1993	§ 5 (1) 276,31 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 262,49			
	Bezirkskrankenhaus Helmarshausen, Bad Karlshafen	1. 5.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 381,10 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 362,05			
	Klinik und Reha- bilitations- zentrum Lippolds- berg-Wahlsburg	1. 1. 1993	§ 5 (1) 269,42			
	Deutsches Rotes Kreuz, Nachsorgeklinik, Kaufungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 224,13 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 212,92			
	Diabetesklinik Dr. Blackert, Vellmar					
	Fachklinik für Lungenerkrankungen, Immenhausen	1. 1. 1993	§ 5 (2) 276,60 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 262,77			
	Fachklinik Fürstenwald	1. 3.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 148,09			
	Psychiatrisches Krankenhaus, Merxhausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 293,24		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (1) 174,04 § 5 (3) i. V. m. § 5 (1) 196,—	
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	Kreiskrankenhaus, Rotenburg a. d. Fulda	1. 1.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 360,83 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 342,79			§ 6 (1) Nr. 11 5 550,— § 6 (1) Nr. 12 2 500,— je Leistung
	Kreiskrankenhaus, Bad Hersfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 435,89			
	St.-Elisabeth-Krankenhaus, Bad Hersfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 216,20			
	Vitalisklinik, Bad Hersfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 286,34 § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 272,02			
	Herz- und Kreislaufzentrum, Rotenburg a. d. Fulda	1. 1. 1993	§ 5 (1) 347,82 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 330,43			§ 6 (1) Nr. 13 6 849,50 § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 6 507,03 § 6 (1) Nr. 13 5 150,— § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 4 892,50 je Leistung § 21 21 015,09 § 21 i. V. m. § 8 Satz 1

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV (DM) § 21 Fallpauschale
Landkreis Hersfeld- Rotenburg	noch Herz- und Kreis- laufzentrum Rotenburg a. d. Fulda					Nrn. 1 und 2 19 964,34 § 21 14 548,75 § 21 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 13 821,31 je Fall
	Psychiatrisches Krankenhaus, Bad Hersfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 340,07 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 323,07		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 191,13 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 181,57	
Schwalm-Eder- Kreis	Kreiskranken- haus, Homberg (Efze)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 384,59 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 365,36			
	Kreiskranken- haus, Melsungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 405,44 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 385,17			§ 6 (1) Nr. 11 5 356,—
	Kreiskranken- haus, Schwalm- stadt-Ziegen- hain	1. 1. 1993	§ 5 (1) 383,34 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 364,17			§ 6 (1) Nr. 11 6 233,— § 6 (1) Nr. 12 2 833,— § 6 (1) Nr. 12 3 605,— § 6 (1) Nr. 12 4 326,— § 6 (1) Nr. 12 8 034,—
	Kreiskranken- haus, Schwalm- stadt (Nachsorge- klinik)	1. 1. 1993		§ 5 (2) Nr. 10 234,80 § 5 (2) Nr. 10 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 223,06		
	Hospital zum Heiligen, Geist, Frittlar	1. 1. 1993	§ 5 (1) 374,34 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 355,62			
	Lindenberg- Klinik Dr. Wittich, Melsungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 255,13 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 242,37			
	Hessisches Dia- konie-Zentrum Hephata, Schwalmstadt	1. 1. 1993	§ 5 (1) 346,36 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 329,04			
	Neurologische Akutklinik, Zwesten	1. 1. 1993	§ 5 (1) 375,43 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 356,66 § 16 (7) 187,72			
Landkreis Waldeck- Frankenberg	Stadtkranken- haus, Arolsen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 358,41 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 340,49			§ 6 (1) Nr. 12 2 369,— § 6 (1) Nr. 12 3 502,—

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV (DM) § 21 Fallpauschale
Landkreis Waldeck-Frankenberg	Stadtkrankenhaus, Korbach	1. 1. 1993	§ 5 (1) 383,10 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 363,95			
	Stadtkrankenhaus, Bad Wildungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 374,40 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 355,68	§ 5 (2) Nr. 6 899,94	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 525,72	
	St.-Liborius-Krankenhaus, Bad Wildungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 249,40			
	Kreiskrankenhaus, Frankenberg (Eder)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 364,45 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 346,23			§ 6 (1) Nr. 12 3 502,— § 6 (1) Nr. 12 2 369,— § 6 (1) Nr. 12 7 776,— § 6 (1) Nr. 12 2 575,— je Leistung
	St.-Elisabeth-Krankenhaus, Volkmarsen	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 240,12			§ 6 (1) Nr. 11 6 180,—
	Werner Wicker KG, Department I, Bad Wildungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 740,29 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 703,28 § 16 (7) 370,15			§ 6 (1) Nr. 11 12 875,— § 6 (1) Nr. 11 14 111,— § 6 (1) Nr. 11 13 390,— § 6 (1) Nr. 11 17 716,— § 6 (1) Nr. 11 69 268,— § 6 (1) Nr. 11 53 560,— je Leistung
	Werner Wicker KG, Department II, Bad Wildungen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 491,13 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 466,57 § 16 (7) 245,57			
	Klinik Glückauf Dr. Schultheiß, Bad Wildungen	1. 11. 1991 bis 31. 12. 1992	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 94,01			
	Psychiatrisches Krankenhaus Haina, Haina (Kloster)	1. 7.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 292,10 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 277,50			
	Werra-Meißner-Kreis	Kreiskrankenhaus, Eschwege	1. 1. 1993	§ 5 (1) 356,47 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 338,65		
Kreis- und Stadtkrankenhaus, Witzenhausen		1. 1. 1993	§ 5 (1) 356,57 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 338,74			
Krankenhaus Fürstenhagen, Hessisch Lichtenau		1. 5.—31. 12. 1992	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 270,20			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV (DM) § 21 Fallpauschale
Werra-Meißner-Kreis	Orthopädische Klinik Lichtenau, Hessisch Lichtenau	1. 1. 1993	§ 5 (1) 313,05 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 297,40			§ 6 (1) Nr. 12 3 296,— § 6 (1) Nr. 12 1 250,42 § 6 (1) Nr. 12 5 383,81 je Leistung
	Orthopädische Klinik Lichtenau, für Querschnitt- gelähmte, Hessisch Lichtenau	1. 1. 1993		§ 5 (2) Nr. 2 592,02 § 5 (2) Nr. 2 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 562,43 § 16 (7) 296,02		
	Psychiatrisches Krankenhaus am Meißner, Hessisch Lichtenau	1. 1. 1993	§ 5 (1) 305,46			
	Tagesklinik Hessisch Lichtenau	1. 1. 1993			§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 177,49	
	Klinik am Wartenberg, Witzenhausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 145,76			
Stadt Fulda	Städtische Kliniken	1. 1. 1993	§ 5 (1) 524,39 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 498,17	§ 5 (2) Nr. 7 780,87 § 5 (2) Nr. 7 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 741,83 § 5 (2) Nr. 8 396,76 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 376,92	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 652,68 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 620,05 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 247,71 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 235,32	§ 6 (1) Nr. 1 18 542,— § 6 (1) Nr. 1 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 17 615,— § 6 (1) Nr. 2 8 157,— § 6 (1) Nr. 2 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 7 749,— § 6 (1) Nr. 4 124 042,— § 6 (1) Nr. 4 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 117 840,— § 6 (1) Nr. 11 8 930,— § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 8 484,— § 6 (1) Nr. 11 59 621,— § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 56 640,— § 6 (1) Nr. 12 6 247,— § 6 (1) Nr. 12

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Fulda	noch Städtische Kliniken					i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 5 935,— § 6 (1) Nr. 12 10 100,— § 6 (1) Nr. 1 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 9 595,— § 6 (1) Nr. 12 8 955,— § 6 (1) Nr. 12 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 8 507,— § 6 (1) Nr. 13 7 601,— § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 7 221,— § 6 (1) Nr. 16 836,— § 6 (1) Nr. 16 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 794,— § 6 (1) Nr. 14 3 720,— § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 3 534,— je Leistung
	Herz-Jesu- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 369,64 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 351,16			
	Klinik Dr. Poeschel	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 155,02			
Landkreis Fulda	Paracelsus- Rhön-Klinik Dr. Siegmund Nachf., Gersfeld (Rhön)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 193,14			
	Bürgerhospital St.-Elisabeth- Krankenhaus, Hünfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 323,16 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 307,—			
	Kurheim Mahlertshof, Kurheim Schloß Mackenzell, Burghaun	1. 1. 1993	§ 5 (1) 146,74			
Stadt Gießen	Klinikum der Justus-Liebig- Universität	1. 8.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 582,90 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 553,76 § 16 (7) 279,35	§ 5 (2) 665,50 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 632,23 § 5 (2) 434,76 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 413,02 § 5 (2) Nr. 4	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 655,66 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 271,59	§ 6 (1) Nr. 1 17 520,20 § 6 (1) Nr. 1 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 16 644,19 § 6 (1) Nr. 4 59 225,50 § 6 (1) Nr. 4 40 779,—

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Gießen	noch Klinikum der Justus-Liebig- Universität			667,93 § 5 (2) Nr. 5 1 043,79		§ 6 (1) Nr. 5 20 189,50 § 6 (1) Nr. 11 6 250,— § 6 (1) Nr. 13 7 013,57 § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 6 662,89 je Leistung
	St.-Josef- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 318,47 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 302,55			
	Evangelisches Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 356,92 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 339,07			
	Krankenhaus Balsersische Stiftung	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 275,16			
	Klinik Seltersberg	1. 1. 1993	§ 5 (1) 318,48			
	Psychiatrisches Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 315,19 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 299,43		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (1) 210,45	
Landkreis Gießen	Kreiskrankenhaus Gießen in Lich	1. 10.—31. 12. 1991	§ 5 (1) 385,21 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 365,95			
	Krankenhaus Laubacher Stift, Laubach	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 255,98			
Stadt Marburg	Klinikum der Philipps- Universität	1. 1. 1993	§ 5 (1) 568,59 § 16 (7) 284,30	§ 5 (2) 5 558,47 § 5 (2) Nr. 5 1 603,50 § 5 (2) Nr. 7 677,33	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) 2 441,50 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 672,87 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 319,91 § 5 (2) Nr. 8 234,21	§ 6 (1) Nr. 5 31 361,89 § 6 (1) Nrn. 5 und 7 93 451,39 § 6 (1) Nr. 8 132 977,57 § 6 (1) Nr. 11 7 368,65 § 6 (1) Nr. 11 17 144,56 § 6 (1) Nr. 12 3 758,— § 6 (1) Nr. 12 5 473,65 § 6 (1) Nr. 13 5 783,39 § 6 (1) Nr. 16 721,66 § 6 (1) Nr. 16 1 439,12 § 6 (2) 4 168,23 je Leistung
		Psychiatrisches Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 367,99 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 349,59	§ 5 (2) Nr. 9 900,51	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 220,25

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Marburg	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Lahnhöhe	1. 1. 1993	§ 5 (1) 467,35		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 280,40	
Landkreis Marburg-Biedenkopf	Deutsches Rotes Kreuz Krankenhaus, Biedenkopf	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 267,76			
	Diakonie-Krankenhaus, Marburg-Wehrda	1. 9.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 365,58 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 347,30			§ 6 (1) Nr. 11 5 372,55 § 6 (1) Nr. 12 2 300,— je Leistung
	Hessische Bergland-Klinik, Bad Endbach	1. 5.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 236,86 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 225,02			
	Klinik für psychiatrische Therapie, Bad Endbach	1. 1. 1993	§ 5 (1) 182,56 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 173,43			
Lahn-Dill-Kreis	Kreiskrankenhaus, Wetzlar	1. 1. 1993	§ 5 (1) 404,26 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 384,05		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 489,94 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 465,44	
	Kreiskrankenhaus Falkeneck, Braunfels	1. 1. 1993	§ 5 (1) 301,43 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 286,36			
	Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus, Ehringshausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 233,83			
	Neurologische Klinik, Braunfels	1. 7.—31. 12. 1991	§ 5 (1) 314,84 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 299,10			
	Dill-Kliniken, Dillenburg-Herborn	1. 1. 1993	§ 5 (1) 354,39 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 336,67			
	Private Entbindungsanstalt Kollmar, Herborn					
	Klinik für Lungen- und Bronchialerkrankungen, Waldhof-Elgershausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 370,01			
	Orthopädische Klinik, Schloß Braunfels	1. 8.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 386,99 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 367,64			
	Psychiatrisches Krankenhaus, Herborn	1. 7.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 228,10		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (1) 180,78	
	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Rehberg, Herborn	1. 8.—31. 12. 1991	§ 5 (1) 336,59 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 319,76			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV (DM) § 21 Fallpauschale
Lahn-Dill-Kreis	Neurologische Klinik, Apalliker- Station, Braunfels	1. 6.—31. 12. 1992		§ 5 (2) Nr. 9 1 082,83		
Vogelsbergkreis	Kreiskranken- haus, Alsfeld	1. 1. 1993	§ 5 (1) 403,38 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 383,21			
	Krankenhaus Eichhof, Lauter- bach (Hessen)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 389,33 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 369,86		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 185,81	
	Kreiskranken- haus, Schotten	1. 1. 1993	§ 5 (1) 353,47 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 335,80			
	Klinik Dr. Walb, Homburg (Ohm)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 203,16 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 193,—			
	Klinik Oberwald, Grebenhain	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 330,93			
Landkreis Limburg- Weilburg	St.-Vincenz- Krankenhaus, Limburg a. d. Lahn	1. 1. 1993	§ 5 (1) 448,86 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 426,42		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 514,04 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 488,34	§ 6 (1) Nr. 11 5 634,10 § 6 (1) Nr. 12 2 629,48 § 6 (1) Nr. 12 5 376,60 § 6 (1) Nr. 12 7 402,61 je Leistung
	St.-Anna-Kran- kenhaus, Hadamar	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 315,84			§ 6 (1) Nr. 12 2 060,— je Leistung
	Kreiskranken- haus, Weilburg	1. 1. 1993	§ 5 (1) 362,33 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 344,21			
	Psychiatrisches Krankenhaus, Hadamar	1. 1. 1993	§ 5 (1) 275,93		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 158,33	
	Psychiatrisches Krankenhaus, Weilmünster	1. 1. 1993	§ 5 (1) 374,53 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 355,80			
Stadt Frank- furt am Main	Klinikum der Johann-Wolf- gang-Goethe- Universität	1. 1. 1993	§ 5 (1) 606,83 § 16 (7) 303,42	§ 5 (2) Nr. 4 1 090,82 § 5 (2) Nr. 5 1 377,57 § 5 (2) Nr. 7 814,22	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 785,13 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 206,14	§ 6 (1) Nr. 1 13 912,21 § 6 (1) Nr. 4 124 358,08 § 6 (1) Nr. 5 42 287,68 § 6 (1) Nr. 6 109 978,25 § 6 (1) Nr. 8 120 840,63 § 6 (1) Nr. 11 13 501,24 § 6 (1) Nr. 11 5 577,45 § 6 (1) Nr. 11 45 224,21 § 6 (1) Nr. 11 14 547,72

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Frankfurt am Main	noch Klinikum der Johann-Wolfgang-Goethe- universität					§ 6 (1) Nr. 11 47 169,88 § 6 (1) Nr. 13 5 023,31 § 6 (1) Nr. 13 8 675,69 je Leistung § 6 (1) Nr. 14 16,97 pro 100 000 Einheiten 28,79 pro 100 000 Einheiten 28,79 pro 100 000 Einheiten 150,36 pro 500 000 Einheiten 144,58 pro 500 000 Einheiten 1 296,35 pro 50 mg 518,54 pro 20 mg § 6 (1) Nr. 15 1,02 pro 1 E 0,74 pro 1 E 0,97 pro 1 E 0,38 pro 1 E 1,29 pro 1 E 188,98 pro 1 g aus 1-g-Packung 182,92 pro 1 g aus 2-g-Packung 0,43 pro 1 E 1,22 pro 1 E 1,24 pro 1 E 2,76 pro 1 E 0,44 pro 1 E 1,23 pro 1 E 1,13 pro 1 E 0,92 pro 1 E 1,81 pro 1 E 2,77 pro 1 E 1,36 pro 1 E 1,07 pro 1 E 1,12 pro 1 E 1,71 pro 1 E 1,15 pro 1 E Preis pro Einheit § 6 (1) Nr. 16 793,10 § 6 (2) 11 822,34 je Leistung
	Städtisches Krankenhaus, Frankfurt am Main-Höchst	1. 1. 1993	§ 5 (1) 520,22 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 494,21	§ 5 (2) Nr. 8 360,94 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 342,89	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nrn. 9 und 10 248,38 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nrn. 9 und 10 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 235,96	
	St.-Markus- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 481,92 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 457,82	§ 5 (2) Nr. 6 1 086,62 § 5 (2) Nr. 6 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 1 032,29	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 768,88 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 730,44	§ 6 (1) Nr. 11 3 978,68 § 6 (1) Nr. 12 4 338,50 § 6 (1) Nr. 12 7 730,78 § 6 (2) 2 091,57 je Leistung
	St.-Katharinen- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 377,32 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 358,45			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Frankfurt am Main	St.-Marien-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 386,58 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 367,25			
	St.-Elisabethen-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 328,85 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 312,41		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 585,64	
	Bürgerhospital	1. 1. 1993	§ 5 (1) 441,18 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 419,12			
	Hospital zum Heiligen Geist	1. 1. 1993	§ 5 (1) 409,40 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 388,93			
	Krankenhaus Nordwest	1. 1. 1993	§ 5 (1) 526,94 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 500,59	§ 5 (2) 794,72 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 754,98		§ 6 (1) Nr. 11 5 623,80 § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 5 342,61 je Leistung § 6 (1) Nr. 14 32,88 je 100 000 E § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 31,24 je 100 000 E § 6 (1) Nr. 14 14,09 je 100 000 E § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 13,39 je 100 000 E
	Krankenhaus Sachsenhausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 372,57 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 353,94			
	Krankenhaus Maingau vom Roten Kreuz	1. 1. 1993	§ 5 (1) 302,60			
	Rotes-Kreuz-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 309,21			§ 6 (1) Nr. 13 4 042,75 § 6 (1) Nr. 13 6 669,25 § 6 (1) Nr. 13 8 034,— je Leistung
	Krankenhaus Bethanien	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 316,15			§ 6 (1) Nr. 14 4 732,85 § 6 (1) Nr. 14 6 823,75 § 6 (1) Nr. 14 8 188,50 je Leistung
	Diakonissen-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 326,61 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 310,28			
Brüderkrankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 302,90 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nr. 2 287,76				

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPfIV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPfIV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPfIV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPfIV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Frankfurt am Main	Clementine-Kinderkrankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 444,25 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 422,04			
	Orthopädische Universitätsklinik, Friedrichsheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 380,57 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 361,54			§ 6 (1) Nr. 15 Preis pro Einheit 1,32 1,25 1,04 1,76 1,09 0,42
	Helmut-Hartenfels-Haus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 187,85			
Stadt Offenbach am Main	Städtische Kliniken	1. 1. 1993	§ 5 (1) 498,72 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 473,78	§ 5 (2) Nr. 3 1 660,59 § 5 (2) Nr. 3 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 1 577,56 § 5 (2) Nr. 8 369,28 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 350,82	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 237,13 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 459,48	§ 6 (1) Nr. 13 5 054,60 je Leistung
	Ketteler-Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 335,06 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 318,31			
Landkreis Offenbach	Dreieich-Krankenhaus, Langen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 385,86 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 366,57			
	Kreiskrankenhaus, Seligenstadt	1. 1. 1993	§ 5 (1) 332,62 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 315,99			
Main-Kinzig-Kreis	Kreiskrankenhaus, Schlüchtern	1. 1. 1993	§ 5 (1) 376,29 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 357,48			
	Kreiskrankenhaus, Bad Soden-Salmünster	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 280,86			
	Kreiskrankenhaus, Gelnhausen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 404,96 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 384,71			
	Krankenhaus, Bad Orb	1. 1. 1993	§ 5 (1) 238,28			
Main-Taunus-Kreis	Kliniken des Main-Taunus-Kreises, Kreiskrankenhaus Bad Soden	1. 1. 1993	§ 5 (1) 434,36			§ 6 (1) Nr. 11 5 150,— § 6 (1) Nr. 12 2 626,50 § 6 (1) Nr. 12 5 632,04 § 6 (1) Nr. 12 4 354,84 § 6 (1) Nr. 12 4 944,—

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV (DM) § 21 Fallpauschale
Main-Taunus- Kreis	noch Kliniken des Main-Taunus- Kreises, Kreiskranken- haus Bad Soden					§ 6 (1) Nr. 12 3 583,37 § 6 (1) Nr. 12 2 994,21 § 6 (1) Nr. 12 5 878,39 § 6 (1) Nr. 12 1 725,25 § 6 (1) Nr. 12 1 055,75 § 6 (1) Nr. 12 3 183,73 je Leistung § 6 (1) Nr. 14 32,70 je 100 000 E § 6 (1) Nr. 14 17,72 je 100 000 E § 21 2 035,59 je Fall
	Marienkrankenhaus, Flörsheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 201,68			
Hochtaunus- kreis	Kliniken des Hochtaunus- kreises	1. 1. 1993	§ 5 (1) 470,52 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 447,—			§ 6 (1) Nr. 11 Typ I 11 393,67 Typ II 7 965,33 Typ III 5 287,33 § 6 (1) Nr. 12 3 688,06 § 6 (1) Nr. 12 2 510,63 § 6 (1) Nr. 14 211,35 1 500 000 E § 6 (1) Nr. 14 164,40 500 000 E je Leistung
	St.-Josefs-Krankenhaus, Königstein im Taunus	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 269,59			
	Taunusklinik, Falkenstein	1. 1. 1993	§ 5 (1) 452,61 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 429,98			
	Kreiskrankenhaus, Usingen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 356,24 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 338,43			
	Neurologische Klinik, Bad Homburg v. d. Höhe	1. 1. 1993	§ 5 (1) 298,80 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 283,86			
	Private Klinik Dr. Amelung, Königstein im Taunus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 224,94 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 213,69			
	Klinik Dr. Steib, Königstein im Taunus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 183,70 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 174,51			
	Klinik Hohe Mark, Oberursel (Taunus)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 222,48 § 16 (7) 111,24			
	Waldkrankenhaus, Köppern	1. 1. 1993	§ 5 (1) 280,45 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 266,43			

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV (DM) § 21 Fallpauschale
Hochtaunuskreis	Bamberger Hof, Tages- und Nachtambulanz, Friedrichsdorf	1. 1. 1993			§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 205,52 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 185,61	
Stadt Hanau	Stadtkrankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 455,91 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 433,11			§ 6 (1) Nr. 13 2 516,45 § 6 (1) Nr. 13 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 2 390,63 § 6 (1) Nr. 11 5 961,83 § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 5 663,74 je Leistung
	St.-Vinzenz-Krankenhaus	1. 8.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 432,15 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 410,54			
	Psychiatrisches Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 340,23 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 323,22		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 209,35 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 198,88	
Wetteraukreis	Mathildenhospital, Büdingen	1. 1. 1993	§ 5 (1) 351,93 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 334,33			
	Städtisches Krankenhaus, Bad Nauheim	1. 6.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 423,33 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 402,16			
	Kreiskrankenhaus, Friedberg (Hessen)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 374,61 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 355,88			
	Kerckhoff-Klinik, Bad Nauheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 531,70			§ 6 (1) Nr. 1 11 238,34 § 6 (1) Nr. 1 17 313,37 § 6 (1) Nr. 1 23 986,13 § 6 (1) Nr. 1 19 556,50 § 6 (1) Nr. 2 6 695,12 § 6 (1) Nr. 4 87 562,01 § 6 (1) Nr. 11 6 415,65 § 6 (1) Nr. 14 11 342,23 § 6 (1) Nr. 14 5 301,41 je Leistung § 21 13 848,09 18 734,06 27 068,83 18 428,02 pro Fall

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV (DM) § 21 Fallpauschale
Wetteraukreis	Schloßberg- klinik, Gedern	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 210,11			
	William-Har- vey-Klinik, Bad Nauheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 416,04 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 395,24			§ 6 (1) 14 206,— pro 500 000 E § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 195 70 pro 500 000 E § 6 (1) Nr. 14 128,75 pro 750 000 E § 6 (1) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 122,30 pro 750 000 E
	Burghofklinik, Bad Nauheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 232,63 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 221,—			
Stadt Wiesbaden	Dr.-Horst- Schmidt-Kliniken	1. 7.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 637,35	§ 5 (2) Nr. 6	§ 5 (3) i. V. m.	§ 6 (1) Nr. 11
			§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 605,48	1 323,90 § 5 (2) Nr. 5 1 031,46 § 5 (2) Nr. 5 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 979,89	§ 5 (2) Nr. 6 683,38 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 1 1 157,39 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 157,56	4 656,87 § 6 (1) Nr. 12 4 247,74 § 6 (1) Nr. 12 4 326,70 § 6 (1) Nr. 12 3 007,27 je Leistung § 21 4 433,76 je Fall
	Krankenhaus Paulinenstift	1. 1. 1993	§ 5 (1) 422,86	§ 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 2 260,72 § 5 (2) 612,53		§ 6 (1) Nr. 11 4 635,— § 6 (1) Nr. 14 15 450,—
			St.-Josefs- Hospital	1. 1. 1993		§ 5 (2) 343,51 § 5 (2) 386,27 § 5 (2) 472,09 § 5 (2) i. V. m. § 8 Satz 2 243,23 § 5 (2) 349,62
	Rotes-Kreuz- Krankenhaus	1. 1. 1993	§ 5 (1) 250,64			
	Aukamm-Klinik	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 254,58			
	Orthopädische Klinik	1. 1. 1993	§ 5 (1) 344,55			
	Klinik am Sonnenberg	1. 12. 1991 bis 31. 12. 1992	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 294,67			
	Deutsche Klinik für Diagnostik	1. 8.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 190,19 § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 180,68		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 544,72	

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Wiesbaden	Kurbetriebe, Rheumaklinik I und II	1. 1. 1993	§ 5 (1) 210,12			
	Medizinische Klinik am Kurpark	1. 12. 1991 bis 31. 12. 1992	§ 5 (1) 290,36 § 5 (1) § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 275,84			
Rheingau- Taunus-Kreis	Kreiskran- kenhaus, Bad Schwalbach	1. 4.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 413,84 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 393,15			
	Kreiskran- kenhaus, Eltville am Rhein	1. 1. 1993	§ 5 (1) 379,82			
	Kreiskranken- haus, Idstein	1. 6.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 447,82/ § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 425,43			
	St.-Josef- Krankenhaus, Rüdesheim am Rhein	1. 6.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 358,14/ § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 340,23			
	Orthopädische Klinik, Bad Schwalbach	1. 2.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 221,61 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nr. 2 210,53			
	Otto-Fricke- Krankenhaus, Paulinenberg, Bad Schwalbach	1. 1. 1993	§ 5 (1) 261,72 § 16 (7) 130,86			
	Medizinische Klinik, Schlangenbad	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 17 (5) KHG 236,40 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 224,58			
	Psychiatrisches Krankenhaus, Eichberg, Eltville am Rhein	1. 1. 1993	§ 5 (1) 300,88			
	Tagesklinik des Psychiatrischen Krankenhauses, Eichberg, Eltville am Rhein				§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 188,84	
	Klinik für Kinder- und Jugend- psychiatrie, Rheinhöhe, Eltville am Rhein	1. 1. 1993	§ 5 (1) 458,02			
St.-Valentinus- Krankenhaus, Kiedrich	1. 1. 1993	§ 5 (1) 265,—				
Stadt Darmstadt	Städtische Kliniken	1. 1. 1993	§ 5 (1) 557,30 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 529,44		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 763,45 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 725,28	§ 6 (1) Nr. 11 6 180,— § 6 (2) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 5 871,— § 6 (1) Nr. 14 2 683,15 § 6 (2) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 2 548,99

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BPflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BPflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BPflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BPflV (DM) § 21 Fallpauschale
Stadt Darmstadt	noch Städtische Kliniken					§ 6 (1) Nr. 14 2 756,59 i. V. m. § 6 (2) Nr. 14 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 2 618,76
	Elisabethen- stift	1. 1. 1993	§ 5 (1) 430,69 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 409,16	§ 5 (2) Nr. 8 357,14 § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 339,28	§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 194,38 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 184,66 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 239,19 § 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 227,23	§ 6 (1) Nr. 11 6 180,— § 6 (1) Nr. 11 i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 5 871,—
	Alice-Hospital	1. 1. 1993	§ 5 (1) 366,38 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 348,06			
	Marienhospital	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 283,70			
Landkreis Bergstraße	Kreiskran- kenhaus, Heppen- heim (Bergstraße)	1. 1. 1993	§ 5 (1) 411,94 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 394,34			
	Heilig-Geist- Hospital, Bensheim	1. 4.—31. 12. 1992	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 281,16			
	St.-Marien- krankenhaus, Lampertheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 300,57 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 285,54			
	Evangelisches Krankenhaus, Lampertheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 217,44			
	St.-Josef- Krankenhaus, Viernheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 2 283,46			
	Nachsorge-Klinik Bergstraße, Bensheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 232,80 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 221,16			
	Luisenkran- kenhaus, Lindenfels	1. 1. 1993	§ 5 (1) 335,02 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 318,27	§ 5 (2) Nr. 10 239,12 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 227,16		
	Klinik Auer- bach, Dr. Vetter KG, Bensheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 226,43 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 215,11			
	Chirurgische Fachklinik St. Josef, Lorsch	1. 1. 1993	§ 5 (1) 351,96 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 334,36			§ 6 (1) Nr. 12 3 151,50 § 6 (1) Nr. 12 7 457,31 je Leistung

Versorgungsgebiet	Krankenhaus	Laufzeit	Allgemeiner Pflegesatz § 5 (1) BpflV (DM)	Besonderer Pflegesatz § 5 (2) BpflV (DM)	Teilstationärer Pflegesatz § 5 (3) BpflV (DM)	Sonderentgelte § 6 BpflV (DM) § 21 Fallpauschale
Landkreis Bergstraße	Chirurgische Fachklinik Dr. Zwick, Lindenfels					
	Fachklinik für Stoffwechsel- erkrankungen, Dr. Dresaga, Lindenfels	1. 1. 1993	§ 5 (1) 193,73 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 184,04			
	Psychiatrisches Krankenhaus, Heppenheim (Bergstraße)	1. 5.—31. 12. 1991	§ 5 (1) 287,36 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 272,99			
	Klinik Schloß Falkenhof, Bensheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 140,74			
Landkreis Darmstadt- Dieburg	Kreiskranken- haus, Jugenheim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 343,47 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 326,30			
	St.-Rochus-Kran- kenhaus, Dieburg	1. 1. 1993	§ 5 (1) 272,22			
	Kreiskran- kenhaus, Groß-Umstadt	1. 1. 1993	§ 5 (1) 363,65 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 345,75			
	Therapeutische Gemeinschaft, Haus Burgwald, Mühltal	1. 1.—31. 12. 1993	§ 5 (1) 129,95			
Landkreis Groß-Gerau	Kreiskran- kenhaus, Groß-Gerau	1. 1. 1993	§ 5 (1) 431,18			§ 6 (1) Nr. 14 12,55 pro 100 000 E
	Stadtkranken- haus, Rüssels- heim	1. 1. 1993	§ 5 (1) 442,21		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 6 642,60	§ 6 (1) Nr. 11 4 855,18 § 6 (1) Nr. 12 3 491,85 § 6 (1) Nr. 12 5 744,50 je Leistung § 6 (1) Nr. 14 37,46 § 6 (1) Nr. 14 18,52 je 100 000 E
	Psychiatrisches Krankenhaus Philippshospital, Riedstadt	1. 7.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 281,54			
	Psychiatrisches Krankenhaus Philippshospital, Tageskliniken Raunheim, Groß-Gerau, Riedstadt	1. 7.—31. 12. 1992			§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 174,81	
	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Hofheim, Riedstadt	1. 1. 1993	§ 5 (1) 416,02		§ 5 (3) i. V. m. § 5 (2) Nr. 8 284,36	
Odenwaldkreis	Kreiskran- kenhaus, Erbach	1. 6.—31. 12. 1992	§ 5 (1) 356,57 § 5 (1) i. V. m. § 8 Satz 1 Nrn. 1 und 2 338,74			

435

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR FRAUEN, ARBEIT UND SOZIALORDNUNG

Sonderprogramm zur Eingliederung jüngerer Schwerbehinderter in die Verwaltung;

hier: Verfahrensregelungen

Bezug: Erlaß vom 14. April 1992 (StAnz. S. 1087)

Die nachstehende Neufassung ersetzt die Regelungen vom 14. April 1992.

1. Das Sonderprogramm richtet sich grundsätzlich an jüngere arbeitslose schwerbehinderte Frauen und Männer. Frauen sollen entsprechend ihrer Betroffenheit in das Sonderprogramm aufgenommen werden.
2. Im Anschluß an eine viermonatige Qualifizierungsphase (einschließlich Praktika) durch die Bundesanstalt für Arbeit erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unbefristete Arbeitsverträge von der jeweiligen Beschäftigungsbehörde. Die übliche Probezeit mit Beginn des unbefristeten Beschäftigungsverhältnisses wird durch die vorgeschaltete Qualifizierungsphase nicht ersetzt.
3. Die Arbeitsverhältnisse werden längstens für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren bis zu einer Übernahme in eine Stelle zu 100% gefördert. Spätestens nach Ablauf des Förderzeitraums muß der Übergang auf eine Stelle gewährleistet sein.
4. Die beteiligten Arbeitsämter, die jeweils zuständige oberste Landesbehörde und das Hessische Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung erhalten je eine Durchschrift des Arbeitsvertrages.
5. Maßgebend für die den zuständigen Arbeitsämtern mitzuteilende Beschäftigungsquote gemäß § 5 Abs. 1 SchwbG ist der Stand am Tag der unbefristeten Einstellung.
6. Bei den zuständigen Arbeitsämtern kann ein Merkblatt über die entsprechenden Fördermodalitäten der Bundesanstalt für Arbeit abgerufen werden.
7. Die im einzelnen zu zahlenden tariflichen Vergütungen/Löhne bemessen sich nach der jeweils ausgeübten Tätigkeit. Sie werden in voller Höhe von der Zentralen Vergütungs- und Lohn-

stelle Hessen, Postfach 10 41 29, 3500 Kassel, nach Maßgabe entsprechender Kassenanweisungen der Beschäftigungsbehörden angewiesen.

8. Die Zentrale Vergütungs- und Lohnstelle Hessen bekommt die in meinem Einzelplan für das Sonderprogramm veranschlagten Haushaltsmittel

Vergütungen = Kap. 2103 — 425 71

Löhne = Kap. 2103 — 426 71

von mir zugewiesen.

9. Dem Landeswohlfahrtsverband Hessen werden für das Sonderprogramm geleistete Ausgaben für Vergütungen/Löhne von mir erstattet (Kap. 2103 — 653 71).

10. Die zuständigen Arbeitsämter werden mit Beginn der einzelnen Arbeitsverhältnisse (nach Abschluß der Qualifizierungsphase) ihren Kostenanteil an mich (Kap. 2103 — 256 01) überweisen.

Empfänger: Staatshauptkasse Hessen

Konto-Nr. des Empfängers: 100 002 590, Nassauische Sparkasse Wiesbaden (BLZ 510 500 15)

Verwendungszweck: Name, Vorname

Kap. 2103 — 256 01

11. Die Beschäftigungsbehörden haben den Abschluß eines unbefristeten Arbeitsvertrages den Beteiligten (s. Nr. 4) und dem Beauftragten der Landesregierung für Angelegenheiten der Schwerbehinderten in der Landesverwaltung unverzüglich anzuzeigen. Bei Vertragsänderungen — auch innerhalb der Probezeit — ist dieser rechtzeitig zu beteiligen, um eine einvernehmliche Lösung zu erreichen.

Wiesbaden, 15. März 1993

**Hessisches Ministerium für
Frauen, Arbeit und Sozialordnung**
II B 1 — 55 k — 4365

StAnz. 19/1993 S. 1120

436

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG, WOHNEN, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ

Änderung der Richtlinien für die Gewährung von Umstellungshilfen an landwirtschaftliche Unternehmer

Bezug: Erlaß vom 21. Dezember 1990 (StAnz. S. 251), geändert durch Erlaß vom 5. November 1991 (StAnz. S. 2735)

Unter Beachtung der Beschlüsse des Planungsausschusses für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) für 1993 werden die Richtlinien für die Gewährung von Umstellungshilfen an landwirtschaftliche Unternehmer vom 21. Dezember 1990 (StAnz. S. 251) i. d. F. der Änderung vom 5. November 1991 (StAnz. S. 2735) wie folgt geändert:

1. Nr. 3 wird um folgenden Satz ergänzt:

„Die Bewilligungsbehörde kann in begründeten Ausnahmefällen anstelle des Betriebsleiters den Hofnachfolger, der außerhalb eines rentenversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses hauptberuflich im Unternehmen tätig ist, fördern.“

2. Nr. 4.1 Buchst. a) wird um folgenden Halbsatz ergänzt:
„oder — in den Fällen der Nr. 3 Satz 2 — außerhalb eines rentenversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses hauptberuflich im Unternehmen tätig ist,“
3. In Nr. 4.1 Buchst. b) und Nr. 6.2 sind die Worte „Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung“ durch die Worte „Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft“ zu ersetzen.

Die Änderung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1993 in Kraft.

Wiesbaden, 6. April 1993

**Hessisches Ministerium
für Landesentwicklung, Wohnen,
Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz**

II B 1 — LK.70.11.6 — 860/93

— Gült.-Verz. 811 —

StAnz. 19/1993 S. 1120

437

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Europaangelegenheiten

an der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

ernannt:

zur Regierungsberrätin (BaL) Regierungsberrätin z. A. (BaP)
Dr. Daniela Birkenfeld-Pfeiffer (30. 12. 92);

zur Regierungsberrätin z. A. (BaP) Frau Dr. Christina Schlegel (16. 2. 93);

versetzt:

vom Magistrat der Stadt Frankfurt Inspektorin z. A. Michaelae Galfe (1. 1. 93);

zum Land Rheinland-Pfalz Polizeioberberrat Konstantin Schroth (1. 3. 93);

bei dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Angelegenheiten der Schwerbehinderten in der Landesverwaltung

ernannt:

zur **Regierungsrätin (BaL)** Regierungsrätin z. A. (BaP) Birgit Scholz (23. 2. 93).

Wiesbaden, 23. April 1993

**Hessisches Ministerium des Innern
und für Europaangelegenheiten
I B 66**

beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main

ernannt:

zur **Polizeimeisterin (BaP)** die Polizeimeisterin z. A. Nicole Klöpfel (1. 3. 93);

zum **Polizeimeister z. A.** Polizeihauptwachtmeister z. A. Bernd Schulz (15. 3. 93);

zum **Kriminalobermeister** Feldschutzhauptmeister (BaL) Stefan Gärtner (1. 3. 93);

versetzt:

zur **Polizeiinspektion Gotha-Nord** (Thüringen) Polizeihauptmeister Heinrich Zilch (1. 3. 93);

vom **Magistrat der Stadt Frankfurt** Inspektorin z. A. Anja Werkmann, Feldschutzhauptmeister (BaL) Stefan Gärtner (beide 1. 3. 93);

in den **Ruhestand** getreten:

Polizeihauptkommissar (A 11) Günter Eichelbaum (31. 3. 93);

in den **Ruhestand** versetzt:

Polizeioberkommissar Wilfried Krefß, Polizeiobermeister Hans-Walter Kotte (beide 31. 3. 93);

aus sonstigen Gründen **ausgeschieden**:

Polizeiobermeister Reiner Dietz (21. 3. 93), Polizeimeisterin z. A. Astrid Jünemann, die Polizeimeister Bernd Germeroth, Wolfgang Mengel, Polizeihauptmeister Bernd Stahl, Obersekretär Ralf Miller (sämtlich 31. 3. 93).

Frankfurt am Main, 21. April 1993

**Polizeipräsidium Frankfurt am Main
P III/3**

StAnz. 19/1993 S. 1120

G. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst

bei der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

ernannt:

zu **Universitätsprofessoren (BaL)** Dr. Roberto Zicari (26. 10. 92), Dr. Christian Noe (17. 11. 92), Dr. Hinrich Fink-Eitel (10. 12. 92), Dr. Margret Rottleuthner-Lutter (14. 12. 92), Dr. Ingolf Pernice (1. 1. 93), Dr. Hans Markus von Kaenel (11. 1. 93), Dr. Ingwer Ebsen (1. 2. 93), Dr. Bernhard Brutschy (1. 2. 93), Dr. Friedrich Kambartel (17. 2. 93), Dr. Klaus Herding (1. 4. 93);

zum **Oberassistenten (BaZ)** Dr. Walter Volkmandt (27. 1. 93);

zu **Wissenschaftlichen Assistenten (BaZ)** Dr. Frank Schulze-Engler (16. 11. 92), Dr. Heike Bertram (23. 11. 92), Dr. Peter Ihring (26. 11. 92), Dr. Thomas Bergstedt (1. 12. 92), Dr. Sigrid Hofer (2. 1. 93), Dr. Jürgen Hoyer (1. 2. 93), Dr. Angelika Henne (7. 3. 93), Dr. Hans-Günther Schmalz (19. 3. 93), Dr. Rainer Türck (1. 4. 93);

zur **Inspektorin (BaL)** Inspektorin z. A. (BaP) Marlis Hendrich (12. 3. 93);

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Helmut Schilling (16. 3. 93);

versetzt:

zum **Bundesrechnungshof** Oberinspektor (BaL) Axel Klück (16. 1. 93);

in den **Ruhestand** getreten:

die **Universitätsprofessoren** Dr. Willibald Heilmann, Dr. Albert Kranz, Dr. Peter Junior, Dr. Guenter Niemz, Dr. Franz Zigan, Akademischer Rat Dr. Erwin Rogler, Studienrätin Ilse Bechtold (sämtlich 31. 3. 93);

in den **Ruhestand** versetzt:

Dr. Gisela Oestreich (31. 3. 93);

aus sonstigen Gründen **ausgeschieden**:

die **Universitätsprofessoren** Dr. Wolfgang Pohlitz, Dr. Kurt von Gehlen, Dr. Rudolf Sellheim, Dr. Ernst Mayr, Dr. Gerd Dannhardt, **Wissenschaftlicher Assistent** Dr. Thomas Reus (sämtlich 31. 3. 93), **Oberinspektorin** Sylvia Janka (1. 12. 92);

verstorben:

Akademischer Oberrat Dr. Hans Joachim Piechotta (4. 3. 93), **Lehrer als Pädagogischer Mitarbeiter** Jürgen Füssel (14. 12. 92).

Frankfurt am Main, 16. April 1993

**Der Präsident der
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main
3.10.00 PA — 3/Is**

bei der Philipps-Universität Marburg

ernannt:

zu **Universitätsprofessoren (BaL)** Dr. Günter Burkard (2. 2. 93), Dr. Alfred Ultsch (1. 3. 93), Dr. Lutz Heusinger (4. 3. 93), Dr. Dr. Leo Kießler (14. 4. 93);

zu **Wissenschaftlichen Assistenten (BaZ)** Dr. Olaf Ortmann (1. 1. 93), Dr. Siegfried Gauggel (8. 2. 93), Dr. Eva Graul (1. 3. 93), Dr. Michael Reich (7. 4. 93), Dr. Thomas Staufenberg (8. 4. 93);

in den **Ruhestand** versetzt:

die **Universitätsprofessoren** Dr. Sadegh Massarath, Dr. Klaus Golenhofen (beide 31. 3. 93);

versetzt:

an die **Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg** Bibliotheksrätin z. A. (BaP) Annette Eckes (28. 2. 93);

aus sonstigen Gründen **ausgeschieden**:

die **Universitätsprofessoren** Dr. Hans-Joachim Wagner (16. 11. 92), Dr. Christian Rieger (2. 2. 93), Dr. Gerd Hölter (10. 3. 93), Dr. Otto Kaiser, Dr. György Targonski, Dr. Bruno Eckhardt (sämtlich 31. 3. 93), die **Wissenschaftliche Assistentin** Dr. Claudia Grothe (22. 1. 93).

Marburg, 19. April 1993

**Der Präsident der
Philipps-Universität Marburg
PA III b**

bei der Fachhochschule Wiesbaden

ernannt:

zu **Professoren (BaL)** Dr. Franz Giesel (3. 3. 93), Dr. Reinhold Kröger, Dr. Klaus North (beide 1. 4. 93).

Wiesbaden, 26. April 1993

**Der Rektor der
Fachhochschule Wiesbaden
III — 5100 — le — ho**

StAnz. 19/1993 S. 1121

H. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

in der Straßenbauverwaltung

ernannt:

zum **Präsidenten des Hessischen Landesamtes für Straßenbau (BaL)** Bewerber Dr.-Ing. Jürg Michael Sparmann (15. 5. 92);

zu **Ltd. Baudirektoren** die Baudirektoren (BaL) Dr.-Ing. Rolf Andree, Dipl.-Ingenieure Manfred Dretzke (beide 24. 4. 92), Klaus-Peter Barth (30. 4. 92), Walter Lüders (1. 10. 92);

zu **Baudirektoren** die Bauoberräte (BaL) Dipl.-Ingenieure Fred Heinz, Frank Michael Kurth, Dieter Paul, Burkhard Vieth (sämtlich 30. 4. 92), Gernot Schaaake (1. 12. 92);

zur **Regierungsdirektorin** Regierungsoberrätin (BaL) Erika Hoffmann (30. 4. 92);

zu **Bauoberräten (BaL)** die Bauoberräte z. A. (BaP) Dipl.-Ingenieure Dieter Klußmeier (29. 8. 92), Klaus-Rudi Glaab (18. 10. 92);

zu **Bauoberräten** die Bauräte (BaL) Dipl.-Ing. Gunnar Olaf Santowski (30. 4. 92), Dipl.-Ing. Thomas Platte (29. 10. 92),

Werner Döhling, Erich Schuy, Wolfgang Stremmel (sämtlich 30. 4. 92), Gerhard Ruhl (11. 5. 92);

zu **Bauräten (BaL)** die Bauräte z. A. (BaP) Dipl.-Ingenieure Gerd Riegelhuth, Joachim Pös (beide 1. 6. 92), Artur Anton Michalek (23. 8. 92), Dr.-Ing. Norbert Wolff (4. 9. 92), Heinrich Andreas Strozky (1. 12. 92), Martin Weber (15. 12. 92), Holger Brune (29. 1. 93);

zum **Gartenbaurat (BaL)** Gartenbaurat z. A. (BaP) Dr.-Ing. Rainer Rühl (30. 7. 92);

zu/zur **Bauräten/in z. A. (BaP)** die Baureferendare/in (BaW) Dipl.-Ingenieure/in Kerstin Eckert, Ulrich Hansel (beide 5. 6. 92), Ulrich Kaiser, Harald Mank (beide 20. 11. 92);

zum **Gartenbaurat z. A. (BaP)** Techn. Angestellter Dipl.-Ing. Wolfgang Pöhler (7. 9. 92);

zur **Regierungsrätin z. A. (BaP)** Assessorin Antje Rosemarie Bleydorn (18. 8. 92);

zu/zur **Baureferendaren/in (BaW)** die Bewerber/in Dipl.-Ingenieur/in Bolko Bernhard Schumann (10. 4. 92), Annette Kraus (1. 10. 92), Stefan Buhtkamp (2. 11. 92);

zu **Techn. Oberamtsräten** die Techn. Amtsräte (BaL) Horst Glöckner (10. 4. 92), Johannes Dirsch, Rainer Peter Fondel, Günter Tröger (sämtlich 29. 10. 92), Kurt Schindler (30. 10. 92);

zum **Oberamtsrat** (BaL) Jürgen Heinrich Griskiewitz-Möser (29. 10. 92);

zu **Techn. Amtsräten** die Techn. Amtsmänner (BaL) Johannes Dörr, Konrad Funk, Georg Herbert Heiß, Rolf Gerhard Klos, Wolfgang Sachtleben, Leo Schmidt, Georg Schultheis, Helmut Schumann (sämtlich 16. 4. 92), Lothar Richter (22. 4. 92), Michael Kuckert (27. 10. 92), Reinhold Diegelmann, Bernd Marks (beide 30. 10. 92);

zu **Amtsräten** die Amtsmänner (BaL) Bernd Walter Becker (21. 4. 92), Dieter Frehoff (22. 10. 92);

zu **Techn. Amtfrauen/Amtmänner** die Techn. Oberinspektoren/innen (BaL) Horst Martin Burk, Gerhard Hubert Niedling (beide 1. 4. 92), Helmut Hartmut Heinz Richter, Holger Wortmann (beide 13. 4. 92), Jutta Bös (14. 4. 92), Heinrich Josef Blank (21. 4. 92), Karl Heinz Gamber (30. 9. 92), Rainer Bornheimer (1. 10. 92), Petra Maria Reyer-Schulz (8. 10. 92), Hans-Walter Graeff (9. 10. 92);

zum **Techn. Amtmann (BaL)** Bewerber Norbert Schmitt (1. 4. 92);

zu/zum **Amtfrauen/Amtmann** Oberinspektor/innen (BaL) Rolf Werner Oertel (9. 4. 92), Astrid Bernhard, Ilse Sauerwein-Tham (beide 29. 10. 92), Steffi Fritz (30. 10. 92);

zu/zur **Techn. Oberinspektoren/in (BaL)** die Techn. Oberinspektoren/in z. A. (BaP) Heinz Georg Romanowski (1. 5. 92), Gernot Karl Fink, Jochen Kilian (beide 5. 10. 92), Jürgen Hartmut Ebener (13. 11. 92), Kerstin Röbig (1. 1. 93);

zum **Techn. Oberinspektor z. A. (BaP)** Techn. Angestellter Bruno Thiele (1. 8. 92);

zu/zur **Oberinspektoren/in** die Inspektoren/in (BaL) Gernot Engel, Brigitte Helga Schäfer (beide 1. 10. 92), Rainer Wilhelm Koob (30. 10. 92);

zum **Inspektor (BaL)** Inspektor z. A. (BaP) Matthias Heikamp (1. 1. 93);

zum **Inspektor** Hauptsekretär (BaL) Thomas Kubesch (1. 4. 92);

zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Jürgen Figge (1. 10. 92);

zur **Inspektorin** Assistentin (BaP) Anja Wolff (1. 4. 92);

zu **Techn. Inspektoranwärtern (BaW)** die Bewerber Reinhard Banse, Stefan Egon Becker (beide 1. 4. 92), Klaus Wilhelm Schäfer (1. 2. 93);

zu **Obersekretären** die Sekretäre (BaL) Thomas Fischer, Uwe Gondermann (beide 6. 4. 92);

zu/zum **Obersekretär/innen** Sekretär/innen (BaP) Carina Frehse (3. 4. 92), Heike Reuter (6. 4. 92), Jürgen Heinz Grün (1. 10. 92);

zu **Sekretären** die Assistenten (BaP) Marco Hermann Walter Fingerhut, Andreas Penning (beide 1. 10. 92);

zu **Assistentinnen** die Assistentinnen z. A. (BaP) Kerstin Heise, Judith Schwoba (beide 1. 3. 93);

zu **Assistentinnen z. A. (BaP)** die Assistentenanwärterinnen (BaW) Kerstin Heise, Judith Schwoba (beide 1. 9. 92);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Techn. Oberinspektoren (BaP) Benno Brühl (1. 4. 92), Uwe Theiß (1. 5. 92), Stefan Rudolf Wald (15. 5. 92), die Inspektorinnen (BaP) Jutta Roß (6. 3. 92), Gudrun Else Ringel (9. 2. 93), Sekretär/in (BaP) Astrid Gertrud Mölders-Lukas (4. 7. 92), Andreas Penning (1. 3. 93);

versetzt:

vom Magistrat der Stadt Frankfurt Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Jürgen Hartmut Ebener (1. 11. 91), Techn. Amtmann (BaL) Helmut Heinrich Kauck (1. 9. 92), Inspektor (BaL) Klaus Müller (1. 10. 92);

von der Landesversicherungsanstalt Hessen Oberinspektor (BaL) Friedrich Gerwin (1. 4. 92);

vom Bundesverkehrsministerium Baurat z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Holger Brune (1. 6. 92);

vom Landratsamt Rems-Murr-Kreis Inspektorin (BaL) Claudia Kratzke (1. 7. 92);

vom Magistrat der Stadt Flörsheim Oberinspektorin (BaL) Annerose Breunig (1. 1. 93);

zum Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Amtmann (BaL) Volker Grabbert (1. 7. 92);

zum Kreisausschuß des Landkreises Gießen Inspektorin (BaL) Claudia Kratzke (19. 7. 92);

zum Thüringischen Finanzministerium Inspektor (BaL) Thomas Kubesch (1. 8. 92);

zur Bundesbahndirektion Frankfurt Techn. Oberinspektor (BaL) Dieter Sack (1. 10. 92);

zur Straßenverwaltung Rheinland-Pfalz Oberinspektor (BaL) Peter Reuter (1. 1. 93);

zum Bundesverkehrsministerium Bauoberrat (BaL) Dipl.-Ing. Bernhard Ress (1. 1. 93);

zum Zweckverband des Großraums Braunschweig Baurat (BaL) Dr.-Ing. Norbert Wolff (1. 4. 93);

in den Ruhestand getreten:

Ltd. Baudirektor Hans Werner Klebe, Techn. Amtsrat Wilhelm Kleemann (beide 31. 3. 93);

in den Ruhestand versetzt:

Ltd. Baudirektor Dipl.-Ing. Karl Fritz Hirsch (31. 1. 93), Ltd. Regierungsdirektor Helmut Barth (28. 2. 93), Baudirektor Dipl.-Ing. Eberhard Ritter (30. 6. 92), Vermessungsdirektor Dipl.-Ing. Hermann Muth, Bauoberrat Dipl.-Ing. Gerd-Manfred Rolack (beide 31. 12. 92), die Techn. Oberamtsräte Heinrich Fuhrmann (30. 4. 92), Horst Heine (31. 12. 92), Helmut Blank (31. 3. 93), die Techn. Amtsräte Kurt Scheid (31. 3. 92), Karl-Heinz Lehmkühl (31. 7. 92), Gerhard Horn (30. 9. 92), Amtsrat Dieter Schwanitz (28. 2. 93), Amtmann Heinz Hubert (31. 12. 92);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

Techn. Inspektoranwärter (BaW) Stefan Egon Becker (30. 4. 92).

Wiesbaden, 16. April 1993

Hessisches Landesamt für Straßenbau
1144 — 7 h — 04

St.Anz. 19/1993 S. 1121

L. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung

bei den Dienststellen der Kriegsopferversorgung
beim Landesversorgungsamt Hessen

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Oberinspektorin Petra Hartner (29. 12. 92), Inspektorin Nicola Schneider (19. 4. 93);

in den Ruhestand versetzt:

Präsident Albert Weiteneck (31. 1. 93);

bei den Versorgungsämtern und -dienststellen

ernannt:

zur **Medizinaloberrätin z. A. (BaP)** Angestellte Dr. Wilma Dar-seff-Schaaf, Versorgungsamt Frankfurt (1. 4. 93);

zum **Medizinaloberrat z. A. (BaP)** Angestellter Klaus Schuberth, Versorgungsamt Darmstadt (1. 4. 93);

zum/zur **Medizinalrat/rätin z. A. (BaP)** Angestellte/r Elga Oberkinghaus, Versorgungsamt Kassel, Rolf-Georg Och, Versorgungsamt Darmstadt (beide 7. 4. 93);

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Wilhelm Emrich, Versorgungsamt Frankfurt (23. 10. 92);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Günter Krzepek, Versorgungsamt Wiesbaden (1. 10. 92);

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Klaus Reutzel, Versorgungsamt Frankfurt (30. 10. 92);
zur **Inspektorin z. A. (BaP)** Inspektorinwärterin (BaW) Diana Trinkaus, Versorgungsamt Darmstadt (1. 4. 93);
zur **Obersekretärin** Sekretärin (BaP) Sabine Enders, Versorgungsamt Frankfurt (7. 10. 92);
zum **Assistenten** Oberamtsmeister (BaL) Horst Weißbarth, Versorgungsamt Frankfurt (1. 2. 93);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Medizinaloberrat Dr. Bernd Heitzmann, Versorgungsärztliche Untersuchungsstelle Frankfurt (5. 4. 93), Oberinspektor Thomas Witzel, Versorgungsamt Fulda (13. 1. 93), Inspektor Ekkhard Ebermann, Versorgungsamt Darmstadt (1. 10. 92), Inspektorin Agnes Fritsch, Versorgungsamt Kassel (19. 2. 93);

versetzt:

zur Landesversicherungsanstalt Hessen Inspektorin Andrea Rumpold, die Inspektorinnen z. A. Ulrike Kastilan, Dagmar Kunzendorf, sämtlich Versorgungsamt Frankfurt (sämtlich 1. 1. 93);
zum Odenwaldkreis Oberinspektorin Sabine Tauchert, Versorgungsamt Darmstadt (1. 4. 93);
zum Amt für Soziales und Familie, Erfurt, die Oberinspektoren Jörg Volland, Versorgungsamt Kassel, Karl-Heinz Preilowski, Versorgungsamt Frankfurt (beide 1. 3. 93);

zum Amt für Soziales und Familie, Suhl, Amtmann Günter Grube, Versorgungsamt Kassel, Oberinspektor Martin Jäger, Versorgungsamt Fulda (beide 1. 3. 93);
vom Magistrat der Stadt Frankfurt Inspektor z. A. Horst Peldszus, Versorgungsamt Frankfurt (1. 4. 93);
vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Inspektorin z. A. Petra Niemeyer, Versorgungsamt Frankfurt (1. 1. 93);

in den Ruhestand getreten:

Ltd. Regierungsdirektor Willi Mühlhausen, Versorgungsamt Kassel (31. 1. 93);

in den Ruhestand versetzt:

Medizinaloberrätin Dr. Gunthild Korn-Heydt, Versorgungsamt Gießen (31. 3. 93);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

Assistentin Andrea Knauf, Versorgungsamt Kassel (31. 12. 92);

beim Hessischen Landesprüfungsamt für Krankenversicherung

ernannt:

zum Amtsrat z. A. (BaP) Angestellter Werner Ritt (1. 3. 93).

Frankfurt am Main, 19. April 1993

Landesversorgungsamt Hessen

I/1 Allgemein

StAnz. 19/1993 S. 1122

438

DARMSTADT

DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 22. April 1993

Auf Grund des § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Kreisstadt Friedberg (Hessen) mit Ausnahme der Stadtteile Bauernheim, Bruchenbrücken, Dorheim Ockstadt und Ossenheim aus Anlaß des 15. Friedberger Altstadtfestes am 27. Juni 1993 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Im übrigen sind die Bestimmungen der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 (RGBl. I S. 446), des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965) und des Mutterschutzgesetzes vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315) in der zur Zeit geltenden Fassung zu beachten.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 27. Juni 1993 in Kraft.

Darmstadt, 22. April 1993

Regierungspräsidium Darmstadt

gez. Dr. Daum
Regierungspräsident

StAnz. 19/1993 S. 1123

nungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Stadt Michelstadt aus Anlaß des „39. Michelstädter Bienenmarktes“ am 6. Juni 1993 für folgende Straßenzüge und Plätze freigegeben:

Erbacher Straße, von Einmündung Kellereibergstraße bis Lindenplatz; Kellereibergstraße; Hammerweg, von Friedrich-Ebert-Straße bis Einmündung Wiesenweg; Wiesenweg, von Einmündung Bahnhofstraße bis Einmündung des Fußweges zur Bienenmarktpassage; Bahnhofstraße, von Einmündung Rudolf-Marburg-Straße bis Große Gasse, Waldstraße, von Einmündung Hochstraße bis Bahnhofstraße; Hochstraße; Lindenplatz; Braunstraße; Große Gasse mit Fußgängerzone; Untere Pfarrgasse; Neutorstraße; Häfnergasse; Einhardspforte mit Kellereihof; Obere Pfarrgasse; Mauerstraße; Rathausgasse; Marktplatz und Frankfurter Straße, von Bahnhofstraße bis Einmündung Pestalozzistraße.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Im übrigen sind die Bestimmungen der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 (RGBl. I S. 446), des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965) und des Mutterschutzgesetzes vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315) in der zur Zeit geltenden Fassung zu beachten.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 6. Juni 1993 in Kraft.

Darmstadt, 22. April 1993

Regierungspräsidium Darmstadt

gez. Dr. Daum
Regierungspräsident

StAnz. 19/1993 S. 1123

439

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 22. April 1993

Auf Grund des § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverord-

440

Zulassung von Einrichtungen zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch gemäß §§ 218 bis 219 d des Strafgesetzbuches i. d. F. vom 10. März 1987 (BGBl. I S. 945)

In der Zeit vom 1. August 1991 bis 31. März 1993 ist im Regierungsbezirk Darmstadt die nachfolgend genannte Praxis als Einrichtung zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch zugelassen worden:

Gemeinschaftspraxis
Dr. med. S. Fischmann,
Dr. med. E. Danz,
Kaiserstraße 32—34,
6050 Offenbach am Main.

Im gleichen Zeitraum sind folgende Änderungen eingetreten:

Die Praxis
Dr. med. Cornelius Koralek,
Seckbacher Landstraße 24,
6000 Frankfurt am Main 60,

wurde aufgegeben.

Der Arzt Friedrich Andreas Stapf ist aus der

Praxisgemeinschaft
Dr. med. Joachim Schidlowski,
Bahnstraße 36,
6070 Langen,

ausgeschieden.

Darmstadt, 21. April 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
II 15 d — 18 h 44/01
StAnz. 19/1993 S. 1123

441

Zulassung als Sachverständiger für die Untersuchung von Gegenproben nach dem Arzneimittelgesetz

Herr Dr. Martin Siewert, zugelassen als Sachverständiger für die Untersuchung von Arzneimittelgegen- und -zweitproben mit Ausnahme der Bereiche Blutzubereitung, Impfstoffe, Testallergene, Testsera, Testantigene, radioaktive Arzneimittel und Arzneimittel, die biotechnologische Wirkstoffe enthalten, übt seine Tätigkeit nicht mehr in den Räumen des Zentrallaboratoriums Deutscher Apotheker, Ginnheimer Straße 20, 6236 Eschborn, aus, sondern in den Räumen der Hoechst AG, Pharma-Qualitätskontrolle, Brüningstraße 50, 6230 Frankfurt am Main 80.

Darmstadt, 15. April 1993

Regierungspräsidium Darmstadt
II 16 e — 18 I 04/01 — 10
StAnz. 19/1993 S. 1124

442

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Lehrplan und elf Stoffpläne für den Ausbildungslehrgang für Auszubildende des Ausbildungsberufs „Fachangestellte/r für Bürokommunikation“

Nach Nr. 4 des Rundschreibens des Landespersonalamtes Hessen über die Ausbildung im Ausbildungsberuf „Fachangestellte/r für Bürokommunikation“ vom 12. Mai 1992 (StAnz. S. 1210) besuchen die Auszubildenden im zweiten und dritten Ausbildungsjahr je einen Tag in der Woche die Berufsschule sowie einen Lehrgang bei einem Verwaltungsseminar des Hessischen Verwaltungsschulverbandes mit insgesamt 480 Unterrichtsstunden.

Nachstehend gebe ich die vom Verbandsausschuß und der Verbandsversammlung des Hessischen Verwaltungsschulverbandes einstimmig beschlossenen Lehr- und Stoffpläne für diesen Ausbildungslehrgang bekannt. Den Lehr- und Stoffplänen haben der beim Landespersonalamt Hessen errichtete Berufsbildungsausschuß und das Landespersonalamt zugestimmt.

- I. 1 Lehrplan
II. 11 Stoffpläne
III. 1 Einführungsblock

I. Lehrplan:

Fachgebiet	2. Ausbildungsjahr	3. Ausbildungsjahr
1. Organisation und Arbeitstechniken	30	—
2. öffentliche Finanzwirtschaft	20	40
3. Staat und Politik	40	—
4. Personalrecht	40	40
5. Soziale Sicherung	—	30
6. Verwaltungsrecht	30	20
7. Kommunalrecht	—	20
8. Elektronische Datenverarbeitung in der Praxis	40	40
9. Privatrecht	—	30
10. Sozialpsychologie	—	30
11. Deutsch	20	—
	20	20
	240	240

II. Einführungsblock:

	1. Ausbildungsjahr	
1. Einführungsblock	30	(wie bei „Verwaltungsfachangestellte/r“)

Lernziele	Lerninhalte
-----------	-------------

III. 11 Stoffpläne

1. Fachgebiet: Organisation und Arbeitstechniken

Stundenzahl: 30

Aufbauorganisation und Führung

Der/die Auszubildende

- erkennt die Voraussetzungen, Notwendigkeit und Inhalt der Organisation
 - stellt die Verwaltung als System dar und erklärt ihre Elemente
 - kennt Prinzipien des äußeren Aufbaues der Verwaltung und erklärt anhand von Beispielen die Zuständigkeiten ausgewählter Behörden
 - erkennt die Bedeutung der Aufgabe als Grundlage der Aufbauorganisation und erklärt die sich daraus ergebenden Regelungen der Verwaltungsgliederung und der Aufgabenverteilung
 - unterscheidet die gebräuchlichsten Anordnungs- und Informationswege der öffentlichen Verwaltung
- Aufgabe**
Zielsetzung
Organisationsbegriffe: Aufbau- und Ablauforganisation
Informationsverarbeitungssystem
Produktionssystem, soziales System
Elemente: Aufgaben, Mensch, Mittel
- Stufen der Verwaltung, Zuständigkeitsabgrenzungen, Konzentration — Dekonzentration, Zentralisation — Dezentralisation, Allgemeine Verwaltung — Sonderverwaltung
- Aufgabengliederung, Verwaltungsgliederung, Organisationsplan, Geschäftsverteilungsplan, Stellenplan, Aktenplan
- Weisungs- und Kommunikationssysteme: Einlinien- und Mehrlinien-system
Hierarchie: Vorteile — Nachteile
Partizipation

Ablauforganisation, Geschäftsverfahren

Der/die Auszubildende

- erklärt die verschiedenen Arbeitsrichtlinien und beschreibt deren Wirkung auf den Arbeitsablauf unter Beachtung der wesentlichen Verfahrensgrundsätze für das Verwaltungshandeln
- Allgemeine und besondere Geschäftsanweisungen
Dienstsanweisungen
Auftrag
z. B. Rechtmäßigkeit — Gesetzmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Effektivität

Lernziele	Lerninhalte
— zeigt die Notwendigkeit rechtzeitiger und richtiger Geschäftserledigung auf und wählt die zweckmäßigste Form des Geschäftsverfahrens	Schriftliches und mündliches Geschäftsverfahren Begriffe des schriftlichen Geschäftsverfahrens
— bedient sich sachgerechter Informationsquellen	Informationsquellen: Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften, Amtsblätter, Presse, Fachzeitschriften und Fachliteratur, Dienstbesprechungen
— kennt geeignete Arbeits- und Lernmethoden	Termin- und Arbeitsplanung, Informationsaufnahme, -verarbeitung und -weitergabe, Arbeitsplatzgestaltung.

Ausbildungslehrgang

zum Fachangestellten für Bürokommunikation/zur Fachangestellten für Bürokommunikation

2. Fachgebiet: „Öffentliche Finanzwirtschaft“ (Haushalts- und Kassenwesen)

Stundenzahl: 60

Die/der Auszubildende

— erläutert Notwendigkeit und Zweck der öffentlichen Haushaltsplanung	Haushalts- und Finanzplanung Rechtsgrundlagen
— beschreibt Einnahmequellen der öffentlichen Haushalte	Vorrangige und nachrangige Deckungsmittel Entgelte für Leistungen, Steuern und Kredite
— nennt die verschiedenen Arten des öffentlichen Ausgabebedarfs	Personal-, Sach- und Investitionsausgaben sowie Schuldendienst
— beschreibt Inhalt und Zustandekommen des Haushaltsgesetzes/der Haushaltssatzung	Verfahren, Pflicht- und freiwillige Bestandteile
— nennt Bestandteile und Anlagen des Haushaltsplanes	z. B. Gesamtplan, Einzelpläne, Stellenplan, Sammelnachweise Pflichtanlagen
— stellt die Gliederung des Haushaltsplans und die Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben dar	Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, Gliederungs- und Gruppierungsplan
— beschreibt die Haushaltsgrundsätze, leitet daraus deren Auswirkungen auf die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans ab und schildert die	Vorherigkeit — vorläufige Haushaltsführung Kassenwirksamkeit — Verpflichtungsermächtigung Bruttoveranschlagung Einzelveranschlagung — sachliche Bindung — echte Deckungsfähigkeit Jährlichkeit — zeitl. Bindung — Übertragbarkeit Gesamtdeckung — Zweckbindung von Einnahmen — unechte Deckungsfähigkeit Haushaltsausgleich über- und außerplanmäßige Ausgaben, Nachtragshaushalt
— erläutert die Möglichkeiten, über zusätzliche Haushaltsmittel zu verfügen	
— stellt die Notwendigkeit der Haushaltsüberwachung dar	Methoden der Einnahmen- und Ausgabenkontrolle
— erkennt, daß aus Gründen einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Haushaltswirtschaft die Trennung von Anordnung, Ausführung und Kontrolle zwingend erforderlich ist	Anordnungsbefugnis, Kassenanordnungen, Feststellungsbefugnisse wesentliche Aufgaben der Kasse innere Kassensicherheit, Einrichtung, Rechtsstellung und Aufgaben der Rechnungsprüfung
— stellt die Notwendigkeit der Rechnungsprüfung dar	Rechnungsprüfung, parlamentarische Kontrolle, Entlastung

Lernziele	Lerninhalte
	Ausbildungsberuf Fachangestellte/r für Bürokommunikation 3. Fachgebiet: Staat und Politik
	Zeitraum, Stundenzahl: 2. Ausbildungsjahr: 40 Der/die Auszubildende
	I. Staats- und Regierungsformen
— erklärt Aufgaben und Ziele des Staates	Ordnung, Sicherheit, Wirtschaft und Kultur, soziale Sicherung
— erklärt Staatselemente	Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt
— erläutert unterschiedliche Staats- und Regierungsformen	Monarchie — Republik Diktatur — Demokratie

II. Staatengemeinschaften und bundesstaatliche Ordnung nach dem Grundgesetz

— Gründe für die Bildung von Staatengemeinschaften nennen und an Beispielen erläutern	EG, Nato, UNO, KSZE
— erklärt die Staatsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland	Art. 20 und 79 GG
	III. Der demokratische und soziale Rechtsstaat, Wahlssysteme
— erklärt die Bedeutung der Grundrechte	Grundrechte, Bindung der Verwaltung, Einschränkung von Grundrechten
— beschreibt Staatsorgane des Bundes und des Landes Hessen	Parlamentarisches System, Gewaltenteilung
— stellt Gesetzgebungsverfahren in Grundzügen dar	Verfahrensschritte von der Gesetzesinitiative bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes
— erläutert das Wahlsystem zum Deutschen Bundestag und die Wahlrechtsgrundsätze	Personalisiertes Verhältniswahlsystem und Wahlrechtsgrundsätze nach Art. 38 GG

IV. Grundlagen der Politik

— kennt die wichtigsten Begriffe der Politik	Gesellschaft — Staat Idee — Ideologie
— kennt die Grundlagen einer pluralistischen Gesellschaft	Interesse und Macht, Verbände, Medien
— nennt Möglichkeiten der Einflußnahme des Bürgers auf die politische Willensbildung	

V. Politische Geschichte

— kennt die neuere deutsche Geschichte in groben Umrissen	Soziale und nationale Fragen seit Mitte des 19. Jahrhunderts
— kennt Entstehung und Untergang der Weimarer Republik	Klassenstaat und erste demokratische Versuche Weltwirtschaftskrise und Faschismus
— erklärt die NS-Ideologie und kennt die Folgen der NS-Diktatur	Rasse, Kampf, Führertum, Krieg und Verfolgung Andersdenkender, totale Niederlage
— erklärt die Teilung Deutschlands	Entstehung der beiden deutschen Teilstaaten auf dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts
— kennt die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland	Westintegration und wirtschaftlicher Aufstieg Kalter Krieg und Annäherung an Osteuropa
— kennt die wesentlichen Ereignisse um die deutsche Einheit	Veränderungen im Ost-West-Verhältnis, Abrüstung und Scheitern des Kommunismus

Lernziele	Lerninhalte	Lernziele	Lerninhalte
Ausbildungsberuf			
Fachangestellte/r für Bürokommunikation			
4. Fachgebiet: Personalrecht			
Stundenzahl: 80			
Rechtsgrundlagen, Grundbegriffe			
Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer			
— erkennt die Zuordnung des Beamten- und Arbeitsrechts zum öffentlichen und privaten Recht, erläutert die wesentlichen Unterschiede und nennt die verschiedenen Rechtsgrundlagen	Rechtliche Zuordnung Unterscheidungskriterien Rechtsquellen Regelungsbefugnisse	— nennt die Vergütungsgruppen und beschreibt die Bedeutung der Tätigkeitsmerkmale für die Eingruppierung	Vergütungssystem nach dem BAT
— beschreibt die Grundbegriffe des Beamten- und Arbeitsrecht an praktischen Beispielen	Dienstherr/in Dienstherrnfähigkeit Oberste Dienstbehörde Dienstvorsetzte/r Vorgesetzte/r Arbeitgeber/in, Arbeitnehmer/in, Beamter/in, Auszubildende/r	— stellt dar, aus welchen Teilen sich die Besoldung und die Vergütung zusammensetzen	Grundgehalt, Grundvergütung, Ortszuschlag, wesentliche Zulagen, vermögenswirksame Leistungen, Sonderzuwendungen
Begründung des Beamten- bzw. Arbeitsverhältnisses			
Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer			
— nennt die Unterschiede bei der Begründung des Beamten- bzw. Arbeitsverhältnisses	Öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis Ernennungsurkunde Arbeitsvertrag — Dienstvertrag, Vertragsfreiheit	— berechnet die Dienstbezüge und die Vergütung und nennt die wesentlichen Abzüge	Besoldungstabellen Vergütungstabellen Lohnsteuer Sozialversicherung
— überprüft Bewerbungen anhand praktischer Beispiele daraufhin, ob alle Einstellungs Voraussetzungen erfüllt sind	Sachliche und persönliche Voraussetzungen Arbeitspapiere Zeugnisse	Arbeitsschutzrecht und Berufsbildung	
— entwirft eine Ernennungsurkunde und einen Arbeitsvertrag für den öffentlichen Dienst	Ernennungsurkunde (Formvorschriften) Wirksamkeit Arbeitsvertrag	Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer	
— erläutert die verschiedenen Beamten- und Arbeitsverhältnisse	Arten der Beamtenverhältnisse Arten der Arbeitsverhältnisse	— erkennt die Bedeutung des Arbeitsschutzrechts für den Arbeitnehmer bzw. einzelner Arbeitnehmergruppen und nennt die Arbeitsschutzgesetze. Er erläutert die daraus sich ergebenden wichtigen Rechte und Pflichten	Arten des Arbeitnehmerschutzes und deren Bedeutung, insbesondere die wichtigsten Bestimmungen des Kündigungsschutzgesetzes, des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Mutterschutzgesetzes, Schwerbehindertengesetzes, Erziehungsgeldgesetzes, Arbeitsplatzschutzgesetzes und der Arbeitszeitverordnung
— setzt anhand einfacher praktischer Beispiele die Beschäftigungs- und Dienstzeit eines Angestellten oder Arbeiters fest und kennt deren Bedeutung	Beschäftigungs- und Dienstzeit Lohnfortzahlung Kündigungsfristen	— erkennt die Bedeutung der Berufsbildung im allgemeinen und insbesondere für den öffentlichen Dienst. Er erläutert die für ihn wesentlichen Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes	Das System der Berufsbildung, die wichtigsten Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes
Rechte und Pflichten aus dem Beamten- bzw. Arbeitsverhältnis			
Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer			
— erläutert die Rechte aus dem Beamten- und Arbeitsverhältnis	Rechte der Mitarbeiter/innen aus dem Beamten- und Arbeitsverhältnis	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
— beschreibt die Pflichten aus dem Beamten- und Arbeitsverhältnis	Pflichten der Mitarbeiter/innen aus dem Beamten- und Arbeitsverhältnis	Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer	
— nennt die unterschiedlichen Möglichkeiten einer Ahndung von Pflichtverletzungen im Beamten- und Arbeitsrecht	Diziplinarmaßnahmen Kündigungsmöglichkeiten Schadensersatzansprüche	— erläutert die Möglichkeiten der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses	Tod Zeitablauf Zweckerfüllung Altersgrenze, Erwerbs- und Berufsunfähigkeit Auflösungsvertrag, Kündigung
Besoldungen, Vergütungen			
Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer			
— nennt die Besoldungsordnungen und die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A	Besoldungsordnung A, B, C und R Besoldungsgruppen A 1 bis A 16	Personalvertretungsrecht	
— erläutert die Bedeutung des Besoldungsdienstalters	Dienstaltersstufen	Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer	
Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer			
— beschreibt die Funktion und Stellung des Personalrats und der Jugend- und Auszubildendenvertretung nach dem HPVG und zeigt Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung auf	Das HPVG und seine Bedeutung, Beteiligungsverfahren bei Anhörung, Mitwirkung und Mitbestimmung	Berufsverbände und Arbeitskämpfe	
Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer			
— kennt die Entstehung und die verfassungsmäßige Gewährleistung der Koalitionsfreiheit und deren Bedeutung für Arbeitnehmer, Beamte und Arbeitgeber. Er beschreibt Stellung, Aufgaben und Organisation der Berufsverbände	Koalitionsfreiheit sowie Stellung, Aufgaben und Organisationsformen und Berufsverbände	Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer	
— erkennt die Bedeutung der Tarifverträge als Regelungsinstrument der Arbeitsbedingungen. Er erläutert die Auswirkungen des Tarifvertrages auf den einzelnen Arbeitsvertrag	Abschluß, Inhalt und Wirkung von Tarifverträgen, Tarifbindung anhand BAT und MTV-A	Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer	

Lernziele	Lerninhalte	Lernziele	Lerninhalte
<ul style="list-style-type: none"> beschreibt die Kampfmittel der Berufsverbände und schildert ihre Auswirkungen in wirtschaftlicher, sozial-politischer und rechtlicher Hinsicht 	<p>Streik und Aussperrung und deren Folgen</p>	<ul style="list-style-type: none"> unterscheidet Verfahrensabschnitte 	<p>Einleitung, Prüfung der Sach- und Rechtslage, Abschluß</p>
<p>Arbeitsgerichtsbarkeit/Verwaltungsgerichtsbarkeit</p>		<p>Begriff und Arten des Verwaltungsaktes (12 Stunden)</p>	
<p>Die Lehrgangsteilnehmerin/der Lehrgangsteilnehmer</p> <ul style="list-style-type: none"> nennt Zuständigkeiten und Aufbau der Arbeits- bzw. Verwaltungsgerichtsbarkeit 	<p>Zuständigkeiten und Aufbau der Arbeits- und Verwaltungsgerichtsbarkeit</p>	<p>Die/der Auszubildende</p> <ul style="list-style-type: none"> erläutert den Begriff des Verwaltungsaktes unterscheidet den Verwaltungsakt nach Inhalt, Art des Zustandekommens und Bedeutung erklärt Formvorschriften des Verwaltungsaktes und deren Bedeutung zählt die Nebenbestimmungen des Verwaltungsaktes auf und kennt ihre Bedeutung kennt die Zwangsmittel der Verwaltung zur Durchsetzung öffentlicher Forderungen 	<p>§ 35 VwVfG (Merkmale eines VA)</p> <p>Befehlende, gestaltende, feststellende und beurkundende Verwaltungsakte, einseitige und mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakte; begünstigende und belastende Verwaltungsakte</p> <p>Formfreie und an besondere Formen gebundene Verwaltungsakte (schriftlich, mündlich, Zeichen, konkludentes Verhalten)</p> <p>§ 36 VwVfG (Bedingung, Befristung, Widerrufsvorbehalt, Auflage, Auflagenvorbehalt)</p> <p>Zwangsgeld, Ersatzvornahme, unmittelbarer Zwang</p>
<p>Ausbildungsberuf</p> <p>Fachangestellte/r für Bürokommunikation</p> <p>5. Fachgebiet: Soziale Sicherung</p>		<p>Rechtmäßige, rechtswidrige und nichtige Verwaltungsakte (12 Stunden)</p>	
<p>Stundenzahl: 30</p> <p>Der/die Auszubildende</p> <ul style="list-style-type: none"> kennt die Grundgedanken der Solidarität von Versicherungseinrichtungen beschreibt Zweige der Sozialversicherung und unterscheidet diese nach verschiedenen Kriterien erörtert staatliche soziale Leistungen und ihre sozialpolitische Bedeutung am Beispiel erklärt Sozialhilfe als staatliche Hilfe für wirtschaftlich Schwache 	<p>Soziale Sicherung; 3-Säulen-Theorie; Grundgedanke der Solidarität; Solidargemeinschaften</p> <p>Krankenversicherung; Rentenversicherung; Unfallversicherung; Arbeitslosenversicherung; Träger; versicherter Personenkreis; Beiträge; Leistungen; Finanzierungsprobleme</p> <p>z. B. Wohngeld, Kindergeld; Erziehungsgeld; Ausbildungsförderung</p> <p>Sozialhilfe; Subsidiarität</p>	<p>Die/der Auszubildende</p> <ul style="list-style-type: none"> erläutert die allgemeinen Grundsätze der Gesetzesanwendung kennt die allgemeinen Grundsätze für das Verwaltungshandeln kennt allgemeine Anforderungen an den Verwaltungsakt und die Zustellungsarten nennt die Arten von fehlerhaften Verwaltungsakten und die Möglichkeiten der Fehlerbehebung kennt die Bedeutung der Rücknahme und des Widerrufs eines Verwaltungsaktes 	<p>§ 36 VwVfG (Bedingung, Befristung, Widerrufsvorbehalt, Auflage, Auflagenvorbehalt)</p> <p>Zwangsgeld, Ersatzvornahme, unmittelbarer Zwang</p> <p>Tatbestand und Rechtsfolge; Subsumtion; Ermessen, unbestimmter Rechtsbegriff (Beurteilungsspielraum)</p> <p>Gesetzmäßigkeit, Gleichbehandlungsgrundsatz, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Örtliche und sachliche Unzuständigkeit, Verfahrensmängel, offensichtliche Unrichtigkeit, Anwendung unlauterer Mittel</p> <p>Bestimmtheit, Form, Begründung, Bekanntgabe</p> <p>Rechtswidriger und nichtiger Verwaltungsakt, §§ 45, 46 VwVfG</p> <p>Rücknahme eines rechtswidrigen und Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsaktes, §§ 48, 49 VwVfG</p>
<p>Ausbildungslehrgang</p> <p>zum Fachangestellten für Bürokommunikation/ zur Fachangestellten für Bürokommunikation</p> <p>6. Fachgebiet: Verwaltungsrecht</p>		<p>Rechtsbehelfe und Verwaltungsgerichtsverfahren (10 Stunden)</p>	
<p>Stundenzahl: 50</p> <p>Handlungsformen und Rechtsgrundlagen für das Handeln der öffentlichen Verwaltung (12 Stunden)</p> <p>Die/der Auszubildende</p> <ul style="list-style-type: none"> erklärt die einzelnen staatlichen Gewalten und ihre gegenseitigen Kontrollfunktionen kennt den Unterschied zwischen Recht und Gesetz zählt die Rechtsgrundlagen des Verwaltungshandelns auf und unterscheidet sie nach ihrer Rechtsqualität nennt die Arten der öffentlichen Verwaltung und erläutert ihre Aufgaben an Beispielen unterscheidet die Träger der öffentlichen Verwaltung und nennt Beispiele 	<p>Gewaltenteilung, Verhältnis der Verwaltung zur Gesetzgebung und Rechtsprechung (Art. 20 GG in Verbindung mit Art. 1 GG)</p> <p>Ursprüngliche und abgeleitete Rechtsquellen (Verfassung, Völkerrecht, Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung, Gewohnheitsrecht)</p> <p>Hoheitliche und nichthoheitliche Verwaltung, Eingriffs-, Ordnungs- und Leistungsverwaltung, Selbstverwaltung</p> <p>Juristische Personen des öffentlichen Rechts (Körperschaften, Anstalten, Stiftungen), Eigenbetriebe und beliehene Unternehmen</p>	<p>Die/der Auszubildende</p> <ul style="list-style-type: none"> kennt die formlosen Rechtsbehelfe unterscheidet die förmlichen von den formlosen Rechtsbehelfen legt Voraussetzungen und Folgen des Widerspruchs dar kennt das Widerspruchsverfahren bis zum Widerspruchsbescheid kennt die Wirkung des sofortigen Vollzuges und die Möglichkeiten der Aufhebung kennt den Vorgriff auf eine Verwaltungsentscheidung 	<p>Art. 17 GG, Gegenvorstellung und Dienstaufsichtsbeschwerde</p> <p>Widerspruch und Klage</p> <p>Fristen, Formen und Wirkungen (§§ 58, 70, 80 VwGO)</p> <p>§§ 68—73 VwGO und §§ 6—9 HessAGVwGO (Bildung und Funktion von Anhörungsausschüssen)</p> <p>§ 80 II und § 80 V VwGO</p> <p>Antrag auf einstweilige Anordnung gem. § 123 VwGO</p>
<p>Grundsätze des allgemeinen Verwaltungsverfahrens (4 Stunden)</p>			
<p>Die/der Auszubildende</p> <ul style="list-style-type: none"> erklärt Begriff und Arten des Verwaltungsverfahrens sowie den Sinn bürgernahe Verwaltung 	<p>Begriff (§ 9 VwVfG); nichtförmliches und förmliches Verfahren; Untersuchung, Beratung, Anhörung u. a. (§§ 10 bis 30 VwVfG)</p>		

Lernziele	Lerninhalte
— kennt die Klagearten und Klagefristen	Anfechtungs-, Verpflichtungs-, Feststellungs-, Leistungsklage, Untätigkeitsklage, Normenkontrollverfahren (§§ 42, 43, 47, 75, 113 III VwGO)
— kennt die Rechtsmittel	Berufung und Revision

Stoffplan Fachangestellte für Bürokommunikation

7. Fachgebiet: Kommunalrecht

Stundenzahl: 20

Der/die Auszubildende

— nennt die Quellen des Kommunalrechts in ihrer Rangordnung	Grundgesetz Hessische Verfassung Hessische Gemeindeordnung Kommunalwahlgesetz Kommunalwahlordnung Satzungen
— erläutert die Rechtsnatur und die Aufgaben der Gemeinden	Gebietskörperschaft Grundsatz der Allzuständigkeit Selbstverwaltungsaufgaben Weisungsaufgaben
— benennt die Organe der Gemeinden und Landkreise und erklärt ihre wesentlichen Aufgaben	Gemeindevertretung/Kreistag Gemeindevorstand/Kreisausschuß Ausschüsse, Kommissionen Ortsbeiräte, Ausländerbeiräte
— beschreibt die verschiedenen Arten ehrenamtlicher Tätigkeit des Bürgers sowie dessen weitere Einflußmöglichkeiten auf kommunale Entscheidungen	persönliche Voraussetzungen Verpflichtung zur Übernahme kommunales Mandat Wahlen Bürgerinitiativen Bürgerbegehren und Bürgerentscheid
— erläutert die wesentlichen Bestimmungen zum Satzungsrecht	Vorbereitung, Beschlußfassung, Mitteilungs-/Genehmigungspflicht, Veröffentlichung, Inkrafttreten am Beispiel der Hauptsatzung und Haushaltsatzung
— zeigt die Notwendigkeit staatlicher Aufsicht auf	Rechtsaufsicht Fachaufsicht

Ausbildung der Fachangestellten für Bürokommunikation

8. Fachgebiet: Elektronische Datenverarbeitung in der Praxis

Stundenzahl: 80 (je 40 Stunden im Jahr)

Der/die Auszubildende

— wendet die EDV-Kenntnisse praxisorientiert an	Praktische Übungen mit dem Betriebssystem und den gängigen Programmen aus den Bereichen Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Datenbanken, Grafiken, Bedienoberflächen
---	--

Ausbildungsberuf

Fachangestellte/r für Bürokommunikation

9. Fachgebiet: Privatrecht

Stundenzahl: 30

Einführung in das Recht (2 Stunden)

Rechtsordnung als Vernunfts- und Friedensordnung

Die Lehrgangsteilnehmerin/
der Lehrgangsteilnehmer

— kennt den Unterschied zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht	Objektive Rechtsordnung, subjektive Rechte; öffentliches und privates Recht
— nennt die Bedeutung des Privatrechts für die Verwaltung	Fiskalisches, erwerbswirtschaftliches, verwaltungsprivatrechtliches Handeln

Lernziele	Lerninhalte
Rechtsgeschäfte (10 Stunden) Willenserklärung und Rechtsgeschäft	
Die Lehrgangsteilnehmerin/ der Lehrgangsteilnehmer	
— kennt die Wirksamkeitsvoraussetzungen und Gestaltungsmöglichkeiten von Willenserklärungen	Geschäftsfähigkeit; Ausdrücklichkeit und Schweigen; Empfangsbedürftigkeit; Widerruf
— kennt die Wirkung von Verjährung und Ausschlussfristen	Formfreiheit; Schutz- und Beweisfunktion; Schriftform; Nichtigkeit, Anfechtbarkeit; einseitige Rechtsgeschäfte und Verträge; Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte; Vollmacht und Vertretung; Bedingung und Zeitbestimmung; Fristen, Termine; Verjährung; regelmäßige Verjährungsfrist, verkürzte Verjährungsfrist; Beginn der Verjährung; Hemmungsgründe, Unterbrechungsgründe

Schuldverhältnisse (8 Stunden)

Inhalt des Kaufvertrages und allgemeine Geschäftsbedingungen

Die Lehrgangsteilnehmerin/
der Lehrgangsteilnehmer

— kennt Entstehung und Inhalt von Schuldverhältnissen am Beispiel des Kaufvertrages	Leistungsort, Leistungsstörungen, Gefahrenübergang
— kennt weitere rechtsgeschäftliche und gesetzliche Schuldverhältnisse	Rechtsgeschäftliche Schuldverhältnisse (z. B. Leihe, Miete, Pacht, Darlehen, Dienstvertrag, Werkvertrag); ungerechtfertigte Bereicherung; unerlaubte Handlung

Sachenrecht (6 Stunden)

Besitz und Eigentum (Art. 14 GG)

Die Lehrgangsteilnehmerin/
der Lehrgangsteilnehmer

— kennt die Voraussetzungen für den Erwerb und Verlust von Eigentum und Besitz an beweglichen und unbeweglichen Sachen	Rechtsgeschäftliche Übertragungen; Einigung (Auflassung) und Eintragung in das Grundbuch; Aufgabe (§ 928 BGB)
--	---

Familien- und Erbrecht (4 Stunden)

Ehe und Familie; Erbfolge

Die Lehrgangsteilnehmerin/
der Lehrgangsteilnehmer

— kennt die jeweils wesentlichen Grundzüge des Familien- und Erbrechts	Eheschließung; gesetzlicher Güterstand; Ehevertrag; Scheidung; gesetzliche und gewillkürte Erbfolge
--	---

Ausbildungsberuf

Fachangestellte/r für Bürokommunikation

10. Fachgebiet: Sozialpsychologie

Zeitraum, Stundenzahl: 2. Ausbildungsjahr, 20 Stunden

Der/die Auszubildende

Besucher/innenorientiertes Verwaltungshandeln	
— erläutert, vergleicht und beurteilt Verhaltenserwartungen an die Mitarbeiter/innen der öffentlichen Verwaltung	Anspruchsdenken; Erwartungshaltungen von Besuchern/innen und Mitarbeitern/innen

Lernziele	Lerninhalte
— erkennt, daß die öffentliche Verwaltung Dienstleistungsfunktionen wahrzunehmen hat	Funktion der Verwaltung im sozialen Rechtsstaat
— erkennt, daß die Besucher/innen einen Anspruch darauf haben, sachlich und entgegenkommend behandelt zu werden	Auskunft, Beratung, Soziales Verhalten
— erkennt Ursachen für Probleme im Kontakt zwischen Besuchern/innen und den Mitarbeitern/innen der Verwaltung	Personen-, sach- und organisationsbedingte Konfliktursachen. Nicht befriedigte Besucher/inneninteressen Interessen der Beschäftigten
— kennt die Grundlagen der Kommunikation und erläutert Störfaktoren im Kommunikationsprozeß	Kommunikationsmodell/e, Situative Einflüsse, Selbst- und Fremdbild der Beteiligten, Fehler beim Austausch von Mitteilungen
— erkennt, daß das Verhältnis zwischen Besuchern/innen und Verwaltungsmitarbeitern/innen durch Gesprächs- und Verhaltenstechniken verbessert werden kann	Verbale und nonverbale Kommunikation, Direktives und nichtdirektives Verhalten, Ausgewählte Gesprächstechniken
— reagiert in Gesprächsübungen angemessen auf unterschiedliche Situationen und wendet ausgewählte Gesprächstechniken an	Hinweise zur Gesprächsführung, Simulation praktischer Fälle

Ausbildungslehrgang
zum Fachangestellten für Bürokommunikation/
zur Fachangestellten für Bürokommunikation
11. Fachgebiet: Deutsch

Stundenzahl: 40

Der/die Auszubildende

— erkennt unterschiedliche Voraussetzungen von Kommunikation	Situationen aus dem Arbeits- und Freizeitbereich
— erkennt Schwächen eigener mündlicher und schriftlicher Äußerungen und arbeitet an ihrer Verbesserung	Verfassen eigener Texte, Regeln der Rechtschreibung und der Grammatik, Umgang mit dem Duden, Gesprächsführung und Argumentation, Regeln der Gesprächsführung
— erkennt und beurteilt Merkmale des Sprachgebrauchs in der Verwaltung	Kommunikation in der Verwaltung, behördlicher Schriftverkehr, „Amtsdeutsch“
— erkennt unterschiedliche Zwecke sprachlicher Äußerung	Ausgewählte Beispiele aus Werbung und Politik
— analysiert das Verhältnis von Redeabsicht und den dafür angewandten sprachlichen Mitteln	Literatur, Männersprache, Frauensprache, Kommunikation in der Behörde und mit Bürgern/Bürgerinnen

Darmstadt, 23. April 1993

**Hessischer Verwaltungsschulverband
Der Schulleiter**

StAnz. 19/1993 S. 1124

443

Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt nachfolgend aufgeführte Fortbildungsseminare durch.

Namentliche Anmeldungen bitte wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Die Teilnehmergebühren betragen pro Unterrichtsstunde 9,— DM für Mitglieder, 11,30 DM für Nichtmitglieder.

Darmstadt, 20. April 1993

**Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar Darmstadt
*StAnz. 19/1993 S. 1129***

**Thema: PC-Desktop Publishing — Grundkurs, Textgestaltung
FS 146**

Lernziele: Die Teilnehmer/innen kennen die Grundfunktionen des DTP-Programms „PageMaker“ und können sie für die Gestaltung von druckreifen Vorlagen anwenden.

Themenschwerpunkte: Grundlagen für die Gestaltung druckreifer Vorlagen, Funktionen und Bedienung, Einrichtung von Standardseiten, einspaltige u. mehrspaltige Seitengestaltung, Anwendung von Druckformaten, Texte erstellen, speichern und drucken, Umstrukturierung von Texten, Tabellenbearbeitung, Einbindung von Grafiken, praktische Übungen am Beispiel von Mitteilungsblättern, Broschüren, Vordrucken

Teilnehmerkreis: Endbenutzer, die repräsentative Vorlagen zu erstellen haben und mit einem Desktop-Publishing-Programm arbeiten wollen.

Voraussetzungen: PC-Grundkurs oder vergleichbare Kenntnisse
Zeitplan: Das Seminar umfaßt 18 Unterrichtsstunden und wird an drei Vormittagen, montags in der Zeit v. 8.15 bis 13.15 Uhr, durchgeführt. Das Seminar beginnt am 7. und endet am 21. Juni 1993.

Es stehen noch Teilnehmerplätze zur Verfügung.

Dozent: Wolfgang Kalberlah

**Thema: Der moderne Vordruck — Arbeitsgerechtes und bürgernahes Gestalten mit dem Computer —
FS 149**

Lernziele: Die Teilnehmer/innen kennen die Gestaltungsgrundlagen sowie die Regeln für gute, bürgerfreundliche Vordrucke. Sie können diese selbst gestalten und im Entwurfsstadium prüfen und verbessern. Sie sind in der Lage, Vordrucke mittels eines PC-Programmes zu erstellen.

Themenschwerpunkte: Anforderung an die inhaltliche Gestaltung, formale Regeln der Vordruckgestaltung, Gestalten mittels Desktop Publishing am PC, Organisation des Vordruckwesens, Beschaffung von Vordrucken

Teilnehmerkreis: Mitarbeiter/innen von Verwaltungen und Betrieben

Voraussetzung: Grundkenntnisse im Umgang mit PCs.

Die Teilnehmerzahl ist auf 18 Personen begrenzt; es stehen noch freie Plätze zur Verfügung.

Zeitplan: Das Seminar umfaßt 30 Unterrichtsstunden und wird an fünf Vormittagen, donnerstags von 8.15 bis 13.15 Uhr, durchgeführt.

Das Seminar beginnt am 16. September und endet am 14. Oktober 1993.

Dozent: Wolfgang Kalberlah

444

Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Wiesbaden

Das Verwaltungsseminar Wiesbaden bietet in Wiesbaden folgende Fortbildungslehrgänge an:

F 15/WI Beamtenversorgungsrecht
Zielgruppe: Mitarbeiter/innen der Verwaltung und anderer Stellen, die das Beamtenversorgungsrecht anzuwenden haben

Schwerpunkte: Allgemeine Einführung und Grundsätze; Ruhegehalt und Unterhaltsbeitrag — Entstehung und Berechnung; Hinterbliebenenversorgung; Dienstunfallfürsorge; Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge — Ruhens-, Anrechnungs- und Kürzungsvorschriften; Ehescheidung und Versorgung; Beamtenversorgung und gesetzliche Sozialversicherung; Entwicklung und Änderungstendenzen

Dauer: 24 Stunden
Zeitplan: 28. September, 5., 12., 19. Oktober 1993
Dozent: Herr Pachl

F 32/WI Öffentliches Finanzwesen — kommunal
Zielgruppe: Sachbearbeiter/innen in entsprechenden Aufgabengebieten der Kommunalverwaltung

Schwerpunkte: Öffentliche Einnahmewirtschaft; Haushalts-satzung; Bedeutung, Aufbau und Inhalt des Haushaltsplanes; Ausführung des Haushaltsplanes; über- und außerplanmäßige Ausgaben einschl. Nachtragshaushalt; vorläufige Haushaltsführung

Dauer: 30 Stunden
Zeitplan: 6., 13., 20., 27. September, 4. Oktober 1993
Dozent: Herr Langkowski

F 38/WI Verwaltungsvollstreckungsrecht
Zielgruppe: Bedienstete aus dem Bereich der hoheitlichen Verwaltung, die mit der Durchsetzung von Verwaltungsentscheidungen betraut sind

Schwerpunkte: — Durchsetzung von Verwaltungsakten
Formale Voraussetzungen
Vollziehbarkeit; sofortige Vollziehung
— Zwangsmittel
— Vollstreckung in das Vermögen
— Verwaltungsvollstreckung aus der Sicht der Verwaltungsgerichte

Dauer: 24 Stunden
Zeitplan: 17., 24. Juni, 1., 8. Juli 1993
Dozentin: Frau Friedrich-Stein

F 56/WI Intensivkurs Rechtschreibung
Zielgruppe: Interessenten aus allen Bereichen
Schwerpunkte: Groß- und Kleinschreibung
Zusammen- und Getrenntschreibung
Fremdwörter
Silbentrennung

Dauer: 6 Stunden
Zeitplan: 30. Juni 1993
Dozentin: Maria Beigel

Hinweis:
Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungssseminar Wiesbaden zu richten.
Die Teilnehmergebühr beträgt für Bedienstete von Mitgliedern des Hessischen Verwaltungsschulverbandes pro Unterrichtsstunde 9,— DM.
Die Lehrgangsgebühren werden bei den Beschäftigungsbehörden angefordert. Wegen der Zahlung der Gebühren für die staatlichen Teilnehmer verweisen wir auf den Erlaß des Hessischen Ministeriums des Innern vom 18. November 1988 (StAnz. S. 2610).
Nähere Auskünfte können beim Verwaltungsseminar Wiesbaden (Tel.: 06 11 / 30 50 37 / 38, Fax: 06 11 / 37 67 49) eingeholt werden.

Wiesbaden, 27. April 1993

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar Wiesbaden
StAnz. 19/1993 S. 1130

BUCHBESPRECHUNGEN

Das Betreuungsgesetz in der Praxis. Ein Leitfaden. Im Auftrag der Bundesländer herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz. 1992, 128 S., kart., 19,80 DM. Bundesanzeiger Verlag, 5000 Köln 1. ISBN 3-88784-313-4

Am 1. Januar 1992 ist mit dem Betreuungsgesetz eine sozialpolitisch bedeutsame Neuregelung in Kraft getreten. Dieses Gesetz hat das Recht der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige im Bürgerlichen Gesetzbuch grundlegend reformiert. Die Entmündigung ist abgeschafft, Vormundschaft und Pflegschaft sind durch das neue Institut der Betreuung ersetzt worden. Das Gesetz ist Ausdruck der Überzeugung, daß jede helfende Maßnahme auch ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen ist, und daß stärkere gesetzliche Garantien zur Erhaltung der Würde eines jeden einzelnen erforderlich sind.

Der vom Bundesministerium der Justiz herausgegebene Leitfaden gibt in folgenden sechs Kapiteln einen Überblick über die neuen umfangreichen Vorschriften:

- Vorfeldüberlegungen, insbesondere Arbeit der Betreuungsbehörde und der Vereine
- Gerichtliches Verfahren zur Bestellung eines Betreuers
- Aufgaben des Rechtspflegers im Verfahren nach der Betreuerbestellung
- Richtliche Genehmigungsverfahren
- Ausgewählte Fragen des bürgerlichen Rechts
- Anhang

Der Leitfaden will Hilfestellung bei der praktischen Problemlösung geben und insbesondere darauf hinweisen, wie bedeutend die Erfassung sozialer Zusammenhänge für das neue Betreuungsrecht ist. Damit leistet er einen Beitrag zu einer besseren Zusammenarbeit aller Personen und Institutionen, die das Betreuungsgesetz in der Praxis umzusetzen haben.

Ministerialrat Frank B a r t o s c h

Ökologische Beschäftigungspolitik. Rahmen und Ansätze zur Schaffung umweltverträglicher Arbeitsplätze. Von Dipl.-Ing. Klaus B u c k mit einem Vorwort von Prof. Dr. Karl-Hermann H ü b l e r. 1993, 112 S., 15 Abb. u. Tafeln, 59,— DM. Eberhard Blottnner Verlag, 6204 Taunusstein. ISBN 3-89367-033-5

Der literarische Beitrag von Klaus Buck zum Beziehungsfeld „Arbeit und Umwelt“ ist aus mehreren Gründen bedeutsam. Angesichts der erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland (im alten Bundesgebiet waren im März 1993 7,2 Prozent und in den neuen Ländern 15 Prozent Arbeitslose registriert) müssen dringend neue, auch unkonventionelle Instrumente geschaffen werden, um die katastrophale Arbeitslosigkeit einzudämmen. Gleichzeitig erkennen wir, daß auf dem Feld des Umweltschutzes nach wie vor ein riesiger Hand-

lungs- und Investitionsbedarf besteht. Was liegt näher, als sich auf die Rezepte zu besinnen, die in verschiedenen politischen Programmen mit der beschwörenden Formel „Arbeit und Umwelt“ sowie in mehreren wissenschaftlichen Studien beschrieben worden sind. Als Beispiele seien das Programm „Arbeit und Umwelt“ des Hessischen Umweltministers aus dem Jahr 1983 sowie die Studie „Keine beschäftigungspolitische Wende durch die Umweltpolitik“ von Rolf-Ulrich Sprenger genannt.

Die Kontroverse „Umweltschutz und Beschäftigung“ als „Evergreen“ der umweltpolitischen Diskussion umreißt der Autor im Einführungskapitel seiner Lektüre in knapper Form. An dieser Stelle sei auch angemerkt, daß sich Klaus Buck in wohlthuender Weise darum bemüht, Wiederholungen aus der umweltökonomischen Theoriediskussion zu vermeiden, und statt dessen in konzentrierter Form eine Bestandsaufnahme des politischen und wirtschaftlichen Handlungsbedarfs für eine tragfähigere ökologische Umstrukturierung beim Staat und bei der Wirtschaft vornimmt. Gleichzeitig werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie der Verbrauch wertvoller Ressourcen verringert werden kann.

Ganz pragmatisch wird anhand der einzelnen Aktionsfelder des Umweltschutzes, zu denen auch Beziehungsbereiche wie Energie und Verkehr zählen, untersucht, ob diesem der Ruf eines „Jobkillers“ — wie von einzelnen Sprechern der Wirtschaft verdächtigt — oder eines „Jobknüllers“ gebührt.

Wolfgang Buck kommt zu dem positiven Ergebnis, daß für Arbeiten im Umweltschutz noch erhebliche Beschäftigungsmöglichkeiten mobilisiert werden können. Dies gilt auch für die Situation in den neuen Bundesländern, die im Buch besonders berücksichtigt ist.

Hervorzuheben ist das Kapitel „2.2.2 Struktur- und arbeitsmarktpolitische Instrumente“, in dem die Wirkung von staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Umweltschutzbereich untersucht wird. Die Zahlenangaben verdeutlichen, daß die ABM-Programme gerade im Umweltschutz nahezu kostenneutral sind, wenn man die öffentlichen Haushalte als Ganzes betrachtet. Um so unverständlicher ist es, daß der Bund die ABM-Programme vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosenzahlen für das Jahr 1993 in seiner Sparwut drastisch zusammengestrichen hat.

Der Autor sieht demnach folgerichtig die Verpflichtung des Staates, eine ausgewogene, ökologische und ökonomische Entwicklung zu steuern. Der Hinweis auf seine Möglichkeiten, zusätzlich benötigte Finanzierungsmittel durch Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten locker zu machen, sollte von den Finanzpolitikern mit viel mehr Konsequenz als bisher verfolgt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß Klaus Buck für alle, die an der umweltökonomischen Diskussion interessiert sind, ein wertvolles Buch geschrieben hat.

Ministerialrat Hans-Jürgen B i n z

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1993

MONTAG, 10. MAI 1993

Nr. 19

Gerichtsangelegenheiten

1763

M. 206: Gemäß Art. 1 § 1 RBERG vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1478) i. V. m. §§ 1, 2, 10 und 11 RBERV vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1481) erteile ich Herrn Rainer Michel, Mittelweg 21, 6306 Langgöns-Oberkleen, die Erlaubnis, als Inkassounternehmer für die außergerichtliche Einziehung von Forderungen (Inkassobüro) mit dem Geschäftssitz in Langgöns tätig zu werden.

6300 Gießen, 21. 4. 1993

Der Präsident des Amtsgerichts

1764

371 Ea — 1: Frau Manuela Christa Voll, Niederseelbacher Straße 18, 6272 Niedernhausen, ist heute von mir die Erlaubnis zur außergerichtlichen Einziehung von Forderungen und damit auch zum geschäftsmäßigen Erwerb von Forderungen zum Zweck der Einziehung auf eigene Rechnung für Wiesbaden erteilt worden.

6200 Wiesbaden, 20. 4. 1993

Der Präsident des Amtsgerichts

Güterrechtsregister

1765

GR 292 — Neueintragung — 15. 4. 1993: Die Eheleute Karl-Otto Georg August Witzel und Doris Anna, geb. Gerhold, wohnhaft in Grifte, Kirchring 9 a, 3501 Edermünde, haben durch notariellen Vertrag vom 5. März 1993 Gütertrennung vereinbart.

3580 Fritzlar, 15. 4. 1993

Amtsgericht

1766

GR 293 — Neueintragung — 15. 4. 1993: Die Eheleute Karl Alfred Zuhl und Doris, geb. Sinning, wohnhaft in Grifte, Hühnefeldstraße 3, 3501 Edermünde, haben durch notariellen Vertrag vom 26. Januar 1993 Gütertrennung vereinbart.

3580 Fritzlar, 15. 4. 1993

Amtsgericht

1767

Neueintragungen beim Amtsgericht Hanau

41 GR 2553 — 29. 3. 1993: Eheleute Kaufmann Jochen Henner Dückhardt und Kaufmann Ursula Gerda Dückhardt geb. Jasinski, Hanau. Durch Vertrag vom 23. Juni 1992 ist Gütertrennung vereinbart.

41 GR 2554 — 5. 4. 1993: Eheleute Kaufmann Hans Georg Polzin und Bäckerin Heidrun Polzin geb. Busch, Neuberg. Durch Vertrag vom 25. Februar 1993 ist Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 23. 4. 1993 Amtsgericht, Abt. 41

1768

GR 373 — Neueintragung — 19. 4. 1993: Eheleute Nau, Walter, geboren am 4. 10. 1939, Nau geb. Schneider, Marga, geboren am 17. 7. 1943, beide 3572 Amöneburg-Mar-

dorf. Durch notariellen Vertrag vom 30. Januar 1993 ist Gütertrennung vereinbart.

3575 Kirchhain, 19. 4. 1993

Amtsgericht

1769

Neueintragungen beim Amtsgericht Offenbach am Main

GR 5385 — 15. 4. 1993: Eheleute Wolfgang Wilhelm Würz und Petra Anna Würz geb. Olschok, wohnhaft in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 1. März 1993 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 5386 — 15. 4. 1993: Eheleute Arnulf Wolfgang Zipf und Bärbel Zipf geb. Hickl, wohnhaft in Mühlheim am Main. Durch notariellen Vertrag vom 22. Februar 1993 ist Gütertrennung vereinbart.

6050 Offenbach am Main, 15. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 5

1770

GR 370 — Neueintragung — 14. 4. 1993: Diana Gröll geb. Gröll und Timo Gröll geb. Wollschläger, beide wohnhaft: Luftberg 3, 6483 Bad Soden-Salmünster/Eckardroth. Durch Vertrag vom 19. März 1993 ist Gütertrennung vereinbart.

6490 Schlüchtern, 27. 4. 1993

Amtsgericht

1771

GR 329 — Neueintragung — 6. 4. 1993: Petrescu, Lucian-Costel, geboren am 16. 4. 1971, Wolfhagen, Umbach, Katja, geboren am 18. 5. 1973, Wolfhagen. Durch notariellen Vertrag vom 9. Februar 1993 ist Gütertrennung vereinbart.

3549 Wolfhagen, 21. 4. 1993

Amtsgericht

1772

GR 330 — Neueintragung — 16. 4. 1993: Ruckdäschel, André Martin, geboren am 24. 6. 1961, Zierenberg, Ruckdäschel, Bärbel Elisabeth, geb. Wicke, geboren am 18. 2. 1958, Zierenberg. Durch notariellen Vertrag vom 19. November 1992 ist Gütertrennung vereinbart.

3549 Wolfhagen, 21. 4. 1993

Amtsgericht

Vereinsregister

1773

VR 284 — Neueintragung — 26. 4. 1993: Feuerwehr-Kameradschaft Mengerlinghausen e. V., Arolsen-Mengerlinghausen.

3548 Arolsen, 26. 4. 1993

Amtsgericht

1774

VR 517 — Neueintragung — 5. 4. 1993: Slowenischer Kulturverein SLOVENIJA e. V. mit dem Sitz in Taunusstein.

6208 Bad Schwalbach, 5. 4. 1993

Amtsgericht

1775

VR 518 — Veränderung — 5. 4. 1993: Hobbyreiter e. V. Wingsbach mit dem Sitz in Taunusstein 4.

6208 Bad Schwalbach, 5. 4. 1993

Amtsgericht

1776

4 VR 697 — Neueintragung — 16. 4. 1993: Private Kinderbetreuung Heppenheim, Heppenheim.

6140 Bensheim, 20. 4. 1993

Amtsgericht

1777

VR 615 — Neueintragung — 23. 4. 1993: Briefftauben-Einsatzstelle Eisenhausen e. V., Steffenberg.

3560 Biedenkopf, 23. 4. 1993

Amtsgericht

1778

VR 616 — Neueintragung — 23. 4. 1993: Landseniorenvereinigung Biedenkopf e. V., Dautphetal.

3560 Biedenkopf, 23. 4. 1993

Amtsgericht

1779

VR 702 — Neueintragung — 26. 4. 1993: Verein für Mission und Diakonie e. V. in Dillenburg.

6340 Dillenburg, 26. 4. 1993

Amtsgericht

1780

6 VR 560 — Neueintragung — 16. 4. 1993: Männergesangverein 1885 Bischhausen, Waldkappel-Bischhausen.

3440 Eschwege, 20. 4. 1993

Amtsgericht

1781

Neueintragungen beim Amtsgericht Fürth (Odw.)

VR 449 — 22. 4. 1993: Freiwillige Feuerwehr Löhrbach e. V., Birkenau-Löhrbach.

VR 450 — 22. 4. 1993: Freiwillige Feuerwehr Fürth-Ellenbach, Fürth-Ellenbach.

6149 Fürth (Odw.), 22. 4. 1993

Amtsgericht

1782

Neueintragungen beim Amtsgericht Hanau

41 VR 1345 — 30. 3. 1993: Freundeskreis der Bundesfachschule Kälte-Klima-Technik e. V., Maintal.

41 VR 1346 — 15. 4. 1993: Christlicher Verein für Kommunikation und Lebenshilfe Hanau eV., Hanau.

6450 Hanau, 23. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 41

1783

VR 504 — Neueintragung — 20. 4. 1993: Marinekameradschaft „Gorch Fock“ Sinn, Sitz: 6349 Sinn.

6348 Herborn, 20. 4. 1993

Amtsgericht

1784

VR 248 — Neueintragung — 26. 4. 1993: Verein zur Förderung des Handballsports Hochheim am Main, Hochheim am Main.

6203 Hochheim am Main, 27. 4. 1993

Amtsgericht

- 1785**
VR 291 — Neueintragung — 20. 4. 1993: Golfclub Hofgut Praforst e. V., Hünfeld, Kreis Fulda.
6418 Hünfeld, 21. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1786**
VR 292 — Neueintragung — 21. 4. 1993: Bunte Bühne Burghaun e. V., 6419 Burghaun, Kreis Fulda.
6418 Hünfeld, 23. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1787**
1 VR 356 — Neueintragung — 19. 4. 1993: Freunde und Förderer der Grundschule Vöhl e. V. in Vöhl.
3540 Korbach, 19. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1788**
8 VR 587 — Neueintragung — 22. 4. 1993: Förderkreis des Tourismus für Ungarn „Club Budapest“ e. V., Dreieich.
6070 Langen, 22. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1789**
8 VR 588 — Neueintragung — 22. 4. 1993: Volkschor 1893 Ober-Roden e. V., Rödermark.
6070 Langen, 22. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1790**
VR 1620 — Neueintragung — 21. 4. 1993: Verein für interkulturelles Zusammenleben, Sitz: Marburg.
3550 Marburg, 21. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1791**
VR 1621 — Neueintragung — 23. 4. 1993: Marburger Verschönerungsverein von 1868, Sitz: Marburg.
3550 Marburg, 23. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1792**
VR 1622 — Neueintragung — 23. 4. 1993: Ökostadt, Sitz: Marburg.
3550 Marburg, 23. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1793**
VR 1024 — Löschung — 26. 4. 1993: Gemeinnützige Verbraucher Vereinigung Demeter Marburg, Sitz: Marburg. Die Mitgliederversammlung vom 1. März 1993 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.
3550 Marburg, 26. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1794**
VR 513 — Neueintragung — 21. 4. 1993: Verein zur Förderung des Handballsports TuS 1906 e. V. Rüsselsheim, Rüsselsheim.
6090 Rüsselsheim, 21. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1795**
VR 1355 — Neueintragung — 14. 4. 1993: Bosnischer Sport- und Kulturverein „Zlatni Ljiljani“ Wetzlar, Sitz: 6330 Wetzlar.
6330 Wetzlar, 14. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1796**
VR 1356 — Neueintragung — 14. 4. 1993: Kleintierzuchtverein „Lahntal“ H 9 Biskirchen, Sitz: 6337 Leun-Biskirchen.
6330 Wetzlar, 14. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1797**
VR 1357 — Neueintragung — 14. 4. 1993: Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe, Landesverband Hessen, Sitz: 6330 Wetzlar.
6330 Wetzlar, 14. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1798**
VR 1358 — Neueintragung — 14. 4. 1993: Partnerschaftsring Schöffengrund e. V., Sitz: 6331 Schöffengrund.
6330 Wetzlar, 14. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1799**
VR 1359 — Neueintragung — 14. 4. 1993: Förderverein Kindergarten Albshausen, Sitz: 6336 Solms-Albshausen.
6330 Wetzlar, 14. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1800**
VR 1360 — Neueintragung — 14. 4. 1993: Christlicher Verein Junger Menschen — Sportgemeinschaft Altkreis Wetzlar, Sitz: 6330 Wetzlar.
6330 Wetzlar, 14. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1801**
VR 1238 — Löschung — 27. 4. 1993: Arbeitsgemeinschaft der Betriebswirte des Handwerks, Sitz: 6330 Wetzlar. Die Mitgliederversammlung vom 29. Januar 1993 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.
6330 Wetzlar, 27. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- Liquidationen**
-
- 1802**
Weiteröder Viehversicherungsverein a. G.
Der Viehversicherungsverein a. G. wurde durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 7. Januar 1993 aufgelöst. Das Regierungspräsidium Kassel hat dazu am 1. April 1993 die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt. Gläubiger des Vereins werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden.
6440 Bebra 1-Weiterode, 22. 4. 1993
Die Liquidatoren
-
- Vergleiche — Konkurse**
-
- 1803**
6 N 32/93 — Beschluß: Der Antrag der Cortex Gesellschaft für moderne Datentechnologie mit beschränkter Haftung, vertreten durch die Geschäftsführer Wolfgang Laub und Dr. Matthias Gehrke, Heuchelheimer Straße 108, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe (bisherige Geschäftsanschrift: Max-Planck-Straße 23, 6382 Friedrichsdorf), vertreten durch Rechtsanwälte Schroer, Kaiser, Hermann & Partner, Kaiserstraße 1, 6000 Frankfurt am Main 1, auf Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse kostenpflichtig abgewiesen.
Das durch Beschluß vom 23. März 1993 verhängte allgemeine Veräußerungsverbot und die Sequestration werden aufgehoben.
6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 20. 4. 1993
Amtsgericht
-
- 1804**
4 N 4/93: Der Eigenantrag auf Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der Firma
-
- Pintawan Bau GmbH**, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführerin Janfong Pintawan, Hauptstraße 35, 6209 Aarbergen 2, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Bad Schwalbach unter HRB 1880 ist gemäß § 107 I KO mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse abgewiesen. Das Veräußerungsverbot vom 1. März 1993 ist aufgehoben.
6208 Bad Schwalbach, 28. 4. 1993
Amtsgericht
-
- 1805**
61 N 121/91: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Optogena Augenoptik e. G., Pallaswiesenstraße 63, 6100 Darmstadt, ist besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf
Dienstag, den 8. Juni 1993, 9.30 Uhr, Raum 316, III. Stock, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15.
6100 Darmstadt, 26. 4. 1993
Amtsgericht, Abt. 61
-
- 1806**
61 N 142/92: Über das Vermögen der Firma Creative Software und Hardware GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Dieter Dasberg, Steinrehweg 4, 6105 Ober-Ramstadt, ist am 26. April 1993, 15.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.
Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bardo M. Sigwart, Pallaswiesenstraße 210, 6100 Darmstadt.
Anmeldefrist: 15. August 1993. Offener Arrest mit Anzeigepflicht: 15. Mai 1993.
Gläubigerversammlungen im Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8:
1) am 2. Juni 1993, 11.30 Uhr, zur Beschlußfassung über die Wahl des Konkursverwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses sowie gemäß §§ 132, 134 und 137 KO,
2) am 9. September 1993, 10.00 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.
6100 Darmstadt, 26. 4. 1993
Amtsgericht, Abt. 61
-
- 1807**
3 N 11/93: Über das Vermögen des Herrn Karl Küffel, Inhaber eines Sanierungsbauunternehmens, Domäne Metzlar, 6443 Sontra, wird heute, am 27. April 1993, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.
Konkursverwalter: Rechtsanwalt Peter Bundfei, Wolfsgraben 5, 3440 Eschwege.
Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 12. Juni 1993.
Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 16. Juni 1993, 14.30 Uhr,
Prüfungstermin am 21. Juli 1993, 14.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Eschwege, Bahnhofstraße 30, I. Obergeschoß, Raum 121.
Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 12. Juni 1993.
3440 Eschwege, 27. 4. 1993 **Amtsgericht**
-
- 1808**
2 N 7/93: Über das Vermögen der Firma Merkur Stuhlindustrie GmbH (vormals Stuhlindustrie Stoelcker GmbH), Otto-Stoelcker-Straße 19 in 3558 Frankenberg (Eder), Notgeschäftsführer: Rechtsanwalt Ulrich Josefs, Terrasse 30, 3500 Kassel, ist am 29. März 1993, 17.05 Uhr, Konkurs eröffnet worden.
Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Fritz Westhelle, Terrasse 30, 3500 Kassel.

Konkursforderungen sind bis zum 30. Juni 1993 bei Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände am

9. Juni 1993, 10.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am

28. Juli 1993, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankenberg (Eder), Geismarer Straße 22, I. Stock, Saal 24.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 30. April 1993 ist angeordnet.

3558 Frankenberg (Eder), 30. 3. 1993

Amtsgericht

1809

81 N 722/91 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 22. 12. 1989 verstorbenen Hedwig Thea Freiberg, zuletzt wohnhaft gewesen Richard-Wagner-Straße 11, 6000 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins nach § 163 KO aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 22. 3. 1993

Amtsgericht, Abt. 81

1810

81 N 2/92 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 3. 5. 1991 verstorbenen Margarete Emilie Kaufuß geb. Schoenecker, zuletzt wohnhaft gewesen in Frankfort am Main, Hügelstraße 58, wird nach Abhaltung des Schlußtermins nach § 163 KO aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 22. 3. 1993

Amtsgericht, Abt. 81

1811

81 N 192/92 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 12. 12. 1990 verstorbenen, zuletzt in Niedergärtenstraße 15, 6000 Frankfurt am Main 50 wohnhaft gewesenen Johann Jakob Throm, wird nach Abhaltung des Schlußtermins nach § 163 KO aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 22. 3. 1993

Amtsgericht, Abt. 81

1812

81 N 689/91 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 3. 2. 1991 verstorbenen Frank Robert Martin Schmidt, zuletzt wohnhaft gewesen Marbachweg 261 in 6000 Frankfurt am Main, wird nach Abhaltung des Schlußtermins nach § 163 KO aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 24. 3. 1993

Amtsgericht, Abt. 81

1813

81 N 219/91 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Continental Information Systems GmbH, Westendstraße 22, 6000 Frankfurt am Main, wird besonderer Termin zur Gläubigerversammlung bestimmt auf den

15. Juni 1993, 9.30 Uhr, Raum 283, II. Stock, Gerichtsgebäude A, Heiligkreuzgasse 34.

Tagesordnung: Anhörung der Gläubiger zur Einstellung des Verfahrens gemäß § 204 KO.

6000 Frankfurt am Main, 13. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 81

1814

81 N 280/93: Über das Vermögen der Firma Wacker GmbH, Graf-Vollrath-Weg 6, 6000 Frankfurt am Main 90, wird heute, am 14. April 1993, 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalterin: Rechtsanwältin Hildegard Hövel, Raimundstraße 98, 6000 Frankfurt am Main, Telefon 0 69 / 56 97 31.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Juni 1993, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am Mittwoch, 16. Juni 1993, 9.30 Uhr,

Prüfungstermin am Mittwoch, 21. Juni 1993, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Juni 1993 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 14. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 81

1815

81 N 282/93: Über den Nachlaß der am 19. 10. 1992 verstorbenen, zuletzt in Offenbacher Landstraße 1, 6000 Frankfurt am Main 70, wohnhaft gewesenen Johanna Elli Möbes geb. Kries, wird heute, am 16. April 1993, 8.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Hans-Joachim Ritz, Am Fischstein 48, 6000 Frankfurt am Main 90, Telefon 0 69 / 70 39 19.

Konkursforderungen sind bis zum 17. Mai 1993, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am

Montag, 14. Juni 1993, 9.20 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 17. Mai 1993 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 16. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 81

1816

81 N 418/92 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 22. 1. 1992 verstorbenen Ines Maria Weigel geb. Bodinek, zuletzt wohnhaft gewesen Eysseneckstraße 56, 6000 Frankfurt am Main, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, anberaumt auf den

23. Juni 1993, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Für den Verwalter werden festgesetzt:

a) Vergütung: 2 875,— DM,
b) Auslagen: 57,50 DM,
jeweils einschließlich Steuer.

6000 Frankfurt am Main, 19. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 81

1817

81 N 418/92: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 22. 1. 1992 verstorbenen Ines Weigel, zuletzt wohnhaft gewesen Eysseneckstraße 56, 6000 Frankfurt am Main, soll die Schlußverteilung stattfinden. Es stehen hierfür 5 381,57 DM zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens abgehen.

Es sind zu berücksichtigen nichtbevorrechtigte Forderungen in Höhe von 1 020,— DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

6000 Frankfurt am Main, 27. 4. 1993

Die Konkursverwalterin
Elke Knecht

1818

81 N 245/93: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Volkhard Nebrich, Quellenstraße 12, 6127 Breuberg, Inhaber der eingetragenen Firma Die Gastronomie Nebrich Alte Oper Frankfurt, Opernplatz 1, 6000 Frankfurt am Main 1, hat sich herausgestellt, daß Masseunzulänglichkeit eingetreten ist. Der bisher erzielten Konkursmasse von rd. 4 000,— DM stehen Masseschulden in Höhe von rd. 500 000,— DM entgegen.

6000 Frankfurt am Main, 27. 4. 1993

Der Konkursverwalter
Manfred Burghardt
Rechtsanwalt

1819

N 18/93 — **Beschluß:** Über das Vermögen der C + C Scharf & Iliadis GmbH, Altenhaßlauer Straße 21, 6460 Gelnhausen, ist am 22. April 1993, 13.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Robert Hahn, Kurt-Blaum-Platz 8, 6450 Hanau.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 25. Juni 1993.

Vor dem Amtsgericht, Raum 17, werden folgende Termine abgehalten:

4. Juni 1993, 9.30 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und ggf. über die in §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände.

9. Juli 1993, 9.15 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 25. Mai 1993 anzeigen.

6460 Gelnhausen, 23. 4. 1993 Amtsgericht

1820

N 19/93 — **Beschluß:** Über das Vermögen der AVK Filtertechnik GmbH, Industriestraße 1, 6467 Hasselroth 2, ist am 22. April 1993, 13.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Karl Jahn, Nordstraße 8, 6450 Hanau.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 25. Juni 1993.

Vor dem Amtsgericht, Raum 17, werden folgende Termine abgehalten:

4. Juni 1993, 9.00 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und ggf. über die in §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände.

9. Juli 1993, 9.00 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung

verlangt, dem Verwalter bis zum 25. Mai 1993 anzuzeigen.

6460 Gelnhausen, 23. 4. 1993 **Amtsgericht**

1821

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Kyperton Gesellschaft für Selektiv- und Löttechnik GmbH in Erlensee findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Hanau (Aktenzeichen 92 N 152/89) niedergelegt worden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 11 118,— DM. Es ist ein Massebestand von 12 158,75 DM verfügbar.

6450 Hanau, 23. 4. 1993

Der Konkursverwalter
Jahn, Rechtsanwalt

1822

42 N 158/90 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Sittec Vertrieb von Industrieanlagen und Zubehör GmbH, Heumarkt 2, 6450 Hanau I, vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Hartmut Keiper — Schuldnerin —, wird der Schlußtermin auf den

24. Mai 1993, 14.00 Uhr, im hiesigen Gerichtsgebäude, Zimmer 255 B, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 11 007,54 DM festgesetzt.

6450 Hanau, 5. 4. 1993 **Amtsgericht, Abt. 42**

1823

65 N 22/91: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 5. Februar 1991 in Kassel verstorbenen und zuletzt in Kassel, Breitscheidstraße 70, wohnhaft gewesenem Rechtsanwalts Karl Michael Mädlich, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Freitag, 28. Mai 1993, 8.30 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Frankfurter Straße 9, Sockelgeschoß, Sitzungssaal 081.

3500 Kassel, 7. 4. 1993 **Amtsgericht, Abt. 65**

1824

65 N 108/92: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Ludwig Bachmann KG, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter Uwe Bachmann, Ölmühlenweg 22, 3500 Kassel, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Mittwoch, 2. Juni 1993, 8.30 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Frankfurter Straße 9, Sockelgeschoß, Sitzungssaal 081.

3500 Kassel, 13. 4. 1993 **Amtsgericht, Abt. 65**

1825

65 N 109/92: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Werner Baus, Ihringshäuser Straße 77, 3500 Kassel, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Mittwoch, 2. Juni 1993, 8.45 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Frankfurter Straße 9, Sockelgeschoß, Sitzungssaal 081.

3500 Kassel, 14. 4. 1993 **Amtsgericht, Abt. 65**

1826

N 30/93 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren Bau-Berufsgenossenschaft

Frankfurt am Main, Gesetzliche Unfallversicherung, An der Festeburg 27—29, 6000 Frankfurt am Main 60 — Gläubigerin —, gegen Firma Brechtel Heizung und Sanitär GmbH, Weinheimer Straße 18, 6806 Viernheim, vertreten durch den Geschäftsführer Paul Brechtel — Schuldnerin —,

wird zur Sicherung der Masse heute, um 14.00 Uhr, gemäß § 106 KO ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

6840 Lampertheim, 22. 4. 1993 **Amtsgericht**

1827

7 N 73/92 — **Beschluß:** In der Konkursantragssache betreffend das Vermögen der Firma Engler & Pradé Logistik GmbH, 6074 Rödermark, Dieburger Straße 125—127, wird die Sequestration angeordnet. Zum Sequester wird Rechtsanwalt Ulrich Kneller, Goethestraße 144—150, 6457 Maintal 2, bestellt.

Zur Sicherung der Masse wird ferner angeordnet: Der Schuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

6070 Langen, 23. 4. 1993 **Amtsgericht**

1828

VN 1/93: Die Firma baby fant Bernd Stöppler KG, vertreten durch ihren persönlich haftenden Gesellschafter Bernd Stöppler, Industriestraße 6, 6420 Lauterbach (Hessen), hat am 27. April 1993 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gemäß § 1 der Vergleichsordnung beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Verfahrens der Rechtsanwalt Bernd Reuss, Mainzer-Tor-Anlage 33, 6360 Friedberg (Hessen), zum vorläufigen Verwalter bestimmt, dem die in § 57 Vergleichsordnung erwähnten Befugnisse eines Vergleichsverwalters bezüglich der Kassenführung und Mitwirkung bei der Eingehung von Verbindlichkeiten übertragen werden. Von der Anordnung weiterer Verfügungsbeschränkungen wird vorläufig abgesehen.

6420 Lauterbach (Hessen), 27. 4. 1993 **Amtsgericht**

1829

N 12/92: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma GKE Gesellschaft für Grafik Konstruktion und Elektronik GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Jürgen Zeller, Humboldtstraße 6, 6451 Mainhausen, wird besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Donnerstag, den 3. Juni 1993, 10.30 Uhr, Raum 13, I. Stock, Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastraße 1.

6453 Seligenstadt, 7. 4. 1993 **Amtsgericht**

1830

N 22/93: Nach Ablehnung des Vergleichsverfahrens (VN 1/93) ist über das Vermögen der Firma GAT Handelsgesellschaft für industrielle Abwassertechnik mbH, vertreten durch den Geschäftsführer Dieter Maier, Binger Weg 10, 6054 Rodgau 2, am Dienstag, dem 27. April 1993, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Ottmar Hermann, Kaiserstraße 1, 6000 Frankfurt am Main.

Konkursforderungen sind bis 30. August 1993 zweifach bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 137 KO vorgesehenen Punkte, sowie gegebenenfalls zur Einstellung nach § 204 KO (mangels Masse):

Donnerstag, 3. Juni 1993, 11.00 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Donnerstag, 16. September 1993, 9.30 Uhr, jeweils im Amtsgericht Seligenstadt, Giselastraße 1, Raum 13 im I. Stock.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 30. Mai 1993.

6453 Seligenstadt, 28. 4. 1993 **Amtsgericht**

1831

4 N 17/93 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen der Servitron Gesellschaft für elektronische Systeme GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Dieter Meyer, Ulrich Keth, Klaus Zimmermann und Dr. Jürgen Weise, wird der Schuldnerin heute verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder allgemein darüber zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot).

6390 Usingen, 27. 4. 1993 **Amtsgericht**

1832

8 N 10/93: In dem Konkursöffnungsverfahren über das Vermögen des Herrn Josef Göbel, Transportunternehmen, Heckholzhäuser Straße 16, 6295 Merenberg, ist am 26. April 1993, 15.00 Uhr, über das Vermögen des Schuldners ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden.

Dem Schuldner wird allgemein untersagt, Gegenstände seines Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen oder sie zu belasten (Allgemeines Veräußerungsverbot). Insbesondere ist ihm die Einziehung von Außenständen untersagt.

6290 Weilburg, 26. 4. 1993 **Amtsgericht**

1833

62 N 157/91 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Computer Sieling Vertriebs GmbH, Hagenauer Straße 44, 6200 Wiesbaden, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6200 Wiesbaden, 19. 4. 1993 **Amtsgericht**

1834

62 N 29/93: Über das Vermögen der Firma ADAG Anleger-Dienstleistungs-Aktiengesellschaft für Management und Verwaltung, Adolfstraße 16, W-6200 Wiesbaden, gesetzlich vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Hanspeter Steinbuch, wird heute, am 19. April 1993 (Montag), 17.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Dipl.-Volkswirt Gerd Funcke, Annabergstraße 45, W-6500 Mainz 1.

Anmeldungen (doppelt) bis 14. Juni 1993. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 14. Juni 1993.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Montag, 28. Juni 1993, 14.00 Uhr, Zimmer 412.

6200 Wiesbaden, 19. 4. 1993 **Amtsgericht**

1835

62 N 147/84 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Allgemeinen Mieterinitiative e. V., Schachtstraße 23, W-6200 Wiesbaden, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den

21. Juni 1993, 9.00 Uhr, Zimmer 412, Nebengebäude Moritzstraße 5, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger zur Erstattung der Auslagen und Festsetzung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung evtl. nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf zuzüglich 7,5% Mehrwertsteuer auf 12 400,— DM (zwölftausendvierhundert) festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 21. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 62

1836

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Allgemeinen Mieterinitiative e. V., zuletzt Schachtstraße 23, 6200 Wiesbaden, soll die Schlußverteilung stattfinden. Die Summe der zu berücksichtigenden, bevorrechtigten Forderungen beträgt 19 644,06 DM. Die nichtbevorrechtigten Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Es ist ein Massebestand von 31 432,51 DM zuzüglich Veröffentlichungskosten, Vergütung des Konkursverwalters, noch zu berichtiger Masseschulden sowie noch nicht erhobener Gerichtskosten vorhanden.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Wiesbaden — Aktenzeichen 62 N 147/84 — zur Einsicht der Beteiligten aus.

6200 Wiesbaden, 29. 4. 1993

Der Konkursverwalter
Dieter Urban
Rechtsanwalt

Zwangsvolle Versteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1837

3 K 49/92: Das im Teileigentumsgrundbuch von Arolsen, Band 106, Blatt 3189, eingetragene Teileigentum, bestehend in einem 1 975/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Arolsen, Flur 1, Flurstück 187/2, Hof- und Gebäudefläche, Kirchplatz 4, Größe 6,73 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem Büro im II. Obergeschoß links (Aufteilungsplan Nr. B 4) sowie dem Kellerraum Nr. K 4,

soll am Mittwoch, dem 7. Juli 1993, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 9. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerlinde Schiessel.

Der Wert des Teileigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 109 100,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 26. 4. 1993

Amtsgericht

1838

3 K 50/92: Das im Teileigentumsgrundbuch von Arolsen, Band 106, Blatt 3190, eingetragene Teileigentum, bestehend in einem 1 701/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Arolsen, Flur 1, Flurstück 187/2, Hof- und Gebäudefläche, Kirchplatz 4, Größe 6,73 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem Büro im II. Obergeschoß rechts (Aufteilungsplan Nr. B 5) sowie dem Kellerraum Nr. K 5,

soll am Mittwoch, dem 7. Juli 1993, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 9. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerlinde Schiessel.

Der Wert des Teileigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 93 980,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 26. 4. 1993

Amtsgericht

1839

6 K 4/91: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Stierstadt, Blatt 1445,

lfd. Nr. 1, Flur 11, Flurstück 929, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 6. Gew., Größe 7,93 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 11, Flurstück 138, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 3. Gew., Größe 9,17 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 11, Flurstück 844, Grünland, In der Heinrichsheck, 3. Gew., Größe 7,35 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 11, Flurstück 903, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 2. Gew., Größe 9,18 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 11, Flurstück 904, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 2. Gew., Größe 9,12 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 11, Flurstück 907, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 3. Gew., Größe 6,29 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 11, Flurstück 908, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 3. Gew., Größe 7,27 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 11, Flurstück 14/920, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 4. Gew., Größe 33,00 Ar,

lfd. Nr. 15, Flur 11, Flurstück 923, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 5. Gew., Größe 8,64 Ar,

lfd. Nr. 16, Flur 11, Flurstück 924, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 5. Gew., Größe 8,17 Ar,

lfd. Nr. 20, Flur 11, Flurstück 842, Grünland, Hinter der Wiesenmühle, 3. Gew., Größe 6,42 Ar,

lfd. Nr. 21, Flur 11, Flurstück 843, Grün-

land, An der Heinrichsheck, 3. Gew., Größe 7,62 Ar,

lfd. Nr. 23, Flur 11, Flurstück 41/137, Hof- und Gebäudefläche, Wiesenmühle; das Gebäude ist inzwischen abgerissen; das unbebaute Grundstück ist jetzt Grünland; Größe 36,18 Ar,

lfd. Nr. 24, Flur 10, Flurstück 26, Landwirtschaftsfläche, In der Entenweide, Größe 8,39 Ar,

lfd. Nr. 25, Flur 10, Flurstück 30, Landwirtschaftsfläche, In der Entenweide, Größe 3,81 Ar,

lfd. Nr. 26, Flur 11, Flurstück 1, Landwirtschaftsfläche, In der Heinrichsheck, Größe 97,08 Ar,

soll am Dienstag, dem 29. Juni 1993, 9.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 9. 1990 bzw. 4. 3. 1991 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Jan Lipinski,

Edmond Chenu, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf	11 895,— DM,
lfd. Nr. 2 auf	13 755,— DM,
lfd. Nr. 9 auf	11 025,— DM,
lfd. Nr. 10 auf	13 770,— DM,
lfd. Nr. 11 auf	13 680,— DM,
lfd. Nr. 12 auf	9 435,— DM,
lfd. Nr. 13 auf	10 905,— DM,
lfd. Nr. 14 auf	49 500,— DM,
lfd. Nr. 15 auf	12 960,— DM,
lfd. Nr. 16 auf	12 255,— DM,
lfd. Nr. 20 auf	9 630,— DM,
lfd. Nr. 21 auf	11 430,— DM,
lfd. Nr. 23 auf	43 416,— DM,
lfd. Nr. 24 auf	12 585,— DM,
lfd. Nr. 25 auf	5 715,— DM,
lfd. Nr. 26 auf	145 620,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 6. 4. 1993

Amtsgericht

1840

8 K 47/92: Das im Grundbuch von Rodenbach, Band 28, Blatt 914, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 225, Gebäude- und Freifläche, Land- und Forstwirtschaft, Vor dem Steinbacher Weg, Größe 31,23 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 13, Flurstück 31, Ackerland, Vor Hattenbergsgraben, Größe 127,43 Ar,

soll am Mittwoch, dem 21. Juli 1993, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Saal 18 im Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 12. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, 6369 Schöneck, Im Alten Hof 19.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 1, Flurstück 225 auf 165 615,— DM,

Flur 13, Flurstück 31 auf 12 743,— DM.

Auf dem Flurstück 225 steht eine landwirtschaftliche Halle von 45 × 16 Metern und 6,26 Meter Höhe aus einer Holzkonstruktion auf massiven Fundamenten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 22. 4. 1993

Amtsgericht

1841

3 K 54/92: Das im Grundbuch von Eschwege, Band 314, Blatt 11 376, eingetragene Grundstück, Gemarkung Eschwege,

Ifd. Nr. 1, Flur 51, Flurstück 321/93, Gebäude- und Freifläche, Unter dem kleinen Wehr 4, Größe 1,13 Ar, soll am Mittwoch, dem 30. Juni 1993, 8.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 3440 Eschwege, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 1. 1993 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Albin Gunkel, Eschwege.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 21. 4. 1993 **Amtsgericht**

1842

84 K 10/92: Das im Grundbuch-Bezirk 13 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 33, Blatt 1251, eingetragene Wohnungseigentum,

Ifd. Nr. 1, bestehend aus 131,46/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung 1, Flur 148, Flurstück 7, Gebäude- und Freifläche, Herderstraße 31, Größe 2,18 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1 des Aufteilungsplans und beschränkt durch die anderen Sondereigentumsrechte (Blatt 1251 bis 1260),

soll am Mittwoch, dem 18. August 1993, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 1. 1992 (Versteigerungsvermerk):

1. Uwe Steinbrecher, Wiesenweg 6, 6232 Bad Soden/Ts.,

2. Werner Klumpe, Luxemburger Straße 282 E, 5000 Köln 41,

3. Carsten Hansen, Hauptstraße 14, 6232 Neuenhain/Ts.,

4. Lambert Schneider, Arheilger Straße 39, 6108 Weiterstadt,

5. Doris Bellm, Zeppelinstraße 2, 7505 Ettlingen,

— als Gesellschafter bürgerlichen Rechts.
Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

160 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 5. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 84

1843

84 K 14/92: Das im Wohnungsgrundbuch-Bezirk 13 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 34, Blatt 1256, eingetragene Wohnungseigentum,

Ifd. Nr. 1, bestehend aus 82,71/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung 1, Flur 148, Flurstück 7, Gebäude- und Freifläche, Herderstraße 31, Größe 2,18 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 6 des Aufteilungsplans und beschränkt durch die anderen Sondereigentumsrechte (Blatt 1251 bis 1260),

soll am Freitag, dem 6. August 1993, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 1. 1992 (Versteigerungsvermerk):

1. Uwe Steinbrecher, Wiesenweg 6, 6232 Bad Soden/Ts.,

2. Werner Klumpe, Luxemburger Straße 282 E, 5000 Köln 41,

3. Carsten Hansen, Hauptstraße 14, 6232 Neuenhain/Ts.,

4. Lambert Schneider, Arheilger Straße 39, 6108 Weiterstadt,

5. Doris Bellm, Zeppelinstraße 2, 7505 Ettlingen,

— als Gesellschafter bürgerlichen Rechts.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

105 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 14. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 84

1844

84 K 177/92: Das im Grundbuch-Bezirk 32 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 271, Blatt 8713, eingetragene Wohnungseigentum,

Ifd. Nr. 1: 7,602/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung 1, Flur 557, Flurstück 181/11, Hof- und Gebäudefläche, Tucholskystraße 77—79, Größe 25,43 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum Turm VII, Nr. 144 des Aufteilungsplans;

das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen Band 267 bis 272, Blatt 8570 bis 8741);

soll am Freitag, dem 20. August 1993, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 11. 1992 (Versteigerungsvermerk):

Andreas Joisten, Steinstraße 2, 6090 Rüsselsheim.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

268 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 14. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 84

1845

84 K 166/92: Das im Grundbuch-Bezirk 13 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 33, Blatt 1239, eingetragene Wohnungseigentum,

Ifd. Nr. 1: 221/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 144, Flurstück 107/27, Gebäude- und Freifläche, Bäckerweg 23, Größe 3,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 3 des Aufteilungsplans und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 1237, 1238, 1240) sowie ausschließlich in der Veräußerung (Viereinhalbzimmerwohnung),

soll am Donnerstag, dem 5. August 1993, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 10. 1992 (Versteigerungsvermerk):

Axel Berg, Am Weinberg 5, 6301 Reiskirchen.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

320 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 22. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 84

1846

84 K 117/92: Das im Grundbuch-Bezirk 20 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 89, Blatt 2956, eingetragene Wohnungseigentum,

Ifd. Nr. 1: 168/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung 1, Flur 645, Flurstück 13/2, Gebäude- und Freifläche, Vogtstraße 48, Größe 3,87 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 202 des Aufteilungsplans; das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen Band 89, Blatt 2951 bis 2956);

zur Veräußerung ist die Zustimmung des Verwalters erforderlich, ausgenommen Veräußerungen an die nächsten Familienangehörigen, im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter;

soll am Freitag, dem 13. August 1993, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 8. 1992 (Versteigerungsvermerk):

Margarethe Schröder geb. Lotterhos, Lichtensteinststraße 3, 6000 Frankfurt am Main 1.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

305 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 14. 4. 1993

Amtsgericht, Abt. 84

1847

K 3/92: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Assenheim, Band 33, Blatt 1475,

Ifd. Nr. 7, Gemarkung Assenheim, Flur 1, Flurstück 461/23, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 14, Größe 5,60 Ar,

soll am Freitag, dem 25. Juni 1993, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Homburger Straße 18, 6360 Friedberg (Hessen), Raum 28, Erdgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 1. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Feuerbach, Margarete Ursula Charlotte, geb. 2. 1. 1925,

b) Stiehler, Marga Sofie, geb. Feuerbach, geb. 7. 5. 1947, — in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

278 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 5. 4. 1993

Amtsgericht

1848

K 31/92: Folgender Grundbesitz, eingetragen in den Wohnungsgrundbüchern von Wald-Michelbach, Band 93, a) Blatt 3037 und b) Blatt 3042,

zu a) 162,5/1 000 Miteigentumsanteil, zu b) 152,2/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Wald-Michelbach,

Flur 5, Nr. 109/1, Gebäude- und Freifläche, Im Wiesenklingen, Größe 8,10 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum zu a) an der Wohnung Nr. 1 des Aufteilungsplans, den Räumen Nr. 1 des Aufteilungsplans, dem Balkon Nr. 1 des Aufteilungsplans; zu b) an der Wohnung Nr. 6 des Aufteilungsplans, dem Kellerraum Nr. 2 des Aufteilungsplans, dem Balkon Nr. 6 des Aufteilungsplans;

an dem Kfz-Abstellplatz Nr. 12 besteht ein Sondernutzungsrecht;

die jeweiligen Miteigentumsanteile sind durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

soll am Donnerstag, dem 15. Juli 1993, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15, Raum 8 (Erdgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 12. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fritz und Marie-Luise Bielawa, Wald-Michelbach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück Blatt 3037 auf 175 000,— DM, Grundstück Blatt 3042 auf 155 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 15. 4. 1993 Amtsgericht

1849

K 28/92: Folgender Grundbesitz, eingetragen in den Wohnungsgrundbüchern von Wald-Michelbach, Band 92,

a) Blatt 3015 und b) Blatt 3016,

zu a) 190/1 000 und zu b) 110/1 000 Miteigentumsanteile an dem Grundstück Gemarkung Wald-Michelbach, Flur 5, Nr. 181/29, Gebäude- und Freifläche, Am Hohenstein 4, Größe 7,70 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an zu a) der Wohnung Nr. 5, Kellerraum Nr. 5 des Aufteilungsplans; an der Terrasse Nr. 5 und an dem Pkw-Abstellplatz Nr. 11 des Aufteilungsplans besteht ein Sondernutzungsrecht, zu b) dem Bodenraum Nr. 3, der Garage Nr. 7 und Loggia Nr. 3 des Aufteilungsplans;

die Miteigentumsanteile zu a) und b) sind durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

soll am Donnerstag, dem 8. Juli 1993, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15, Raum 8 (Erdgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am a) Blatt 3015: 10. 12. 1992, b) Blatt 3016: 20. 11. 1992 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Fritz Bielawa, Wald-Michelbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Blatt 3015 auf 162 500,— DM, Blatt 3016 auf 13 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 14. 4. 1993 Amtsgericht

1850

5 K 4/92: Die im Grundbuch von Malkes, Band 5, Blatt 126, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Malkes, Flur 2, Flurstück 34/41, Gebäude- und Freifläche, Kruppstraße 5, Größe 115,35 Ar,

Wert 3 362 114,— DM,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Malkes, Flur 2, Flurstück 34/42, Gebäude- und Freifläche, Kruppstraße 5, Größe 34,71 Ar,

Wert 915 426,— DM,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Malkes, Flur 2, Flurstück 34/49, Gebäude- und Freifläche, Kruppstraße 5, Größe 3,54 Ar,

Wert 9 912,— DM,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Malkes, Flur 2, Flurstück 34/48, Gebäude- und Freifläche, Kruppstraße 5, Größe 19,96 Ar,

Wert 55 888,— DM,

sollen am Donnerstag, dem 1. Juli 1993, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. 1./6. 11. 1992 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Firma Global Finanz Anstalt, Birkenweg 6, FL-9490 Vaduz.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist wie bei den lfd. Nrn. angegeben festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 23. 4. 1993 Amtsgericht

1851

K 85/92: Das im Grundbuch von Schlierbach, Band 37, Blatt 917, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Schlierbach, Flur 2, Flurstück 3/15, Gebäude- und Freifläche, Am Bahnhof 1, Größe 6,66 Ar,

soll am Montag, dem 12. Juli 1993, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Raum 13, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 12. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Görshop in Offenbach am Main, Sabine Görshop in Königswinter, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes wird hiermit gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 240 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 20. 4. 1993 Amtsgericht

1852

24 K 62/92: Das im Grundbuch von Klein-Gerau, Band 54, Blatt 2133, eingetragene Grundstück,

BV Nr. 1, Flur 3, Flurstück 64/6, Gebäude- und Freifläche, Wilhelm-Leuschner-Straße 27, Größe 5,63 Ar,

soll am Dienstag, dem 29. Juni 1993, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Europaring 11—13, Raum 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 11. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Roth geb. Schamber, Ute, Roth, Hans-Peter, — je zur Hälfte —.

Verkehrswert: 426 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 19. 4. 1993 Amtsgericht

1853

24 K 26/92: Die im Grundbuch von Goddelau, Band 60, Blatt 2476, eingetragenen Grundstücke,

BV Nr. 2, Flur 14, Nr. 19/1, Ackerland, Beim Stockstädter Weg, Größe 8,01 Ar,

BV Nr. 5, Flur 13, Nr. 57, Ackerland, Das Hene, Größe 34,91 Ar,

BV Nr. 6, Flur 14, Nr. 152, Ackerland, Auf die Gernsheimer Straße, Größe 14,54 Ar,

sollen am Dienstag, dem 29. Juni 1993, 10.15 Uhr, im Gerichtsgebäude, Europaring 11—13, Raum 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 3. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ludwig Rupp, Riedstadt-Goddelau.

Verkehrswert:

Flur 14, Nr. 19/1: 3 204,— DM,

Flur 13, Nr. 57: 13 964,— DM,

Flur 14, Nr. 152: 5 816,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 21. 4. 1993 Amtsgericht

1854

64 K 104/92: Das im Grundbuch von Oberzwehren, Band 87, Blatt 2484, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 200/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Oberzwehren, Flur 9, Flurstück 55/7, Gebäude- und Freifläche, Waranwiesen 10, Größe 9,67 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Erdgeschoß links mit Kellerraum Nr. 1, K 1 des Aufteilungsplans;

für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blatt 2484 bis 2489);

der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 7. 3. 1989; übertragen aus Blatt 1194; eingetragen am 26. 4. 1989;

soll am Mittwoch, dem 30. Juni 1993, 9.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Frankfurter Straße 9, Sockelgeschoß, Sitzungssaal 081, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Wohnungseigentümer am 21. 7. 1992 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dr. Peter Bruckler in Hadamar.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG: 95 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 31. 3. 1993 Amtsgericht, Abt. 64

1855

7 K 12/92: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ober-Roden, Band 120, Blatt 5027,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Ober-Roden, Flur 3, Flurstück 93/1, Ackerland, Rechts des Urberacher Wegs, Größe 17,12 Ar,

soll am Donnerstag, dem 26. August 1993, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmerstraße 29, Saal B, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 7. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rudolf Münch, Geranienstraße 4, 6074 Rödermark.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

325 280,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 8. 4. 1993 Amtsgericht

1856

7 K 1/92: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Messenhausen, Band 13, Blatt 414,

lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurstück 3/14, Landwirtschaftsfläche, Die mittelste Gewinn rechts des Urberacher Weges, Größe 16,58 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Juli 1993, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmerstraße 29, Saal B, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 7. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bernhard Heinrich Wesp.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

132 640,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 13. 4. 1993

Amtsgericht

1857

7 K 20/91 — **Berichtigung:** In der Zwangsversteigerungssache Wilfried Wiesinger (StAnz. 16/1993, S. 991, lfd. Nr. 1560) muß der dritte Absatz richtig lauten:

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 2. Obergeschoß Nr. 1024 des Aufteilungsplanes und dem Abstellraum im 1. Untergeschoß Nr. 024.

6070 Langen, 27. 4. 1993

Amtsgericht

1858

K 8/90: Das im Grundbuch von Gunzenau, Band 7, Blatt 210, eingetragene Grundstück, Gemarkung Gunzenau,

lfd. Nr. 40, Flur 6, Nr. 114, Grünland-Acker, Am Freiensteinauer Pfad, Größe 271,20 Ar,

Wert: 59 700,— DM,

soll am Mittwoch, dem 23. Juni 1993, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungsraum), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 7. 1990 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Wilfried Wahn,
b) Gisela Wahn geb. Schmelz, — in Gütergemeinschaft —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6420 Lauterbach (Hessen), 19. 4. 1993

Amtsgericht

1859

7 K 54/91: Das im Grundbuch von Wehrshausen, Band 18, Blatt 487, eingetragene Wohnungseigentum auf dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehrshausen, Flur 7, Flurstück 89/33, Hof- und Gebäudefläche, Am Kähnelplatz 8, Größe 8,80 Ar,

davon 458/1 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung nebst Kellerraum und Garage, im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichnet,

soll am Donnerstag, dem 1. Juli 1993, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 10. 1991 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Klaus Gießel,
b) Erika Cerveny-Gießel geb. Jakob, Am Kähnelplatz 8, 3550 Marburg-Wehrshausen, — je zur Hälfte —

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

312 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 20. 4. 1993

Amtsgericht

1860

7 K 62/91: Das im Grundbuch von Niederasphe, Band 34, Blatt 1352, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederasphe, Flur 25, Flurstück 5, Hof- und Gebäudefläche, Violinstraße 13, Größe 5,40 Ar,

Ackerland, daselbst, Größe 26,06 Ar,

soll am Donnerstag, dem 8. Juli 1993, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvolleistellung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. 1. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Anna Olschewski geb. Prinz, Violinstraße 15, 3551 Münchhausen-Niederasphe.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 247 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 19. 4. 1993

Amtsgericht

1861

7 K 23/92: Das im Grundbuch von Elnhausen, Band 23, Blatt 725, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Elnhausen, Flur 8, Flurstück 74/5, Hof- und Gebäudefläche, Königstraße 17, Größe 8,63 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Juli 1993, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvolleistellung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 7. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Stefan Örtel und Bärbel Örtel geb. Peters, Königstraße 17, 3550 Marburg-Elnhausen, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 478 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 20. 4. 1993

Amtsgericht

1862

7 K 41/92: Das im Grundbuch von Wehrda, Band 87, Blatt 2730, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehrda, Flur 12, Flurstück 121/9, Hof- und Gebäudefläche, Ernst-Lemmer-Straße 21, 23, 25, 27, Größe 45,68 Ar,

davon 535/10 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen im Erdgeschoß und an Kellerraum des Hauses Ernst-Lemmer-Straße 27, im Aufteilungsplan mit Nr. 18 bezeichnet,

soll am Donnerstag, dem 5. August 1993, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvolleistellung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 11. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Marian Franz Adamik, Am Walde 18, 2107 Rosengarten.

Der Wert des Objekts ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 198 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 20. 4. 1993

Amtsgericht

1863

7 K 30/92: Die im Grundbuch von Ockershausen, Band 55, Blatt 1858, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ockershausen, Flur 7, Flurstück 11, Hof- und Gebäudefläche, Ockershäuser Straße 82, Größe 0,87 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Ockershausen, Flur 7, Flurstück 12/1, Hof- und Gebäudefläche, Ockershäuser Straße 82, Größe 0,02 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Ockershausen, Flur 7, Flurstück 10/4, Hof- und Gebäudefläche, Ockershäuser Straße 82, Größe 0,86 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Ockershausen, Flur 7, Flurstück 9/4, Hof- und Gebäudefläche, Ockershäuser Straße 82, Größe 3,20 Ar,

Wert 180 000,— DM als wirtschaftliche Einheit,

sollen am Donnerstag, dem 29. Juli 1993, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvolleistellung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 9. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Udo Wagner, Ockershäuser Straße 82, 3550 Marburg.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie oben angegeben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 21. 4. 1993

Amtsgericht

1864

1 K 7/92: Das im Grundbuch von Neumorschen, Band 20, Blatt 660, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Neumorschen, Flur 8, Flurstück 48/5, Gebäude- und Freifläche, Im Keilloch 1, Größe 14,07 Ar,

soll am Freitag, dem 25. Juni 1993, 9.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 6. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Burghard Wenzlaff,
b) Monika Wenzlaff geb. Bratengeier, Im Keilloch 1, 3509 Morschen-Neumorschen, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

268 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 19. 4. 1993

Amtsgericht

1865

3 K 19/92: Folgender Grundbesitz, eingetragenen im Grundbuch von Sand, Band 60, Blatt 1871, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sand, Flur 18, Flurstück 6, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 15, Größe 1,28 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. Juni 1993, 10.00 Uhr, Raum 13, 1. OG, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 5, 3549 Wolfhagen, durch Zwangsvolleistellung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 10. 1992 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Klein, Georg Josef, Bad Emstal, verstorben am 13. 4. 1991, allein beerbt von Margarethe Klein geb. Bielski, verstorben am 1. 6. 1991, Nachlaßpfleger für die unbekannteten Erben: Klaus Ossowski, Kissinger Straße 5, Bad Emstal.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 56 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3549 Wolfhagen, 20. 4. 1993

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

Widmung von Neubaustrecken der Kreisstraße 116 in der Gemarkung Albshausen der Stadt Rauschenberg, Landkreis Marburg-Biedenkopf

Die in der Gemarkung Albshausen der Stadt Rauschenberg im Landkreis Marburg-Biedenkopf, Regierungsbezirk Gießen, neugebauten Strecken

von km 0,000 neu (an der B 3 neu westlich der Ortslage Albshausen)
bis km 0,020 neu (bei km 1,416 der B 3 alt) = 0,020 km und

von km 0,028 neu (bei km 1,431 der B 3 alt)
bis km 0,152 neu (bei km 1,533 der B 3 alt) = 0,124 km

werden mit Wirkung vom 1. Januar 1989 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie erhalten damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und werden Teilstrecken der Kreisstraße 116.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Kreisausschuß des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Im Lichtenholz 60, 3550 Marburg, Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

3550 Marburg, 16. April 1993

Der Kreisausschuß des
Landkreises Marburg-Biedenkopf
K 20 651-30/116

Sitzung des Umlandverbandes Frankfurt

Die 1. — öffentliche — Sitzung des Verbandstags des Umlandverbandes Frankfurt in der V. Wahlperiode findet am Dienstag, 25. Mai 1993, 16.00 Uhr, im Plenarsaal der Stadt Frankfurt am Main, Rathaus-Römer, Eingang Römerberg, statt.

Tagesordnung I:

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlußfähigkeit durch den Verbandsdirektor
2. Feststellung der/des Altersvorsitzenden
3. Wahl der/des Vorsitzenden des Verbandstags
4. Wahl der Schriftführer/innen des Verbandstags
5. Entscheidung über Einsprüche und über die Gültigkeit der Umlandverbandswahl am 7. März 1993
6. Wahl oder Bildung und Zusammensetzung eines Wahlprüfungsausschusses
7. Weitergeltung der Geschäftsordnung des Verbandstags
8. Wahl des Präsidiums des Verbandstags
- 8.1 Wahl der 4 Stellvertreter/innen der/des Verbandstagsvorsitzenden
- 8.2 Wahl der 4 Beisitzer/innen im Präsidium des Verbandstags
9. Änderung des § 3 der Hauptsatzung des UVF i. d. F. vom 23. April 1985, zuletzt geändert durch die 2. Änderungssatzung vom 6. Dezember 1988
10. Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten des Verbandsausschusses
11. Einführung, Verpflichtung und Vereidigung der ehrenamtlichen Mitglieder des Verbandsausschusses durch den Vorsitzenden des Verbandstags und Aushändigung der Ernennungsurkunden durch den Verbandsdirektor
12. Mitteilung der durch den Verbandswahlleiter festgestellten Namen der nachrückenden Verbandstagsabgeordneten
13. Bildung und Zusammensetzung der Ausschüsse des Verbandstags

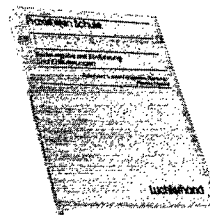
14. Wahl der Mitglieder und deren Stellvertreter/innen der Betriebskommission des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung
15. Wahl der vom Umlandverband Frankfurt zu entsendenden 7 Mitglieder und deren Stellvertreter/innen für die Regionale Planungsversammlung beim Regierungspräsidenten in Darmstadt
16. Wahl der Vertreterin/des Vertreters und der Stellvertreterin/des Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Frankfurt am Main
17. Wahl der 8 Vertreter/innen und Stellvertreter/innen für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Hochtaunus
18. Wahl der 2 Vertreter/innen und Stellvertreter/innen für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverband Hochtaunus
19. Terminplanung

6000 Frankfurt am Main, 4. Mai 1993

Umlandverband Frankfurt
Dr. Behrendt
Verbandsdirektor

Verschiedenes

Neu Neu Neu Neu Neu



Hessisches Schulgesetz

Textausgabe mit Einführung und Erläuterungen von

Adelheid Viesel/Angelika Spreng/
Rainer Haase

1993, 278 Seiten, kartoniert,
DM 24,80
ISBN 3-472-01216-1

Das zuverlässige und aktuelle Auskunftswerk

Mit der Verabschiedung des neuen hessischen Schulgesetzes im Juni 1992 wird eine größere Partizipation der am Schulleben Beteiligten angestrebt. Mit ihm wird der Zugang zu schulrechtlichen Regelungen erleichtert, da es die **wichtigsten** bisher geltenden **Rechtsvorschriften** im Bereich Schule **zusammenfaßt**.

Alles auf einen Blick

In diesem Buch wird der neue Gesetzestext in Form einer **Synopse**, die den Vergleich mit bisherigen schulrechtlichen Regelungen erlaubt, dargestellt. Bei diesem Vergleich wurden im wesentlichen nur gesetzliche Regelungen herangezogen und nur in Ausnahmefällen auf Verordnungen und Erlasse verwiesen.

Schnelle und kompetente Einarbeitung

- in die neue rechtliche Situation durch
- Einführung in die Rechtsgrundlagen des hessischen Schulrechts
 - fundierte Kommentierung

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag.

Luchterhand
Verlag
Postfach 2352
5450 Neuwied

Neu Neu Neu Neu Neu Neu Neu Neu Neu

Öffentliche Ausschreibungen

ESCHBORN: Der Magistrat der Stadt Eschborn — Amt für Städtebau, Stadtplanung und Umweltschutz, Abt. Hochbau — schreibt auf der Grundlage der VOB aus:

Öffentliche Ausschreibung der „Regelanlagen“ für das Bauvorhaben: Wiesenbad Eschborn, Hauptstraße 258—260.

Los I Regelung und Schaltanlage Heizung/Lüftung
Schaltschrankanlage und zwölf Regelkreise in
DDC-Technik

Los II Elt. Installation — Verkabelung
4 000 lfd. m Starkstromleitung NYM 3 × 1,5
bis 5 × 4 mm²

160 lfd. m Isolierstoffrohr aus PVC-Hart

Es ist vorgesehen, evtl. nach Losen zu vergeben. Die Einreichung von nur einem Los ist zulässig.

Ausführungszeit: Juli bis September 1993.

Bewerbungsfrist: 14. Mai 1993.

Unkostenvergütung: 10,— DM (Betrag wird nicht erstattet).

Schriftliche Anforderungen mit V-Scheck beim Amt für Städtebau, Stadtplanung und Umweltschutz der Stadt Eschborn, Rathausplatz 36, 6236 Eschborn.

Eröffnungstermin ist am **1. Juni 1993 um 11.00 Uhr** im Raum Nr. 220, 2. OG, Rathausplatz 36, 6236 Eschborn.

6236 Eschborn, 27. April 1993

Der Magistrat der Stadt Eschborn
Amt für Städtebau, Stadtplanung
und Umweltschutz

Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb gemäß VOB/A

Die GEMEINDE DIPPERZ beabsichtigt im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung nach vorausgehendem Teilnahmewettbewerb, die Arbeiten für den Neubau der Sportanlage „Am Backebörle“ vorbehaltlich der Finanzierung zu vergeben.

Die Leistungen umfassen:

Die Herstellung einer 400-m-Kampfbahn Typ C mit zwei ausgebauten Sektoren und Leichtathletikanlagen (Kunststoff-Beläge), eines Großspielfeldes (A-Rasenplatz nach DIN 18036/T 4) mit Beregnungsanlage und bachgespeicher Wasserversorgungsanlage, von ca. 1 500 m² Pflasterflächen, der Einfriedung des Sportgeländes sowie die Wiederbegrünung der Nebenflächen (ca. 14 000 m²).

Die Erdarbeiten bis einschließlich Herstellung der Erdrohpläne sind abgeschlossen.

Ausführungsfristen: Juni 1993 bis Anfang 1994

Baubeginn: Juni 1993

**Planung und
bauleitendes Büro:**

ARGE
Kind und Partner + Sichau & Walter
Vor dem Peterstor 8
6400 Fulda
Tel. 06 61 / 7 63 22-3
Fax 06 61 / 7 12 98

Zum Nachweis der besonderen Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bieter werden folgende Angaben verlangt:

1. der Umsatz des Unternehmers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleich-

bar sind, unter Einschluß des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen,

2. die Ausführung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind,
3. die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegebenenfalls gegliedert nach Berufsgruppen,
4. die dem Unternehmer für die Ausführung der zu vergebenden Leistung zur Verfügung stehende technische Ausrüstung,
5. das für die Leitung und Aufsicht vorgesehene technische Personal,
6. die Eintragung des Unternehmens in das Berufsregister seines Sitzes oder Wohnsitzes.

Diese Nachweise sind bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Der Versand der Unterlagen zur Angebotsabgabe findet bis zum 27. Mai 1993 statt. Das Angebot soll bis zum 16. Juni 1993 vorliegen. Die Auftragsvergabe wird voraussichtlich im Juni 1993 erfolgen.

Einsendefrist der Anträge auf Teilnahme in deutscher Sprache an das bauleitende Büro bis zum 25. Mai 1993.

Für die Nachprüfung ist die VOB-Stelle beim RP Kassel zuständig.

6209 Dipperz, 28. April 1993

Der Gemeindevorstand

Stellenausschreibungen

Bei dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt

ist ab sofort die Stelle einer/eines

Techn. Amträtin/Amtsrats

(Besoldungsgruppe A 12 BBesG)

zu besetzen.

Des weiteren ist ab sofort beim Wasserwirtschaftsamt Hanau und beim Wasserwirtschaftsamt Friedberg die Stelle einer/eines

Techn. Amtfrau/Amtmanns

(Besoldungsgruppe A 11 BBesG)

zu besetzen.

Gegebenenfalls ist auch eine Einstellung im Angestelltenverhältnis möglich.

Der Einsatz erfolgt in der Fachgruppe „Abfallwirtschaft/Altlasten“. Es sind vorwiegend Aufgaben im Bereich Sonderabfallabgabe/Überwachung wahrzunehmen.

Besonderes Interesse sowie Kenntnisse auf dem Gebiet gewerblicher/industrieller Produktionsprozesse und der Möglichkeiten der Wiederverwertung von Abfallstoffen werden daher vorausgesetzt.

Einsatzfreude, Leistungsbereitschaft und Fähigkeit zur Arbeit im Team sind notwendig.

Gesucht werden Fachhochschulabsolventinnen bzw. -absolventen der Fachrichtung Bauingenieurwesen (Siedlungswasserwirtschaft, Chemische Technologie oder Umwelt- und Hygienetechnik).

Des weiteren bestehen bei den Wasserwirtschaftsämtern Darmstadt, Wiesbaden, Hanau und Friedberg Einstellungsmöglichkeiten für alle Aufgabenbereiche der Wasserwirtschaftsverwaltung.

Es wird eine Erhöhung des Frauenanteils in allen Bereichen und Positionen angestrebt, in denen diese unterrepräsentiert sind. Frauen sind deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben. Teilzeitbeschäftigung ist unter Berücksichtigung dienstlicher Belange grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen bzw. Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Bewerbungen bitte ich, unter Angabe des Aktenzeichens I 2 a - 22 5 e 08/01 (2/E 164) bis spätestens drei Wochen nach Bekanntgabe der Anzeige zu richten an das

Regierungspräsidium Darmstadt,
Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt.

Anfragen und Auskünfte über den

ÖFFENTLICHEN
ANZEIGER



0 61 22 / 77 09-0

Durchwahl -32

zum

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

STADT RUSSELSHEIM

DER GEMEINDEWAHLAUSSCHUSS

Stellenausschreibung und Aufforderung
zur Einreichung von Wahlvorschlägen

In Rüsselsheim ist die Stelle der

Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters

im Wege der Direktwahl neu zu besetzen.

Hiermit wird zur Einreichung von Wahlvorschlägen für diese Wahl aufgefordert.

Die Wahl findet am **4. Juli 1993**, eine evtl. Stichwahl am **18. Juli 1993** statt.

Die Amtszeit beginnt frühestens am 1. Januar 1994; sie beträgt sechs Jahre.

Die Stelle ist gemäß der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung nach Besoldungsgruppe B 5 bewertet. Zusätzlich wird eine Aufwandsentschädigung nach den Vorschriften des Hessischen Wahlbeamten-Aufwandsentschädigungsgesetzes gewährt. Wählbar sind Deutsche im Sinne des Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG), die am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet und am Tag des Beginns der Amtszeit das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die nicht vom Wahlrecht nach § 31 HGO ausgeschlossen sind.

Die Wahl erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen, die den gesetzlichen Erfordernissen der §§ 10 bis 13, 41 und 45 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) entsprechen. Danach können Wahlvorschläge von Parteien im Sinne des Artikel 21 GG, von Wählergruppen und von Einzelpersonen eingereicht werden. Inhalt, Form, Aufstellung und Einreichung des Wahlvorschlags sind gesetzlich vorgeschrieben.

Die Wahlvorschläge sind bis spätestens am **31. Mai 1993 bis 18.00 Uhr** während der Dienststunden schriftlich bei dem **Gemeindevahlleiter, Rathaus, Marktplatz 4, Zimmer 40, 6090 Rüsselsheim**, einzureichen; sie sind nach Möglichkeit so frühzeitig vor dem 31. Mai 1993 einzureichen, daß etwaige Mängel, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge berühren, noch rechtzeitig behoben werden können.

Die vollständige Stellenausschreibung, die mit der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen am 30. April 1993 öffentlich bekanntgemacht worden ist, kann unter der vorgenannten Anschrift angefordert werden.

6090 Rüsselsheim, 27. April 1993

gez. Scholtysik (Gemeindevahlleiter)

Stellenangebote – richtig formuliert!

Wenn eine Stelle neu zu besetzen ist, bitte bei der Textgebung folgendes beachten:

Das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz (§ 611b BGB) vom 21. August 1980 besagt, daß ein Arbeitsplatz nicht nur für Männer oder nur für Frauen ausgeschrieben werden soll, es sei denn, für die Ausübung der Tätigkeit ist ein bestimmtes Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung.

Staatsanzeiger für das Land Hessen

Öffentlicher Anzeiger

Anzeigenabteilung

Bei dem Regierungspräsidium Gießen

ist im Dezernat 39 b – Abfallwirtschaft – kurzfristig die Stelle einer/eines

Bauberrätin/Bauberrates

(Besoldungsgruppe A 14 BBesG)

zu besetzen.

Die berufliche Qualifikation für die Stelle ist durch ein wissenschaftliches Hochschulstudium der Fachrichtung Bauingenieurwesen mit Schwerpunkten in der Abfall- und Wasserwirtschaft nachzuweisen. Ferner werden der Befähigungsnachweis für den höheren technischen Verwaltungsdienst sowie entsprechende Verwaltungserfahrung im Bereich Abfallwirtschaft gefordert.

Das Aufgabengebiet umfaßt schwerpunktmäßig

- Koordinierung des Vollzugs der Sonderabfallabgabe,
- Sonderabfallüberwachung.

Weitere Aufgaben im Rahmen der technischen Dezernententätigkeit sind

- Prüfung, Koordination und Entscheidung von technischen Angelegenheiten bei der Durchführung von Zulassungsverfahren für Abfallentsorgungsanlagen (Verwertung, Behandlung, Entsorgung),
- Bauüberwachung und Bauabnahme der obengenannten Anlagen,
- Anlagenüberwachung,
- Allgemeine abfall- und wasserwirtschaftliche Angelegenheiten.

Einsatzbereitschaft, Eigeninitiative sowie Entscheidungsfreudigkeit werden ebenso erwartet wie Verhandlungsgeschick und gute kollegiale Zusammenarbeit.

Die Besetzung der Stelle mit zwei Teilzeitkräften ist grundsätzlich möglich.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitte ich spätestens bis drei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an das

**Regierungspräsidium Gießen, Dezernat 2 Pers. 2,
Landgraf-Philipp-Platz 3-7, 6300 Gießen.**



Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs

sucht ab 1. Juni 1993 eine/einen

Beamtin/Beamten des gehobenen nichttechnischen Dienstes

als Prüfungsbeamtin/Prüfungsbeamten für den Bereich **Umwelt**. In Betracht kommt eine/ein überdurchschnittlich qualifizierte/r Beamtin/er, möglichst mit Verwaltungserfahrung auf den Gebieten „Abfallwirtschaft und Altlasten“ oder „Gewerbeaufsicht – Immissions- und Strahlenschutz“.

Vorausgesetzt werden sicheres Auftreten, schnelles Erfassen komplexer Probleme, sehr gute schriftliche und mündliche Ausdrucksfähigkeit sowie die Fähigkeit, in einem Team mitzuarbeiten. EDV-Kenntnisse sind erwünscht.

Die Stelle ist mit Besoldungsgruppe A 12 BBesG dotiert. Ministerialzulage wird gewährt. Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben. Die Tätigkeit ist mit Dienstreisen verbunden.

Bei gleicher Eignung werden Schwerbehinderte bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen, wie tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild, dienstlichem und privatem Telefonanschluß sowie letzter dienstlicher Beurteilung oder letztem Dienstzeugnis, bis zum 24. Mai 1993 zu richten an den

**Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs,
Eschollbrücker Straße 27, 6100 Darmstadt.**

Bei dem Regierungspräsidium Kassel

ist die Stelle einer/eines

Dezernentin/Dezernenten

im Dezernat 68 – Naturschutz, Artenschutz – (Besoldungsgruppe A 13 BBesG, höherer Dienst bzw. Vergütungsgruppe II a BAT) zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt:

Ausweisung von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten; in diesem Zusammenhang insbesondere

- Auswertung von Schutzwürdigkeits- und Pflegegutachten,
- Erarbeitung von Nutzungs- und Pflegekonzepten,
- Intensive Vorabstimmung und Information der zuständigen Behörden, der betroffenen Gemeinden und Interessenverbände und wissenschaftlichen Institutionen sowie betroffenen Grundeigentümern,
- Regelung von Entschädigungsfragen, Flächenankauf und -tausch,
- Durchführung von Anhörungsverfahren, Erörterungsterminen,
- Erarbeitung der Verordnungsentwürfe.

Anforderungen:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium der Fachrichtung Forstwissenschaft, Landespflege oder vergleichbare Ausbildung,
- neben der Fähigkeit zum selbständigen Arbeiten werden Durchsetzungsvermögen, Organisations- und Verhandlungsgeschick erwartet.

Bewerber sollten die zweite Staatsprüfung abgelegt haben.

Im Hinblick auf die angestrebte Erhöhung des Frauenanteils in entsprechenden Funktionsstellen werden Frauen besonders aufgefordert, sich zu bewerben. Teilzeitbeschäftigungen sind möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an das

**Regierungspräsidium Kassel, Dr.-Fritz-Hoch-Haus,
– Personaldezernat –, Steinweg 6, 3500 Kassel.**

Bei dem Regierungspräsidium Kassel

ist im Dezernat 68 – Naturschutz, Artenschutz – die Stelle einer/eines

Sachbearbeiterin/Sachbearbeiters

(Besoldungsgruppe A 10 BBesG bzw. Vergütungsgruppe IV b BAT) zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt:

- Ausweisung von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten,
- Vorbereitung der Informationsveranstaltungen, Anhörungsverfahren, Erörterungstermine, Abweichungsverfahren,
- Vorbereitung der Verordnungsentwürfe.

Anforderungen:

- Abgeschlossenes Fachhochschulstudium der Fachrichtung Landespflege, Forstwirtschaft oder Verwaltungsausbildung mit ökologischer Ausrichtung.

Erwünscht ist Vorbereitungsdienst in einer der o. g. Fachrichtungen.

In allen Bereichen und Positionen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, wird eine Erhöhung des Frauenanteils angestrebt. Frauen sind deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben. Teilzeitbeschäftigungen sind möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind bis zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an das

**Regierungspräsidium Kassel, Dr.-Fritz-Hoch-Haus,
– Personaldezernat –, Steinweg 6, 3500 Kassel.**



Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs

sucht ab 1. Juni 1993 eine/einen

Beamtin/Beamten

des gehobenen nichttechnischen Dienstes als Prüfungsbeamtin/Prüfungsbeamten für den Bereich Landwirtschaft und Naturschutz.

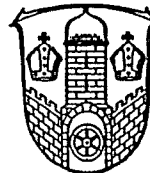
In Betracht kommt eine/ein überdurchschnittlich qualifizierte/r Beamtin/er, möglichst mit einschlägiger Verwaltungserfahrung. Vorausgesetzt werden sicheres Auftreten, schnelles Erfassen komplexer Probleme, sehr gute schriftliche und mündliche Ausdrucksfähigkeit sowie die Fähigkeit, in einem Team mitzuarbeiten. EDV-Kenntnisse sind erwünscht.

Die Stelle ist mit Besoldungsgruppe A 12/A 13 g. D. BBesG dotiert. Ministerialzulage wird gewährt. Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben. Die Tätigkeit ist mit Dienstreisen verbunden.

Bei gleicher Eignung werden Schwerbehinderte bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen, wie tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild, dienstlichem und privatem Telefonanschluß sowie letzter dienstlicher Beurteilung oder letztem Dienstzeugnis, bis zum 24. Mai 1993 zu richten an den

**Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs,
Eschollbrücker Straße 27, 6100 Darmstadt.**



Stadt Naumburg

Bei der Stadt Naumburg/Landkreis Kassel – rd. 5 500 Einwohner – ist die Stelle a) des/der

Leiters/in der Kämmerlei

und b) einer/s

Sachbearbeiterin/s im Stadtbauamt

neu zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt zu a) alle Aufgaben einer Kämmerlei einschließlich Kasse sowie die Bereiche Steuern, Liegenschaften und Personal. Gesucht wird eine dynamische, einsatzfreudige und verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit der Befähigung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst oder eine Qualifikation, die zu diesem Amt befähigt. Die Vergütung erfolgt nach Vergütungsgruppe BAT IV a bzw. bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen nach Besoldungsgruppe A 11; Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben.

Zu b) wird eine dynamische, einsatzfreudige und verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit Erfahrungen im öffentlichen Baurecht, möglichst im Bereich der Kommunalverwaltung gesucht. Die Stelle ist z. Z. nach Vergütungsgruppe V b BAT ausgewiesen. Bei Vorliegen der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen ist eine Übernahme in das Beamtenverhältnis möglich. Bewerber/innen müssen die II. Angestelltenprüfung bzw. die entsprechende Laufbahnprüfung nachweisen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf mit Lichtbild, Prüfungs- und Arbeitszeugnisse) sind bis **spätestens zehn Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige** zu richten an den

**Magistrat der Stadt Naumburg – Personalamt –,
Postfach 20, 3501 Naumburg.**

An der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden – Fachbereich Polizei –

sind, vorbehaltlich einer Stellenplanentscheidung, zum baldmöglichen Zeitpunkt Stellen als

Professorin/Professor

(1 Stelle C 3 / 2 Stellen C 2)

für die rechtswissenschaftlichen Studienfächer
„Staats- und Verfassungsrecht“
„Polizei- und Verwaltungsrecht“
„Strafrecht mit Strafprozeßrecht pp“

an den Studienorten Wiesbaden und Kassel zu besetzen.

Es müssen zumindest zwei der genannten Fächer abgedeckt werden können.

Die Bewerber für den Studienort Wiesbaden müssen bereit sein, in einer ab 1994 geplanten Außenstelle in **Frankfurt am Main** zu lehren.

In Betracht kommen Bewerberinnen und Bewerber mit zweitem juristischem Staatsexamen. Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung (insbesondere im Polizeibereich) ist erwünscht.

Die erforderliche Qualifikation und die Einstellungsbedingungen sind in § 24 Hess. VerwFHG festgelegt. Darüber hinaus ergeben sich die fachlichen Anforderungen aus der Studienordnung für die Ausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes. Die entsprechenden Studienpläne für die genannten Fächer können beim Fachbereich Polizei in 6200 Wiesbaden, Schönbergstraße 100, eingesehen oder angefordert werden. Sollten die Voraussetzungen für die Ernennung zur Professorin/zum Professor nicht gegeben sein, kommt auch eine Einstellung als Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor (A 15) oder Regierungsoberrätin/Regierungsoberrat (A 14) in Betracht.

Bei ansonsten gleicher Eignung erhalten Bewerberinnen/Bewerber mit einschlägiger Lehrererfahrung den Vorzug.

Es kommt auch eine Teilzeitbeschäftigung in Betracht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Bewerbungen mit vollständigen Bewerbungsunterlagen sind bis zwei Wochen nach Erscheinen der Anzeige zu richten an den

Rektor der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Kurt-Schumacher-Ring 18, 6200 Wiesbaden.



Im Hessischen Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

ist die Stelle einer/eines

Sachbearbeiterin/Sachbearbeiters

im Referat II A 3 „Mütterzentren, Frauenbildung, multinationale Frauenzentren, grundsätzliche Fragen der Frau in Familie und Gesellschaft, konzeptionelle Entwicklung“ baldmöglichst zu besetzen.

Es handelt sich um eine Zweidrittelstelle der Besoldungsgruppe A 11 BBesG, die auch mit einer Angestellten oder einem Angestellten besetzt werden kann.

Das Aufgabengebiet umfaßt:

- Einrichtung und Förderung von Mütterzentren
- Angelegenheiten und Förderung von Frauenbildungsprojekten
- Angelegenheiten und Förderung von multinationalen Frauenzentren
- Grundsätzliche Fragen der Frau in Familie und Gesellschaft, konzeptionelle Entwicklung

Anforderungen:

- Verwaltungsfachhochschulabschluß, Verwaltungsprüfung II oder staatliche Anerkennung als Sozialarbeiterin oder Sozialarbeiter oder Sozialpädagogin oder Sozialpädagoge
- Gründliche Kenntnisse und Erfahrungen im Haushalts-, Kas- sen- und Zuwendungsrecht
- Fähigkeit zu selbständigem und eigenverantwortlichem Arbeiten

– Bereitschaft zur Teamarbeit, Verhandlungsgeschick

Durch diese Ausschreibung sollen insbesondere auch Bewerberinnen angesprochen werden.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften bitte ich bis drei Wochen nach Erscheinen dieser Stellenausschreibung zu richten an das

Hessische Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit
 – Personalreferat –,
 Dostojewskistraße 4, 6200 Wiesbaden.



Im Hessischen Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

ist die Stelle einer/eines

Sachbearbeiterin/Sachbearbeiters

im Referat III C 3 „Planung, Koordinierung und Förderung de stationären Maßnahmen der Suchthilfe“ baldmöglichst zu besetzen.

Es handelt sich um eine Stelle der Besoldungsgruppe A 11 BBesG, die auch mit einer Angestellten oder einem Angestellten besetzt werden kann.

Die Besetzung mit Teilzeitbeschäftigten ist grundsätzlich möglich.

Das Aufgabengebiet umfaßt insbesondere:

- Planung und Förderung stationärer und teilstationärer Entgiftungs- und Entwöhnungseinrichtungen für Suchtkranke
- Planung und Förderung von Nachsorgeeinrichtungen und -maßnahmen

- Planung und Durchführung von Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen
- Mitwirkung bei der Vorbereitung von Tagungen und Sitzungen verschiedener Arbeitskreise usw.

Anforderungen:

- Verwaltungsfachhochschulabschluß bzw. Verwaltungsprüfung II oder vergleichbare Ausbildung
- mehrjährige allgemeine Verwaltungserfahrung und Fachkenntnisse im Verwaltungsbereich und Haushaltsrecht
- Fachkenntnisse zur Abwicklung von Investitionen (Katasterangelegenheiten, Kauf, Bewirtschaftung usw.) sind erwünscht.

Durch diese Ausschreibung sollen insbesondere auch Bewerberinnen angesprochen werden.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugniskopien bitte ich bis drei Wochen nach Erscheinen dieser Stellenausschreibung zu richten an das

Hessische Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit
 – Personalreferat –,
 Dostojewskistraße 4, 6200 Wiesbaden.



Der Bundesrechnungshof

Prüfungsbeamter/-beamtin des gehobenen Dienstes beim Bundesrechnungshof in Frankfurt am Main

Sie werden Prüfungs- und Beratungsaufgaben in allen Bereichen der Auftragsverwaltung für Bundesfernstraßen übernehmen.

Die Tätigkeit ist **interessant und vielseitig**. Sie erfordert selbständiges Arbeiten, Initiative und die Fähigkeit, sich rasch in wechselnde Aufgaben und Probleme einzudenken zu können. Aufstiegschancen – auch kurzfristig – in die Besoldungsgruppe A 13 g BBesG (Oberrechnungsrät/rätin) sind gegeben. Beim Bundesrechnungshof wird eine Zulage für oberste Bundesbehörden gezahlt. Im Prüfungsdienst wird zusätzlich ein Sonderzuschlag in Höhe von bis zu zwei Dienstalters-Steigerungsstufen gemäß Sonderzuschlagsverordnung gewährt.

Wir denken an **Beamte/Beamtinnen des gehobenen technischen Dienstes**, möglichst der Besoldungsgruppe A 11 oder A 12 BBesG, der Fachrichtung Straßen- und Brückenbau oder verwandter Fachrichtungen des Bauingenieurwesens mit vertieften Kenntnissen im Straßen- und Brückenbau.

Überdurchschnittliche Prüfungsergebnisse und Beurteilungen sowie Kenntnisse auf dem Gebiet des Haushaltsrechts, der Planung von Verkehrswegen, des Baubetriebswesens sowie der Vergabe, der Bauüberwachung und der Abrechnung von Baumaßnahmen setzen wir voraus. Wir erwarten auch Aufgeschlossenheit für Fragen der Organisation, Personalwirtschaft und Datenverarbeitung.

Wenn Sie darüber hinaus **kontaktfreudig und flexibel** sind, Ihre Auffassung in Wort und Schrift überzeugend vertreten können und gern im Team arbeiten, finden Sie bei uns ein außergewöhnliches Aufgabengebiet. Selbstverständlich arbeiten wir Sie ein und bilden Sie weiter. Wir helfen Ihnen dabei, eine Wohnung zu finden.

Schwerbehinderte Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Der Bundesrechnungshof ist bestrebt, den Anteil der Frauen im Prüfungsdienst zu erhöhen und fordert deshalb qualifizierte Bewerberinnen ausdrücklich zur Bewerbung auf.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung unter dem Kennzeichen „V 3“ bis **spätestens 15. Juni 1993** mit tabellarischem Lebenslauf und ausführlichem beruflichen Werdegang, Zeugnissen, Beurteilungen und neuem Lichtbild an den

**Präsidenten des Bundesrechnungshofes,
Berliner Straße 51, Postfach 10 04 33,
6000 Frankfurt am Main 1.**

Evtl. Fragen beantworten wir Ihnen auch gern telefonisch.

Sie erreichen uns unter der Ruf-Nr.: (0 69) 21 76-21 23 (Herr Marquardt).

Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten (Tel. 06 11 / 3 60 98-57).

Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

Postvertriebsstück

Verlag Kultur und Wissen GmbH

Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Entgelt bezahlt

1 Y 6432 A

Hinweis auf Stellenausschreibung und Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen

In der Stadt Romrod, Vogelsbergkreis,
ist die Stelle der/des

hauptamtlichen Bürgermeisterin/ hauptamtlichen Bürgermeisters

neu zu besetzen.

Die Stadt hat zur Zeit ca. 3 017 Einwohner.

Die hauptamtliche Bürgermeisterin/Der hauptamtliche Bürgermeister wird am 4. Juli 1993 von den Bürgerinnen/Bürgern der Stadt Romrod für die Dauer von sechs Jahren direkt gewählt und in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Gegebenenfalls findet am 18. Juli 1993 eine Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen/Bewerbern statt, die bei der Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten haben.

Die Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 14 der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung. Außerdem wird eine Aufwandsentschädigung gewährt. Der frühestmögliche Beginn der Amtszeit ist der 1. Januar 1994.

Zur hauptamtlichen Bürgermeisterin/Zum hauptamtlichen Bürgermeister wählbar ist jede/r Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, der/die am 4. Juli 1968 oder früher geboren wurde, am Tag des Beginns der Amtszeit das 65. Lebensjahr nicht vollendet hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Für die Einreichung von Wahlvorschlägen gelten die Bestimmungen der §§ 10 bis 13, 41 und 45 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes in der Fassung vom 19. Oktober 1992.

Die Wahlvorschläge sind während der Dienststunden, **spätestens bis Montag, den 31. Mai 1993, bis 18.00 Uhr**, schriftlich beim **Gemeindevwahlleiter, Stadtverwaltung, Jahnstraße 2, 6326 Romrod**, einzureichen. Dort sind auch die dazu erforderlichen Vordrucke zu erhalten.

In der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Romrod besteht zur Zeit folgende Sitzverteilung: SPD 14, CDU 9.

Die vollständige, mit der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen verbundene Stellenausschreibung ist am 30. April 1993 in der Oberhessischen Zeitung öffentlich bekanntgemacht worden; sie kann zusätzlich unter der oben genannten Anschrift angefordert werden.

6326 Romrod, 30. April 1993

Der Gemeindevwahlausschuß der Stadt Romrod

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Marktplatz 13, 6200 Wiesbaden, Telefon: 06 11 / 3 60 98-0, Telefax: 06 11 / 30 13 03. Verlagsleitung: Werner Augsburger. Anzeigenannahme und Vertrieb siehe Verlagsanschrift. Vertrieb: Gabriele Belz, Telefon: 06 11 / 3 60 98-57. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (inklusive Versandkosten und USt.). Bankverbindung: Hessische Landesbank Frankfurt, BLZ 500 500 00, Konto-Nr. 15 542 004. Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM (inkl. Versandkosten und USt.). Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgironkonto des Verlages Frankfurt am Main, BLZ 500 100 60, Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten.

ten. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Regierungsdirektorin Ehrentrude Ruf; Redaktion: Telefon 06 11 / 3 53-6 74; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter, Telefon 0 61 22 / 77 09-32, auch zuständig für Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen). Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985. Der Umfang der Ausgabe Nr. 19 vom 10. Mai 1993 beträgt 48 Seiten.